STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19040420

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 92. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 20. April 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu eine Beilage.

Größenwahn.

Als dieser Tage angesichts des englisch-französischen Bündnisses im Reichstage die immer mehr fühlbar werdende Isolierung Deutschlands betont wurde, meinte der Reichskanzler, Deutschland sei im äußersten Falle auch stark genug, sich allein seiner Haut zu wehren. Stimmt dies, nun, dann ist auch kein Grund vorhanden, mit neuen Forderungen behufs Verstärkung des Heeres und der Flotte an den Reichstag zu kommen. Allein, so unnachgiebig die Regierung gegenüber allen Bestrebungen auf Erleichterung der Militär- und Steuerlasten ist, so nachgiebig ist sie gegenüber dem Drängen der Flottenfexe, gerade wie sie sich von den Junkern und Agrariern schieben läßt. Graf Bülow hat demgemäß mit seiner von ihm selbst gerühmten Kaltblütigkeit die über das englisch-französische Bündniß sich aufregenden Flottenfexe nicht beruhigen können. Diese weisen wiederholt auf die geheimen Feindseligkeiten Englands gegen Deutschland hin; namentlich wird auch dem König von England eine sehr feindselige Gesinnung gegen Deutschland zugeschrieben. Dieser Monarch, hieß es unlängst in einem französischen Blatte, sei sich klar über den schweren Konkurrenzkampf, den England mit Deutschland zu bestehen habe, und er sei ein aufrichtiger Freund Frankreichs.

Die Wendung ist also genau so gekommen, wie die Gegner der Welt- und Flottenpolitik sie allezeit angekündigt haben. Die deutschen Großhändler, die davon träumen, mit einer großen deutschen Schlachtflotte den Engländern ihre Seeherrschaft und ihren Welthandel entreißen zu können, haben diese Absichten zu offen ausgesprochen, als daß nicht die Engländer bei Zeiten sich vorsehen sollten. Und zu diesem Zweck ist ein Bündnis mit Frankreich das bequemste und billigste Mittel, denn unter diesen Umständen brauchen die Engländer nicht einmal große Flottenverstärkungen vorzunehmen, sondern können einstweilen ruhig zusehen, wie das Deutsche Reich sich „verbaut“ und sich immer tiefer in den Milliarden-Schuldenabgrund hineindrängen läßt.

Die „Alldeutschen“, die bekanntlich die Flottenfexerei bis zum Wahnwitz treiben, haben dieser Tage in Gotha einen Beschluß gefaßt, der zeigen soll, wie man dem englischen Uebergewicht zur See entgegentreten muß. Sie fordern: Fertigstellung des Flottenprogramms von 1900 bis zum Jahre 1912 (anstatt 1920), schleunigen Bau der früher abgelehnten Auslandsflotte (unter Berücksichtigung der durch die inzwischen anders gearteten Verhältnisse gebotenen Aenderungen) und die Ersetzung der Küstenpanzerschiffe durch vollwertige Linienschiffe.

Dies muß sobald wie möglich geschehen, sagt ein „alldeutsches Organ“, wenn die Deutschen nicht eine Nation von „schwächlichen Träumern“ bleiben wollen. Das alles soll natürlich nicht, sagt man, einen Angriffskrieg vorbereiten, sondern nur „zur Erhaltung unserer Machtstellung“ dienen. Im selben Atem aber wird davon gesprochen, daß eine solche Flotte der französisch-englischen Koalition „mit Erfolg“ gegenübertreten könne — man denkt also doch an den Ernstfall, an einen Seekrieg, bei dem es wahrlich nicht darauf ankommt, wer der Angreifer ist, denn wenn sich die Dinge einmal soweit zugespitzt haben, dann greift eben derjenige an, für den der Angriff die meisten und besten Chancen bietet. Das hat man im japanischen Kriege gesehen.

In der Gothaer Resolution sieht man den ganzen Größenwahn und Aberwitz der „alldeutschen“ Flottenschwärmer, wenn man zwischen den Zeilen lesen will. Denn was diese Leute wollen, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Seemacht, welche England und Frankreich zusammen überlegen ist.

Nun ist die ganze Flottenfrage doch wesentlich eine Geldfrage. Deutschland kämpft sich zur Zeit mit einem Defizit ab, das durch die kümmerliche „Finanzreform“ des Herrn v. Stengel schwerlich wird aus der Welt geschafft werden können. Die Bevölkerung ist erschöpft, ausgepowert, überlastet und mit neuen Lasten bedroht. Frankreich hat weit reichere Hülfsquellen als Deutschland, und England desgleichen. Und diese beiden Länder sollen nach den Wünschen der Alldeutschen von Deutschland mit dem Flottenbau überflügelt werden!

Einfach ein wahnwitziges Verlangen. Denn wenn der Gothaer alldeutsche Flottenplan ausgeführt würde, so würden natürlich Frankreich und England auch mehr Schiffe bauen. Die Engländer in erster Linie haben für jeden, der es hören wollte, deutlich genug erklärt, sie würden auf der See keinen überlegenen Gegner aufkommen lassen. Und dabei werden sie bleiben. Die Alldeutschen aber fragen nicht nach den Konsequenzen eines solchen Wettkampfes, der zum Bankrott des Reiches führen müßte, wenn es ihn aufnehmen wollte.

Die Stellung der Reichsregierung zu all' diesen Fragen werden wir ja ersehen, wenn die schon längst in der Luft schwebende Marinevorlage greifbar an den Reichstag herantritt. Sie wird natürlich auf die Torheiten und Phantastereien der Alldeutschen nicht eingehen, aber sie wird, so fürchten wir, ihnen ein gutes Stück entgegenkommen. Sie wird von dem unter gewissen Schichten der herrschenden Klassen zur Zeit obwaltenden Tatendrang wohl ein Stück mitgerissen werden. Dieser Tatendrang, der sich in verschiedenen Blättern mit chauvinistischem Geheul und Säbelrasseln ankündigt, kommt zum Teil wohl daher, daß die alten Parteien auf den Gebieten der inneren Politik meist ratlos sind. Sie wissen nicht, wie mit den sozialen Strömungen fertig werden, und manche Schichten erwarten darum alles von einer großen Verwicklung nach außen, vor welcher die Fragen der inneren Politik vollkommen zurücktreten. Damit wäre nach der Meinung dieser Leute auch die gefürchtete Sozialdemokratie überwunden. Eine Niederwerfung Englands, die Aneignung großer und reicher Kolonialgebiete, die Schaffung eines neuen Welthandels, das sind die Utopien dieser Leute, die dafür das deutsche Volk bis zur völligen Erschöpfung mit Lasten bepacken wollen. Alle diese Utopien bedürfen gar keiner ernsthaften Widerlegung; sie lösen sich von selbst in Dunst auf, sobald sie mit der rauhen Wirklichkeit zusammenstoßen. Aber die Gefahr bleibt, daß durch das unablässige Drängen und Treiben dieser Elemente das Deutsche Reich in Verwicklungen bedenklichster Art gerät, bei denen es von dem Traum der Ueberlegenheit über die nunmehr verbündeten Engländer und Franzosen auf eine sehr unangenehme Art kuriert werden könnte.

„Tolle Träumer“, von denen ein alldeutsches Blatt spricht, sind ganz gewiß nicht jene Deutschen, die dem Flottenkoller Widerstand leisten, sondern vielmehr jene Elemente, die dem deutschen Volke zumuten, sich vollständig auspowern zu lassen, um einem Phantom nachzujagen, das die Ausgeburt einer überreizten Phantasie und eines tollen nationalen Dünkels einerseits und einer schrankenlosen Gewinnsucht anderseits ist.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 18. April. Zwei Resolutionen zum Etat des Reichskanzlers, betreffend die Vergebung von Arbeiten für das Reich, bildeten heute den Gegenstand der Beratung. Unsere Genossen verlangen, daß bei Arbeiten für das Reich die Arbeiter anständigen Lohn und gute Arbeitsbedingungen haben sollen. Das kann erreicht werden, wenn in den Lieferungsbedingungen entsprechende Klauseln aufgenommen werden. In manchen Ländern, u. a. auch in Großbritannien, geschieht es. Dort wird den Lieferanten zur Pflicht gemacht, alle Forderungen der Trade unions zu erfüllen. Das Zentrum stellt eine ähnliche Resolution, nur daß es auch Vorteile für die Handwerker schaffen will.

Als erster Redner erhielt Gröber das Wort, der an der Hand der bestehenden Vorschriften nachwies, daß diese veraltet und nebenbei so unklar sind, daß kaum ein Jurist sich hindurchfinden kann. Der Glaube, daß durch neue Vorschriften dem Handwerk große Hülfe und Rettung vor dem Untergang gebracht werden könne, spielte in seiner Rede eine große Rolle.

Anders faßte Genosse Dr. Braun die Sache an, der die von unseren Genossen eingebrachte Resolution begründete. Er wies nach, daß der Niedergang des Handwerks in unserer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung begründet sei. Auch bei Arbeiten für das Reich komme das eigentliche Handwerk wenig in Frage. Die Ausführung von Bauten werde meistens an großkapitalistische Baugeschäfte übertragen; der Bau von Kriegsschiffen, die Lieferung von Waffen, Stoff zu Uniformen, sowie die Lieferung von Kabeln, Telegraphendraht, Telephonapparaten, Schienen für Eisenbahnen, Lokomotiven, Wagen usw. seien alles Dinge, bei denen das Handwerk nicht konkurriere. Die Kostenanschläge werden meistens auf der Basis berechnet, daß für eine nicht übermäßig lange Arbeitszeit ein anständiger Lohn gezahlt werden kann. Wenn nun Unternehmer die Konjunktur ausnutzen und für Hungerlöhne die Gegenstände herstellen lassen, dann hat das Reich keinen Nutzen, sondern sei eher geschädigt, weil meistens dem Lohn und den Arbeitsbedingungen entsprechend die Qualität der Arbeit ausfällt. Wenn aber in solchen Fällen, wo die Unternehmer Tarifverträge mit den Arbeitern geschlossen haben, das Reich auf Innehaltung der Verträge dringt, dann fördert es die Abschließung solcher Verträge. Sind solche Klauseln über Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Verträgen, dann hindert das Reich die schmutzige Ausbeutung, welche oft bei Arbeiten für das Reich vorkommt. Viele Unternehmer spekulieren auf die Notlage der Arbeiter und suchen im Hinblick hierauf anständige Unternehmer zu unterbieten. Mit einer großen Zahl schlagender Argumente aus der Praxis begründete Dr. Braun jeden Satz und jedes Wort der Resolution.

Wenn Gelegenheit vorhanden ist, über das Handwerk zu reden, dann kommt eine Fülle von Mittelstandsretterreden. In diesem Strome schwammen der Mecklenburger Dr. Dröscher, Erzberger, Böckler usw. Erzberger und Böckler benutzten nebenbei die Gelegenheit, gegen unsere Genossen zu polemisieren, indem sie den alten Kohl aufwärmten, daß die Vernichtung des Mittelstandes eine Forderung der Sozialdemokratie sei. Die Tatsache des Rückganges des Handwerks erkennen sie an und brachten zum Teil recht schlagende Beweise dafür. Sie waren auch nicht in der Lage, nachzuweisen, daß das Handwerk in großem Umfang an den Lieferungen für das Reich beteiligt ist.

In einem kurzen Schlußwort führte Dr. Braun die hauptsächlichsten Argumente, welche gegen seine Ausführungen vorgebracht waren, ad absurdum.

Als dann abgestimmt wurde, stimmten nur die Freisinnigen und unsere Genossen für unsere Resolution; die Resolution des Zentrums wurde dagegen fast einstimmig angenommen.

Ueber die Entschädigung der Farmer in Deutsch-Südwestafrika für die durch den Herero-Aufstand erlittenen Verluste ist der Budgetkommission des Reichstages, die das Reichsschatzamt um Mitteilungen über die Verwendung des in der zweiten Ergänzung zum Haushaltsetat der Schutzgebiete 1904 für das südwestafrikanische Schutzgebiet bereitgestellten Fonds von 2 Millionen Mark ersucht hatte, eine Denkschrift zugegangen. Sie geht davon aus, daß ein Rechtsanspruch der Geschädigten gegen den Fiskus auf Schadenersatz nicht besteht, meint aber, es liege in dem eigensten Interesse des Schutzgebietes, daß die Geschädigten durch öffentliche Hülfeleistungen zur Wiederaufnahme ihrer Wirtschaftsbetriebe in den Stand gesetzt werden. Aus dem Umstande, daß die Geschädigten sich im Vertrauen auf den Schutz des Reiches in dem Schutzgebiete angesiedelt hätten, lasse es sich auch rechtfertigen, sie wenigstens in ihren notwendigen Lebensbedingungen zu schützen und in ihrem Haus- und Nahrungsstande zu erhalten, wie man ja in der Heimat auch z. B. bei Ueberschwemmungen einspringe. Die ungünstigen Erfahrungen, die insbesondere in Preußen mit der Rückerstattung von Darlehen gemacht worden seien, ob sie nun verzinslich oder unverzinslich gegeben wurden, ließen diese nur dort am Platze erscheinen, wo sie wie in Fällen größerer Betriebe zur Aufrechterhaltung der Kreditfähigkeit der Geschädigten ausreichen. In allen übrigen Fällen werde grundsätzlich die Form der Beihülfe ohne Auflage der Rückerstattung zu wählen sein. Auszuschließen seien alle diejenigen, welche nachgewiesenermaßen beim Aufstande eine der Landesregierung unfreundliche Haltung angenommen oder den Aufstand durch eigenmächtige und gesetzwidrige Handlungen mit verschuldet hätten, keineswegs aber alle Ausländer. Zu bedenken seien insbesondere solche Ausländer, die dem Schutzgebiete gute Dienste im Kampf gegen die Eingeborenen geleistet haben; die Entscheidung darüber empfehle sich dem Reichskanzler vorzubehalten. Für Beihülfen müsse die Voraussetzung die Verpflichtung des Geschädigten zur Wiederaufnahme seines Anwesens und zur Fortsetzung seines Wirtschaftsbetriebes im Schutzgebiete sein. Handle es sich um eine Person oder Gesellschaft mit einem Landbesitz, der ihre derzeitigen Wirtschaftszwecke erheblich übersteige, so werde die Hülfsleistung von der Abtretung eines angemessenen Teiles des bewirtschafteten Landbesitzes an den Fiskus zu Eigentum abhängig gemacht werden können. Von der Verpflichtung der Fortsetzung des Wirtschaftsbetriebes könne nur dann abgesehen werden, wenn wie bei Witwen und Waisen die Weiterführung des Betriebes untunlich sei. Da müsse aber dann die Abtretung des Anwesens an den Fiskus zu Eigentum die Voraussetzung der Hülfeleistung sein. Nur der unmittelbare Schaden sei zu berücksichtigen; die mit Versicherung gedeckten Verluste, entgangener Gewinn und sonstige mittelbare Schäden blieben außer Betracht. Die Beihülfe sei oft zweckmäßig außer in barem Gelde in Gestalt von Lebensmitteln, Saatgut, Baumaterialien, Handwerkszeug zu verabfolgen, und vielfach nicht auf einmal, sondern nach Maßgabe des Bedürfnisses, bei Ausführung von Arbeiten Ratenzahlungen je nach dem Fortschritt der Arbeiten, damit einer unwirtschaftlichen Verwendung des Geldes vorgebeugt werde. Die Beihülfen soll eine fünfgliedrige Kommission festsetzen, als deren Vorsitzender der kaiserliche Oberrichter in Windhoek bestellt werden könnte und die sonst noch aus einem Beamten und drei Nichtbeamten bestände. Das wirkliche Bedürfnis wäre dafür entscheidend. Um rasch zu helfen, sei die Kommission zur Gewährung von Vorschüssen zu ermächtigen, deren Gesamtbetrag etwa die Hälfte der zur Verfügung stehenden zwei Millionen Mark aber nicht überschreiten dürfe. Gegen die Entscheidung der Kommission soll den Geschädigten ein Rechtsmittel nicht eingeräumt werden, einmal, um endlose Reklamationen abzuschneiden, dann aber auch, um dem Geschädigten möglichst bald Klarheit zu verschaffen, über welche Mittel er bei Wiederaufbau seines Wirtschaftsbetriebes verfügen kann, und so die ernstliche, ruhige Arbeit zu fördern. Das kaiserliche Gouvernement schätze in einem Telegramm die Höhe der Verluste durch die aufständischen Hereros wie folgt: Vieh ℳ 5 000 000, Häuser ℳ 137 000, totes Inventar ℳ 484 000, Warenbestände ℳ 702 000, Mobiliar, Kleider, Wäsche ℳ 389 000. Der Ersatz wenigstens des größten Teiles des geraubten Viehes werde voraussichtlich aus dem Beutevieh geleistet werden können.

Wie weit nach diesen Grundsätzen eine Entschädigung zu leisten wäre, wird davon abhängen, mit welchem Maßstab man die Handlungen der geschädigten Ansiedler mißt. Nach allem, was über die Ursachen des Herero-Aufstandes, besonders aus den Briefen der Missionare bekannt geworden ist, dürften sich nur wenige darunter finden, die frei von aller Schuld an dem Aufstande sind. Es sind so viele „eigenmächtige und gesetzwidrige Handlungen“ der Ansiedler bekundet worden, daß gar viele bei den Entschädigungen ausscheiden müßten. Es ist aber kaum zu erwarten, daß die Regierung sonderlich scharf prüfen wird, denn ihr kommt es vor allem darauf an, die weißen Ansiedler zu halten, weil ja sonst jeder Grund für das Festhalten der Kolonie hinfällig werden würde.

Das preußische Abgeordnetenhaus wird wahrscheinlich ohne Sessionsschluß eine längere Vertagung erfahren. Eine parlamentarische Korrespondenz berichtet: Ueber die Art und Weise der Erledigung der Geschäfte des Landtages wird in maßgebenden parlamentarischen Kreisen der Standpunkt vertreten, daß mit Beendigung der ersten Lesung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen sofort die Kommission ihre Beratungen beginnen soll, während das Plenum sich mit anderen Vorlagen beschäftigt. Sobald die wasserwirtschaftlichen Vorlagen in der Kommission durchberaten sein werden, soll das Plenum in eine Vertagung von einigen Wochen nach Analogie des Vorgehens von 1899 eintreten. In der Zwischenzeit werden die Berichte der Kommission über die einzelnen Entwürfe fertiggestellt werden können. Anfang August würde nach dieser Anschauung das Plenum wieder zusammentreten und bis zum 20. August die wasserwirtschaftlichen Vorlagen erledigen.

Die Diätenbezieher des preußischen Junkerparlaments würden so in einfacher Weise die Kosten ihrer Sommerreisen decken können — auf Kosten der Steuerzahler.

Die Flottentreiber sind wieder mit aller Macht an der Arbeit, dem uferlosesten Wassermilitarismus die Wege zu bahnen. Sie haben am Sonnabend in Dresden getagt und General Keim hielt ein Referat über „die Aufgaben des Flottenvereins für die nächste Zukunft“, in dem er auseinanderzusetzen suchte, daß Deutschland vor der unabweislichen Notwendigkeit stehe, mit aller Beschleunigung in eine ganz erhebliche Vermehrung seiner Kreuzerflotte einzutreten, so daß mindestens bis zum Jahre 1912 drei moderne Linienschiffs-Doppelgeschwader nebst den zugehörigen großen und kleinen Kreuzern fertiggestellt sein müßten. Wenn man auch nicht übersehen könne, daß außer der „Reform“ des Flottengesetzes auch eine Heeresvorlage in Sicht sei, so sei es eben notwendig, daß von der Regierung beide Vorlagen zu gleicher Zeit eingebracht werden müßten! Hand in Hand mit diesen Vorlagen werde eine „großzügige Steuerreform“ einzuleiten sein. Selbst eine nicht zu vermeidende Mehrbelastung müßte ertragen werden. Nach längerer Diskussion über das Referat wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Gesamtvorstand des Deutschen Flottenvereins beschließt, unverzüglich in eine großzügige Agitation für eine erhebliche Verstärkung der Flotte und einen nach jeder Richtung beschleunigten Ausbau derselben einzutreten.“

Nun kann es also losgehen. Es sind ja nur „Kleinigkeiten“, um die es sich handelt, „nur“ 17 Linienschiffe mit Zubehör mehr, als nach dem Flottengesetz von 1900 erst fünf Jahre später, nämlich 1917, vorhanden sein sollten. Die Hunderte von Millionen, die dazu erfordert werden, bringen wir durch eine „großzügige“ Steuerreform auf, deren „Großzügigkeit“ natürlich darin zu bestehen hat, daß die Reichen sich nach Möglichkeit von der Steuerzahlung freihalten und selbstlos und großmütig, wie sie nun einmal sind, den Volksmassen das Zahlen überlassen.

Diese Treiberei artet, wie im Leitartikel der heutigen Nummer des näheren dargelegt ist, nachgerade in hellen Wahnsinn aus.

Sonderbaren Illusionen geben sich manche „Politiker“ in bezug auf den Charakter und die Absichten des neuen Scharfmacherverbandes hin. Es ist ihnen nicht geheuer bei der von dieser neuen Kampforganisation des Unternehmertums drohenden Verschärfung des Klassenkampfes, und sie möchten durch gute Ratschläge und Ermahnungen die Scharfmacher dazu bewegen, mildere Saiten aufzuziehen. So schreibt z. B. die „Weser-Ztg.“:

„Auch uns steigen manche Bedenken bei dem Schritt des Zentralverbandes deutscher Industrieller auf. Gerade in ihm verkörpert sich am meisten jene Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums, das auf die neuere soziale Entwicklung keine Rücksicht nehmen will und das noch immer mit geheimen oder auch offenen Neigungen an dem verflossenen Sozialistengesetz hängt. In ihm sind die Kreise leitend, die sich von einer polizeilichen Aktion gegen die Sozialdemokratie etwas versprechen und die zugleich dem allgemeinen Stimmrecht gram sind, Kreise, die auch dem Staate und den Konsumenten gegenüber starrknöchig ihren Vorteil wahrnehmen und dabei mit dem Schlagwort „national“ verschwenderisch umgehen. Der Sozialreform dagegen sind sie meist gründlich abgeneigt. Es ist zu fürchten, daß auch von dieser Seite her der Kampf manchmal mit unnötiger Schärfe und Unversöhnlichkeit geführt wird, so daß die Allgemeinheit dabei Schaden leidet. Aber es liegt im Zuge der Zeit, daß diese Richtung die Führung an sich nimmt. Die Schärfe der sozialdemokratischen Angriffe erzeugt eine gleiche Schärfe in der Abwehr. Hart gegen hart, Auge um Auge, Zahn um Zahn. Aus Rücksichten auf die Allgemeinheit muß man das mit Besorgnis ansehen. Aber es ist ein Uebel, das aus der sozialdemokratischen Verhetzung hervorgeht; diese bildet die Wurzel. Von der Aktion des neuen Arbeitgeberverbandes muß man hoffen, daß sie der Notwendigkeit versöhnlichen Verhaltens eingedenk bleibt und, soweit es irgend möglich ist, auf das schöne Ziel der „Förderung eines friedlichen Zusammengehens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ hinwirkt. Denn nur mit Grauen mag man daran denken, daß der soziale Kampf in Deutschland noch höher auflodere und daß unser Volk vollends in zwei Hälften auseinanderfiele, die die Gesamtheit den größten Gefahren aussetzen, weil sie sich über die Verteilung des nationalen Einkommens nicht einigen können.“

In ähnlichem Sinne schreiben auch die „Dresd. Nachrichten“: „Eins muß auch der schärfste Gegner der Sozialdemokratie und der lebhafteste Freund des Unternehmertums wünschen, daß nämlich die neue Organisation der Arbeitgeber über ihren kampfpolitischen Zielen gegenüber der Sozialdemokratie nicht die ebenso nötige soziale Friedensarbeit vernachlässigt. In dieser Beziehung läßt das Veste erhoffen, was der § 2 der Satzungen besagt, demzufolge die Hauptstelle ausdrücklich von der Generalidee geleitet wird, ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu ermöglichen. In welchem Sinne dieser Hinweis zu verstehen ist, darüber gibt eine vom bayerischen Industriellenverbande kürzlich veröffentlichte Denkschrift Aufschluß, in der es heißt: „Das Recht der Koalitionsfreiheit darf den Arbeitern nicht genommen und auch kein Versuch gemacht werden, dasselbe in irgend einer Form beschränken zu wollen. Der Arbeitgeberbund muß grundsätzlich auf dem Standpunkte stehen, daß jeder Mensch das Recht hat, sich durch Vereinigung mit seinen Berufsgenossen im wirtschaftlichen Leben Vorteile zu erkämpfen.“ Diese Worte enthalten offenbar eine ehrliche Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen, sofern sie nicht politische Macht- und terroristische Parteizwecke verfolgen, sondern wirklich auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder bedacht sind. Um nun

---

[14] (Nachdruck verboten.)

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

„Du mußt Geduld mit mir haben,“ sagte er endlich. „Es lastet etwas auf mir.“

„Kannst Du es mir nicht sagen?“

„Nein.“

„Niemals?“

„Nein. Bescheiden wir uns. Wir sind zwei Scherben aus gleichem Thon. Zwei Scherben, die zu einander passen. Bilden wir uns nicht ein, daß wir uns zu etwas Ganzem verbinden können.“

„Sprich nicht so,“ sagte Marianne und bog ihre Hand herab, daß sie seine Finger berührte. „Mein Leben magst Du mit einem Scherben vergleichen. Aber Deines nicht. Von Dir sollst Du so etwas nicht sagen. Nicht nur, weil es mir weh tut. Es ist auch nicht wahr.“

Van Tenius fuhr ihr dankbar und schmeichelnd mit seiner linken Hand über die ihre. Sie sagte noch leiser und schüchterner:

„Du kennst mich immer noch nicht. Mir kommt Zweifel immer wie Schwäche vor. Adlige Menschen, wie Du, sollten nie zweifeln. Sieh, Robert, ich bin ja dumm. Aber . . . Schon vor dem Unglück war mir Wolfgang oft so . . . Er war zwar tüchtig in seinem Beruf. Aber er zweifelte doch eigentlich an der Notwendigkeit von alledem, von dem Militär und so. Und sieh, darum bin ich ihm schon damals fremd geworden. Weil er nicht eins war mit seinem Beruf. Und darum bin ich Dir so vertraut, weil Du selbst willst, was Du . . . ja, weißt Du: das, was Du willst, willst, ist Dein eigener Wille . . . Ich habe Dich lieb. Gerade darum, weil Du kein Scherben bist, wie . . . manche andere immer waren.“

Van Tenius antwortete nicht gleich. Seine Stimmung konnte er der Geliebten nicht verbergen. Nur über den Grund konnte er täuschen. Und nicht einmal Täuschung war es, wenn er sein ganzes arbeitssames Leben überblickte und sich dann unzufrieden nannte.

Wieder einmal erzählte er ihr von seiner Jugend, aber diesmal anders, bitterer als sonst. Eine völlig mittellose Waise war er von seinem achten Jahre gewesen. Ganz und gar von den Wohltaten wohlhabender Verwandten abhängig. Man hatte ihn großmütig nicht zu einem Handwerker in die Lehre gegeben, man hatte ihn, weil er ein begabtes Kind war, studieren lassen; fünfzehn Jahre lang hatte er Bettelbrot gegessen. Sie hatten ihn nicht kärglich gehalten, die Verwandten. Aber täglich mußte er die Unterstützung bezahlen mit dem besten Stolze seiner Seele. Liebe hatte er heucheln müssen, Dankbarkeit, Achtung. Zwölf Geburtstage hatte er sich merken müssen. Zu jedem Geburtstag hatte er einen schönen Brief schreiben müssen, und zwölf auf einmal zu Weihnachten. Niemals warf man ihm die Wohltaten vor. Man lobte ihn, aber gönnerhaft. Fünfzehn Jahre lang hatten die Onkel und Vettern — und wie erst die Frauen — ihn mit ihrer Gönnerhaftigkeit hineingetrieben in den Haß gegen ererbten Reichtum, in den Haß gegen die Gesellschaftsordnung, in den Haß gegen sich selbst, gegen seine eigene Unwahrheit, gegen sein knechtisches Wesen.

„Du wirst es kaum glauben Marianne, aber erst zwölf Jahre war ich alt, da habe ich das Programm meines Lebens entworfen, nach dem ich bis heute gelebt habe. Vielleicht war es auch ein Lehrer, dem ich das Programm verdanke. Ein armer trauriger Mensch, der mich lieb hatte. Er hatte nichts zu verschenken als seine Trauer. Zwölf Jahre war ich erst alt, da nahm ich mir vor undankbar zu sein, die Gnaden aller der Vettern und Basen hinzunehmen, meine Seele dafür zu knechten, die Komödie dafür zu spielen, weil ich was lernen wollte, weil ich Hammer sein wollte und nicht Ambos, weil ich einmal als Mann an der Tafel des Lebens sitzen wollte, an der geschmückten Tafel, nicht in der Bedientenstube, nicht aufwartend, nicht unter dem Tisch die Brosamen zusammensuchen. Die hohe Weisheit! Fünfzehn Jahre Bedienter und nachher bei Tisch sitzen! Und damals schon sagte sich der zwölfjährige Junge, und ich versichere Dir, Marianne, ich sagte mir es damals klar und jugendlich edel und fest, ich kann es Dir beweisen durch Tagebuchblätter: daß ich dann Hammer sein wollte nicht gegen die anderen Knechte, nicht gegen den allgemeinen Ambos, sondern der stärkere Hammer gegen die anderen Hämmer, die auf mich losschlugen, daß ich meine Kraft und mein Gelerntes anwenden wollte zu Gunsten meiner Genossen, der Knechte und Bedienten.“

Marianne wußte, daß sich dann, gerade als van Tenius seine Studien vollendet hatte, seine Lebensschicksale veränderten. Ein reicher Onkel war ohne Testament gestorben und dem neugebackenen Doktor juris war eine Erbschaft zugefallen. Eine Erbschaft, für die er nicht dankbar zu sein brauchte. Gerade genug, daß ein bescheidener einsamer Mensch, ein Volksanwalt, von den Zinsen beinahe leben konnte. Sie erinnerte den Freund jetzt daran, daß durch diesen Zufall doch alles ausgeglichen wäre, daß er nun sein Programm ausführen konnte.

Van Tenius lachte auf.

„Jawohl, ich kann mir eine Stube bezahlen und mein Essen und zu Weihnachten einen neuen Anzug. Ich brauche auch weiter nichts. Und da mir nicht Geld genug bleibt, um einem Armen ein Stück Brot zu geben, so kann ich, was man mich lernen ließ, den Armen zur Verfügung stellen. Aber 15 Jahre habe ich lügen müssen, um das zu erreichen, und zwölf Menschen, lebendige und tote, haben das Recht, mich einen Lügner zu nennen.“

Marianne blieb stehen und faßte unbekümmert um einzelne Zeugen seine rechte Hand.

„Was hast Du, Robert? Sag es mir. So warst Du doch sonst nicht.“

„Vielleicht ist es der Frühling, mein liebes Herz. Da regt sich alle Kreatur, weil sie was werden möchte.“

„Gesteh es mir ein, Robert, meine Liebe genügt Dir nicht.“

Sie waren wieder weiter gegangen Arm in Arm. Jetzt blieb van Tenius stehen. Der harte Zug um seinen Mund vertiefte sich, trotzdem er froh dazu lächelte.

„Du bist ein Weib, mein Herz. Wir können uns darin nicht ganz verstehen. Nur einen frühreifen Knaben, einen Jüngling kann die Liebe ganz ausfüllen, wie sie das ganze Leben des Weibes verschlingen kann. Ein Mann ist wie ein Soldat im Kriege. Hat er nicht zu kämpfen, so hat er doch zu marschieren, und muß froh sein, wenn der Marsch geradewegs aufs Schlachtfeld los geht, und nicht ziellos in der Irre. Ich glaube, ich marschiere geradeaus. Darum habe ich viel anderes zu denken, als die Liebe. Das weißt Du und Du nimmst es hin. Aber etwas hat ja wohl auch so ein Soldat, was er noch lieber hat als den Krieg. Sieh, mein Herz, das alte Wort: ich liebe Dich wie meinen Augapfel. Ich denke nicht immer daran, daß ich Augen habe. Aber unaufhörlich schenken sie mir Schönheit und Glück, unaufhörlich schütze ich sie ganz instinktiv, und wenn ich an sie denke, so bin ich froh. Nein, das Bild ist falsch. Denn lieber noch, als meine Augen habe ich Dich, Marianne.“

Sie waren weiter gegangen, unbekümmert um die Welt wie zwei Kinder. Arm in Arm und zugleich Hand in Hand.

Wieder nach einer Weile sagte Marianne:

„Aber doch bist Du nicht froh. Bist Du ehrgeizig geworden?“

„Geworden?“ fragte er lächelnd. „Gewesen. Wie ich zwölf Jahre alt war. Berge wollte ich versetzen, Monarchien stürzen und vernichten, oder wenigstens die Welt verbessern. Ich bin längst nicht mehr ehrgeizig. Als Student, im Hörsaal und in der Kneipe, da habe ich verglichen. Ich gehöre zum Mittelgut. Nein, Marianne, das verstehe ich besser, und Du wirst mich auch schon lieb behalten als Mittelgut. Ich bin kein hervorragender Mensch. Ich will weiter nichts, als zu dem großen Bau ein kleines Steinchen beigetragen haben. Wenn es den Bau überhaupt gibt. Das ist die große Illusion des Mannes, daß er bauen möchte. Maurer möchten wir alle sein, Freimaurer; aber faule Maurer sind wir. Wenn ich meine Arbeit, Du weißt ja, die statistische Geschichte, vollendet haben werde, dann müssen erst ein paar hundert ehrliche Menschen in ganz Europa dieselbe Arbeit noch einmal tun, und Millionen Knechte müssen um Hülfe schreien, bevor wir hundert zusammen einen kleinen Stein zum großen Bau herbeischaffen können. Ach was! Ein Sandkorn für den Mörtel. Vor jeder Ameise hätten wir uns zu schämen, wir faulen Freimaurer.“

Zwei Tränen flossen seiner Geliebten langsam die Wangen herunter.

„Du bist unglücklich, Robert. Was hast Du? Kannst Du es mir nicht sagen? O, ich weiß, Du bist zu gut! Diese Verteidigung regt Dich auf, die Du übernommen hast. Der arme Pole regt Dich so auf. Seit dem Tage bist Du so.“

„Es mag sein. Aber das muß ich durchführen. Das ist ein Hauptpunkt in meinem Programm. Ich muß den Armen helfen lernen.“

Er zwang sich ruhiger zu werden, und begann ein leichteres Gespräch über Mariannens bevorstehende Dresdener Reise, über die schwierige Erziehung Wölfis und über ihren alten Plan, sie einmal nach Dresden zu begleiten, und dort einen ganzen Tag, von Sonnenaufgang bis Mitternacht frei und glücklich mit ihr zu verbringen.

(Fortsetzung folgt.)

ihren sozialen Friedenswillen nach außen hin noch schärfer erkennbar zu machen, wäre es wünschenswert, daß die „Hauptstelle" ihren Satzungen nachträglich Bestimmungen einfügte, die von Einrichtungen zur friedlichen Beilegung wirtschaftlicher Streitigkeiten handeln. Eine bloße allgemeine Bereitwilligkeitserklärung genügt hier nicht, vielmehr müssen spezielle Vorschriften über das in Streitfällen zu beobachtende Einigungsverfahren erlassen werden. Die Hauptstelle muß im einzelnen erklären, zu welchen Zugeständnissen im Punkte des Unterhandelns mit der Arbeiterorganisation sie bereit ist, um eine friedlich-schiedliche Beilegung von wirtschaftlichen Differenzen zu ermöglichen. Eine solche unzweideutige Stellungnahme erscheint zumal mit Rücksicht auf die neueren Organisationsbestrebungen der nationalen Arbeiterschaft im Anschluß an den Frankfurter Kongreß geboten."

Es ist nicht anzunehmen, daß die Verfasser dieser beiden Auslassungen in solcher Weltfremdheit leben, daß sie von dem Charakter des neuen Scharfmacherverbandes so wenig wissen, um zu diesem Urteile zu kommen. Die Scheuklappe, die sie hindert, die Dinge richtig zu sehen, ist die zum Teil durch Autosuggestion erzeugte falsche Beurteilung der Arbeiterkämpfe der neuesten Zeit. Der Inhalt dieser Kämpfe ist nichts anderes als das, was die „Dresdener Nachr." selbst preisen, die Ausübung des Rechts, sich durch Vereinigung wirtschaftliche Vorteile zu erkämpfen. Aber diese scheinbar wohlwollenden Beurteiler haben sich von den Scharfmachern und ihrer Presse einreden lassen, daß es sich bei diesen Kämpfen um „politische Macht- und terroristische Parteizwecke" handelt. Sie scheinen wenigstens dieser Scharfmacherlüge zu glauben, die von den Scharfmachern selbst nur in die Welt geschleudert worden ist, um ihre Absicht der völligen Unterdrückung des Koalitionsrechts der Arbeiter zu verschleiern. Aber diese Absicht besteht; sie ist die Wurzel des verschärften Gegensatzes, nicht die „sozialdemokratische Verhetzung", wie die „Weserztg." sagt. Darum ist es auch geradezu naiv, dem neuen Scharfmacherverband die Unterhandlung mit den Arbeiterorganisationen zur schiedlich-friedlichen Beilegung von Differenzen zu empfehlen. Das ist's ja gerade, was die Scharfmacher nicht wollen. Die Arbeiter sollen überhaupt nicht mehr gemeinsam fordern dürfen, sondern sich auf Gnade oder Ungnade den Unternehmern unterwerfen. Das heißt, die gesetzliche Gleichberechtigung zwischen Unternehmer und Arbeiter soll völlig ausgelöscht werden. Auf gesetzlichem Wege kann man das nicht erreichen, darum will man es durch den Terrorismus der Unternehmerorganisation erzwingen.

Minister Möllers Beschwichtigungsrede in Sachen der Stilllegung von Kohlenzechen hat die offenbar beabsichtigte Wirkung nicht gehabt, vielmehr die Erregung in den betroffenen Kreisen des Ruhrreviers noch gesteigert. Am Sonntag fanden in einer ganzen Reihe von Ortschaften aufgeregte Versammlungen statt, in welchen die Referenten, meist gute Ordnungsstützen, sich höchst verwundert über die heiße Vorliebe des Herrn Möller für das Kohlensyndikat äußerten und dessen Stellungnahme auf falsche und ungenügende Informationen — vielleicht aus Syndikatskreisen — zurückführten. Man müsse sich deshalb von dem nichtunterrichteten an den besser unterrichteten Minister wenden, das heißt an Herrn Möller und andere einflußreiche Regierungsmitglieder Deputationen absenden.

Für die Reichstagsersatzwahl im 14. badischen Wahlkreise, die am 21. April stattfindet, hat der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Wählern Wahlenthaltung empfohlen. Der Beschluß wird in einem Aufruf wie folgt motiviert:

„Die Beförderung des seitherigen Vertreters dieses Kreises, Herrn Landgerichtsdirektor Zehnter, zum Landgerichtspräsidenten macht eine Neuwahl für diesen Kreis notwendig, welche bereits für den 21. April festgesetzt ist. Der Landesvorstand hat in seiner letzten Sitzung Stellung zu dieser Wahl genommen und kam nach reiflicher Erwägung zu dem einmütigen Beschluß, die sozialdemokratischen Wähler dieses Kreises aufzufordern, sich der Abstimmung zu enthalten. Bei dieser Entschließung ist der Landesvorstand von der Ansicht ausgegangen, daß einmal die in diesem Wahlkreis zu erzielenden Erfolge in keinem Verhältnis zu den materiellen Aufwendungen stehen dürften, dann aber auch hat die Partei erst vor wenigen Monaten Gelegenheit gehabt, ihr Stärkeverhältnis und die Fortschritte in diesem Kreis zu prüfen. Bei all diesen in Betracht kommenden Umständen glaubt daher der Landesvorstand, jetzt schon wieder einen größeren Aufwand von Mitteln nicht verantworten zu können, und kam deshalb zu oben bezeichnetem Beschluß."

Der Beschluß rechtfertigt sich aus der absoluten Aussichtslosigkeit für uns in dem Wahlkreise, der 1903 nur 270 sozialdemokratische gegen 13 360 Zentrums- und 4596 nationalliberale Stimmen aufbrachte.

Ein Nachklang zu den Reichstagswahlen des Vorjahres wurde in Form eines Beleidigungsprozesses am Freitag vor der Strafkammer in Kassel verhandelt. Der „Beleidigte" war Herr Liebermann von Sonnenberg. Wegen eines sozialdemokratischen Flugblattes, das als Antwort auf ein antisemitisches Flugblatt, das eine wüste Schimpferei auf die Sozialdemokratie und deren Kandidaten enthielt, erschienen war, hatte Liebermann Strafantrag gestellt und die Staatsanwaltschaft in Kassel hatte „im öffentlichen Interesse" gegen Genossen Garbe, den man als Verfasser des Flugblattes vermutete, und gegen die Genossen Eckert und Jesnitzer als Drucker Anklage erhoben.

Ein Antrag der Genossen Thiel und Garbe an die Staatsanwaltschaft, gegen den Vorstand des nationalen Wahlverbandes, sowie gegen Liebermann ebenfalls im öffentlichen Interesse ein Strafverfahren einzuleiten, wurde vom Staatsanwalt abgelehnt.

Das Resultat des Prozesses war Freisprechung des Genossen Garbe, weil ihm die Autorschaft an dem Flugblatt nicht nachgewiesen werden konnte, während die beiden Mitangeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu je *M.* 50 Geldstrafe verurteilt wurden. Der Staatsanwalt war so liebenswürdig gegen Garbe, in Rücksicht auf seine Vorstrafen 14 Tage Gefängnis zu beantragen, und Herrn Liebermann als Nebenkläger war dieses Strafmaß noch nicht genügend.

Das Interesse an dem Prozeß erstreckt sich nach zwei Richtungen. Einmal darauf, daß ein Mann wie Liebermann von Sonnenberg, der bekannt dafür ist, seine Gegner mit ungeniertester Rücksichtslosigkeit zu behandeln, ohne sich bei der Wahl der Kampfmittel große Skrupel zu machen, sobald er selbst einmal scharf angefaßt wird, zum Kadi läuft, um seinen Gegner verknurren zu lassen. Dann ist es besonders lehrreich für unsere Rechtsverhältnisse, daß der Staatsanwalt der einen Partei „im öffentlichen Interesse" seine Hülfe leiht, der anderen sie in fast gleichem Falle verweigert. In letzterer Hinsicht ist auch ein weiterer Vergleich von Bedeutung, nämlich mit dem bekannten Vorgang bezüglich der Wahl in Kolberg-Köslin. Dort ist bekanntlich während der Reichstagswahlen gegen Dr. Theodor Barth von konservativer Seite ein von Beleidigungen strotzendes Flugblatt verbreitet worden. Dr. Barth aber hat es nicht erreichen können, daß ebenso wie in Kassel aus Anlaß des gegen Liebermann von Sonnenberg gerichteten Flugblattes gegen die Verbreiter des konservativen Flugblattes ein Strafverfahren im öffentlichen Interesse eingeleitet wurde. Es scheint also „Rechtsgrundsatz" zu sein, daß konservative oder antisemitische Flugblätter sich die ärgsten Beschimpfungen und Verleumdungen gestatten können, ohne angefochten zu werden, die Verfolgung von Angriffen gegen diese Parteien aber im „öffentlichen Interesse" einzutreten hat.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg haben unseren dortigen Genossen nur die drei schon gemeldeten Erfolge gebracht, soweit die errungenen Mandate in Frage kommen. An Stimmenzuwachs hat es dagegen auch in den rein ländlichen Kreisen nicht gefehlt. Der 3. Wahlkreis besteht aus 140 Dörfern; dort erhielt der Gegner 1682, unser Genosse Reim 1594 Stimmen (vor 3 Jahren nur 1240), ihm fehlten zum Siege also nur 88 Stimmen. Der 4. Kreis besteht aus 151 Dörfern. Diesen Kreis hatten unsere Genossen neun Jahre hindurch besessen, aber sie konnten nur siegen, weil die Gegner stets uneinig waren und zwei Kandidaten aufstellten. Da die relative Majorität entscheidet, siegte Genosse Schüler einmal mit einer Mehrheit von einer Stimme. Es war klar, daß der Kreis verloren gehen mußte, sobald die Gegner sich auf einen Kandidaten einigen würden. Dies ist jetzt geschehen und Genosse Schüler blieb mit 250 Stimmen in der Minderheit. Immerhin stieg seine Stimmenzahl von 612 im Jahre 1901 jetzt auf 1070. Der nur aus 41 Bauerndörfern bestehende 6. Wahlkreis brachte für den Gegner 570, für unseren Genossen Junghans 504 Stimmen auf. Hier hat sich unsere Stimmenzahl seit drei Jahren nahezu verdoppelt. Dieser unerhoffte Stimmenzuwachs ist sehr hoch anzuschlagen, denn es handelt sich um rein ländliche Bezirke; er gibt die Gewißheit, daß wir auch auf dem Lande festen Fuß gefaßt haben.

Der Ausfall der Landtagswahlen läßt auf die am 29. April stattfindende Reichstagswahl absolut keinen Schluß zu, wenn auch die Gegner etwas mehr Hoffnungsfreude an den Tag legen. Sie entfalten eine fieberhafte Tätigkeit und haben auch bereits fremde Redner engagiert. Es ist ein würdiges Kleeblatt, das sich da einfinden wird, nämlich der Radau-Antisemit Liebermann v. Sonnenberg, Reichstagsabgeordneter Pauli-Potsdam und der Urheber der Zuchthausvorlage, Pastor v. Bodelschwingh. Fehlt nur noch der Stöcker! Unsererseits greifen in den Wahlkampf ein die Reichstagsabgeordneten Bebel, Singer, Geyer, Stadthagen, Stolle, Hoffmann, Schöpflin und Stücklen. Die Gegner arbeiten mit den erbärmlichsten Verleumdungen unserer Partei. Erfahrungsgemäß werden sie natürlich in den letzten Tagen vor der Wahl am gemeinsten. Auch die Behörden sind nicht müßig, so hat man eine Versammlung, in der in polnischer Sprache referiert werden sollte, deshalb nicht gestattet, weil kein Gendarm vorhanden sei, der polnisch versteht, und sonach eine Ueberwachung nicht möglich sei! Wenn die Gegner unterliegen — und wir dürfen es hoffen —, dann ist der seit langen Jahren so heiß umstrittene Wahlkreis zu einer uneinnehmbaren Hochburg der Sozialdemokratie geworden.

Gegen die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf freien Wasserstraßen nahm der Rheinische Binnenschifffahrtsverein in seiner am 16. April in Mülheim a. d. R. stattgehabten Hauptversammlung grundsätzlich Stellung. Dies kam in einem von der Versammlung angenommenen Beschlußantrag zum Ausdruck, der folgendermaßen lautet: „Die dritte ordentliche Hauptversammlung des Vereins rheinischer Binnenschifffahrts-Interessenten, abgehalten zu Mülheim a. d. R. am 16. April 1904, gibt einmütig ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß die Einführung von Schifffahrtsabgaben auf dem Rhein den Ruin der Rheinschiffahrt und eine ungeheuere Schädigung der wirtschaftlichen Kraft unserer Volkswirtschaft nach sich ziehen würde. Vor allen Dingen muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß schon jetzt durch die tarifarischen Bestrebungen der Eisenbahnen der Vorsprung der Binnenschifffahrt im Frachtpreise ein so geringer ist, daß er bei Einführung der Schiffahrtsabgaben vielfach beseitigt werden würde, so daß die wirtschaftlich außerordentlich wichtige Binnenschifffahrt damit ihre Lebenskraft völlig verlieren würde. Aus diesen Gründen ist ein Beharren auf dem grundsätzlich ablehnenden Standpunkte gegen jede Art von Schifffahrtsabgaben einfach Selbsterhaltungspflicht der Rheinschifffahrt."

Der Verein vertritt 137 Dampfer mit 65 112 indizierten Pferdekräften und 496 Schleppkähne mit 401 724 Tons Tragfähigkeit, ist also, obwohl er erst ein Jahr existiert, ein immerhin bedeutender Faktor. Allerdings — gegen den Willen der Agrarier, die nun einmal auf einer Erschwerung des Verkehrs bestehen, wiegen alle anderen Interessen leicht.

Der Krieg gegen die Hereros ist, wie sich mehr und mehr herausstellt, eine weit schwierigere Sache, als der Hunnenzug gegen die friedlichen Reisesser in China. Dort standen die „Waffentaten" des Expeditionsheeres in keinem Verhältnis zu den voraufgegangenen tönenden Reden. Die Hereros in Südwestafrika dagegen wollte man ohne viel Mühe zu Paaren treiben und unsere Kolonialübermenschen stritten sich bereits darüber, ob man alle Hereros abschlachten solle oder nur einen Teil derselben. Jetzt steht trotz der verschiedenen Truppennachschübe die Sache so, daß die Hereros offenbar das Feld behaupten und die Kriegskunst der verachteten Halbwilden, die doch nicht einmal auf einem Exerzierplatz langsamen Schritt und Griffe geübt haben, zeigt sich derjenigen der deutschen Offiziere mindestens ebenbürtig. Man denke nur an die schweren Verluste, welche die Hereros der Kolonne des Majors von Glasenapp beibrachten, der mit einem Haufen Offiziere arg- und harmlos in einen Hinterhalt hineinritt.

Selbst der feudalen „Kreuzzeitung", der doch der preußisch-deutsche Drill das höchste und der deutsche Offizier das Idealbild eines umsichtigen und unüberwindlichen Helden ist, erscheint die Affaire in Südwestafrika sehr bedenklich. Sie sagt: „Vor wenigen Tagen erst hatte der Gouverneur, Oberst Leutwein, eine Depesche geschickt. Nach hartnäckigem Kampfe war danach der Feind in die Flucht geschlagen und nach verschiedenen Richtungen auseinandergesprengt. War es auch nicht gelungen, die Hereros einzukreisen, was selbstverständlich das Beste gewesen wäre und unserem Kriegsplan am meisten entsprochen hätte, so klang die Nachricht doch froh in unseren Ohren und mußte den Glauben wecken, daß ein entscheidender Sieg erfochten sei. Die Zeitungen rühmten die kriegskundige Führung, der man es zu danken habe, daß der Erfolg mit auffallend geringen Verlusten erkauft sei, und stellten diesen Vorteil in kritischen Vergleich zu den schweren Opfern der Kolonne des Majors von Glasenapp. Nach den bitteren Erfahrungen, die dieser Führer mit seiner tapferen Truppe gemacht hatte, Erfahrungen, die die Kriegstüchtigkeit der Hereros in helles Licht stellten, erschienen die leichten Erfolge Leutweins um so auffallender. Ein rätselhaftes Telegramm meldete dann Verluste aus einem erneuten Kampfe der Hauptkolonne, ohne nähere Angaben über Ort und Zweck, und nun erfahren wir nachträglich, daß es sich um ein zehnstündiges Gefecht am 13. April mit dem eben geschlagenen Feinde gehandelt hat. Wir erfahren auch, daß Oberst Leutwein nach seinem Siege bis Otjosasu, 25 Kilometer östlich der Feste Okahandja, zurückgegangen war und von dort wieder in nordöstlicher Richtung über Okatumba vorgerückt ist. Von einer Umfassung, vom Abdrängen der Aufständischen ist bei dieser Operation anscheinend nicht die Rede gewesen, denn die Richtung nach Nordosten ist die natürliche Rückzugslinie der Hereros. Wir erfahren aber zu unserem Erstaunen auch, daß die eben erst geschlagenen und zersprengten Hereros sich stark genug fühlten, unsere Truppen anzugreifen. Die Depesche meldet zwar, daß der überlegene Gegner abgewiesen sei und zahlreiche Verluste gehabt habe, doch ist Oberst Leutwein wieder nach Otjosasu zurückgekehrt. Die Gründe, die er anführt: die Heranziehung von Munition und Verpflegung sei nicht möglich gewesen und weiteres Vorgehen habe in diesem Gelände auch keinen Erfolg versprochen, sind dieselben, mit denen man sonst Mißerfolge zu erklären pflegt. Eine Kriegsdepesche der Hereros würde vielleicht lauten: „Nachdem wir in den Onjatibergen einen Angriff der Deutschen blutig zurückgewiesen und ihren Versuch, uns den Rückweg abzuschneiden, vereitelt hatten, sind wir nach Okatumba marschiert. Hier haben wir den erneut vorrückenden Feind angegriffen und ihn nach zehnstündigem Gefecht zum Rückzug nach Otjosasu gezwungen. Er hat große Verluste erlitten."

Die pessimistische Auffassung der „Kreuzztg." ist vollauf berechtigt. Der Krieg gegen die Hereros wird noch schwere Opfer an Blut und Geld fordern, und wofür werden sie gebracht? Um etlichen Junkersprößlingen und anderen nicht immer einwandfreien Elementen eine Versorgung im fremden Land zu schaffen, um den Uebermenschen, die durch das Brutalitätssystem in Masse herangezüchtet worden sind, ein Tätigkeitsgebiet zur Entfaltung ihrer bestialischen Instinkte zu erhalten? Denn von einem wirklichen Nutzen der südwestafrikanischen Kolonie für das Mutterland kann nie die Rede sein. Opfer und immer wieder neue Opfer — das ist der „Segen" unserer Kolonialpolitik. Und als Würze die fortwährenden Skandale, die uns vor der ganzen zivilisierten Welt blamieren.

Die ungarische Regierung hat am Sonnabend im Abgeordnetenhause eine Vorlage über die Regulierung der Gehalte der Staatsbahnangestellten eingebracht. Die Vorlage ermächtigt die Regierung, zu dieser Gehaltsregulierung für 1904 einen Kredit von 6 643 400 Kronen, für 1903 (also rückwirkend) 1 666 000 Kronen in Anspruch zu nehmen. Die Vorlage scheint aber in den fraglichen Beamtenkreisen große Enttäuschung hervorgerufen zu haben, denn ein Telegramm aus Budapest, 19. April, meldet: An verschiedenen Orten fanden gestern Versammlungen von Eisenbahnbeamten statt, in denen Stellung genommen wurde gegen die Regierungsvorlage, betr. die Gehaltsregulierung, die den Erwartungen der Beamten nicht entspricht. Diese beabsichtigen, am 30. April in Budapest eine Landesversammlung abzuhalten.

Aus Szegedin telegraphierten die Staatsbahnbeamten an den Handelsminister, er möge die Verordnung des Generaldirektors der Staatsbahnen über das Verbot der Teilnahme an der Landesversammlung außer Kraft setzen.

Arbeiterdemonstrationen in Warschau. Am letzten Dienstag wurde auf der Rückkehr vom Begräbnis des Genossen Boczkowski eine Demonstration veranstaltet. Die Menge zog unter stürmischen Rufen: „Nieder mit dem Zarat! Hoch der Sozialismus!" zur Stadt.

Am Donnerstag fand eine Massendemonstration statt, an der viele tausende Arbeiter teilnahmen. In das Krankenhaus wurde die Leiche eines in der Zitadelle verstorbenen Genossen gebracht. Am Abend sollte er begraben werden. Die Nachricht von dem Begräbnis des in der Zitadelle zum Tode beförderten Genossen verbreitete sich mit Windeseile durch die Arbeiterbezirke. Tausende strömten vor das Krankenhaus und gaben ihrer Erregung in stürmischen Rufen: „Nieder mit dem Zarat!" Ausdruck. Der Wagenverkehr wurde eingestellt, die Straßenbahnen mußten stehen bleiben. Plötzlich ertönten die Klänge des polnischen Parteiliedes „Die rote Standarte" und tausende sangen das revolutionäre Kampflied. Die Behörden schickten nun die Feuerwehr mit Spritzen, um die Menge auseinander zu sprengen. Im Nu waren die Feuerwehrleute überwältigt und mußten sich zurückziehen.

Nachdem die Verwaltung erklärte, daß das Begräbnis nicht stattfinden würde, zog die Menge weiter.

Verhaftungen sind weder am Dienstag noch am Donnerstag vorgenommen worden.

Nach dem Kongreß von Bologna veröffentlicht der „Avanti" die Tabelle der Abstimmungen, die Votanten nach Landesteilen geordnet. Da ergiebt sich denn die Tatsache, daß dort, wo die Industrie, namentlich die Großindustrie, ausgebildet ist, die große Mehrzahl der Stimmen für Labriola, d. h. für die radikale, intransigente Richtung fiel; Piemont und die industriellen Gebiete der Lombardei brachten Majoritäten für den linken Flügel. Die Emilia dagegen, wo die großen Landarbeiterbunde (mit Pächtern 2c. als Mitgliedern) dominieren und das Genossenschaftswesen stark ausgebildet ist, brachte eine große Mehrheit für Bissolati-Turati auf.

Der lediglich aus Anti-Revisionisten bestehende Parteivorstand hat die beiden zum revisionistischen Flügel gehörenden (besoldeten) Parteisekretäre Barazzani und Zambianchi in ihren Stellungen bestätigt.

Den Kampf gegen den „tollen Mullah" im Somaliland wollen die Engländer offenbar einstellen, wofür (wie aus einer Depesche in voriger Nummer d. Bl. ersichtlich) die Regierung im Unterhaus als Grund angab, die Streitkräfte des Mullah seien zerstreut und aus dem von England beanspruchten Gebiet vertrieben.

Diese Mitteilung soll offenbar den Rückzug maskieren. Sicher hätten die britischen Offiziere, wenn es ihnen wirklich gelungen wäre, die Scharen des Mullah, der sehr mit Unrecht „toll" genannt wird, zu vertreiben und zu zersprengen, diesen Erfolg aller Welt verkündet. Das ist aber nicht geschehen. So bleibt nur die Annahme, die britische Regierung wolle den ganzen Krieg, dessen Kosten das Somaliland ja doch nicht wert ist, als aussichtslos einstellen — übrigens das Klügste, was sie tun kann und woran sich andere Kolonialmächte ein Beispiel nehmen sollten.

Die Einwanderungsgesetzgebung in den Vereinigten Staaten soll schon wieder geändert werden. Nach einem Telegramm aus Washington, 18. April, ist dem Repräsentantenhause ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die die Einwanderung betreffenden Gesetze dahin abgeändert werden, daß die Begünstigung fremder Dampfschiffslinien durch die auswärtigen Regierungen verhindert wird. Nach dem Gesetzentwurfe soll, im Falle einer solchen Begünstigung, von jedem auf einem nicht amerikanischen Schiffe ankommenden Ausländer ein Steuerzuschlag von 30 Dollars erhoben werden, außer der Kopfsteuer von 2 Dollars.

Das Gesetz richtet sich ganz offensichtlich gegen die jüngst von der ungarischen Regierung mit der Cunard-Linie getroffenen Abmachungen.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird, wie der „Vorwärts" gegenüber einer durch die Presse gegangenen unrichtigen Meldung feststellt, in der dritten Septemberwoche in Bremen abgehalten werden.

Tages-Bericht.

Dienstag, den 19. April.

Hamburg.

o. **Arbeitseinstellung.** Bei der Firma J. H. u. H. Menk auf Steinwärder, Metall- und Eisenwerke, Nordersand, sollten heute fünf Hülfsarbeiter Schauermannsarbeit, Schutenentleerung, für ihren gewöhnlichen Tagelohn von *M.* 3,50 verrichten. Sie lehnten dies ab und verließen die Arbeit.

o. **Ein Denkmal für Waldersee.** Bei der gestrigen Kontrollversammlung wurden die ehemaligen Angehörigen des früheren Artillerieregiments Nr. 9 (frühere Garnisonen: Itzehoe und Neumünster) darauf aufmersam gemacht, daß Sammlungen zwecks Errichtung eines Denkmals für Waldersee stattfinden, also ersucht, sich daran zu beteiligen. — Vermutlich erhält Waldersee in Khakiuniform und mit dem Feldmarschallstabe seinen Platz vor einem auf dem Stintfange neben Roland-Bismarck zu errichtenden Asbesthause oder wird er dargestellt bei der Lektüre von Scheiterhaufenbriefen.

o. **Wie unter Anwendung von Zwangsmitteln Bahnen gebaut werden.** Am 1. April 1904 sollte bekanntlich die elektrische Kleinbahn Altrahlstedt—Volksdorf in Betrieb genommen werden. Die Firma Gebr. Körting-Hannover, der gegen eine jährliche Subvention von *M.* 4000 vom Hamburger Staate Bau und Betrieb überlassen war, zog es vor, die gescheiten Hanseaten in den April zu schicken. Im vorigen Herbst war noch keine Schaufel Erde gerührt, unsere Walddörfer — denen mit einer Verlängerung der elektrischen Bahn von Eilbeck über Hinschenfelde, Farmsen, Berne u. E. weit besser gedient wäre — warteten vergeblich auf ihre „Erschließung". Damals wurde erklärt, daß die Finanzdeputation nötigenfalls die Firma zur Erfüllung ihres Kontraktes zwingen werde. Jetzt haben wir die Aprilmitte überschritten, Pfingsten steht vor der Tür — die Bahn wird nicht fertig. Wenn man sieht, was bisher geschehen ist, darf man sich allenfalls der Hoffnung hingeben, daß vielleicht im nächsten Jahre der Bau beendet sein wird. Es macht nämlich absolut nicht den Eindruck, als werde mit Hochdruck gearbeitet, wie es doch nach Anwendung außerordentlicher Mittel zu erwarten wäre. Stellenweise ist die Fluchtlinie der Bahn abgesteckt, ein paar Knicks sind rasiert, an einigen Stellen jenseits Maiendorf ist man mit der Planierung des Dammes beschäftigt, es sind einige hundert Meter Feldbahngeleise gelegt, auf denen einige Dutzend Kipplowries in Tätigkeit sind — aber jenen Eindruck fieberhaft rastloser Arbeit, den ein Werk bieten sollte, dessen Vollendung von den Interessenten so sehnlich erwartet wird, kann man selbst beim besten Willen nicht gewinnen. Jedenfalls werden im Staate Hamburg Pappinseln, Bunte Kühe und ähnliche Requisiten rasch verrauschenden byzantinischen Trubels rascher fertiggestellt, als Verkehrsmittel, die für die Gesamtheit von dauerndem Nutzen sein sollen.

Vorlesungen der Oberschulbehörde. Mittwoch, den 20. April: Literatur. Professor Dr. Wohlwill: Literarhistorische Uebungen (Schillers und Hebbels Demetrius). Von 7—8 Uhr Abends im Hörsaale C (Johanneum). Astronomie. Dr. Schwaßmann: Allgemeine Astronomie. IV. Teil. (Planeten und Kometen.) Mit gelegentlicher Vorführung von Lichtbildern. 1. Vortrag. Von 7—8½ Uhr Abends im Hörsaale A (Johanneum). Einlaßkarten nicht erforderlich. Chemie. Dr. Göhlich: Aether, Thioalkohole und Thioäther. 1. Vortrag. Von 6½—8 Uhr Abends im kleinen Hörsaale des Chemischen Staatslaboratoriums. Einlaßkarten nicht erforderlich.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Der neue Hamburger Dreimastschoner „Lortzing", welcher in England für die Reederei A. C. de Freytas u. Co. erbaut ist, trat die Ausreise von seinem Erbauungsplatz an. Am 9. März traf das Schiff von Aruba in Antwerpen ein und wurde dort gelöscht. Gestern ist der Schoner in Ballast im Tau des holländischen Schleppdampfers „Lusitania" hier eingetroffen und an der Werft von J. C. N. Wichhorst festgelegt worden. — Der neue Hamburger Dampfer „Cap Ortegal", für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft auf der Werft von Blohm u. Voß erbaut, soll am 5. Mai unter Führung des Kapitäns Langerhannsz seine erste Reise nach dem La Plata antreten. — Der Schleppdampfer „Fairplay VI", welcher an der dänischen Küste einen Schaftbruch erlitt, traf im Tau des Schleppdampfers „Fairplay V" hier ein und wurde sofort nach der Werft von Janssen u. Schmilinsky zur Reparatur gebracht. — Die norwegische Bark „Emanuel", welche mit einer Ladung Blockeis von Norwegen nach Frankreich bestimmt ist, hat im letzten Sturm schwer gelitten, so daß sie Cuxhaven als Nothafen anlaufen mußte. Dort ist jetzt der Schaden beseitigt und es ist das Schiff gestern Abend wieder in See gegangen. Von der Ladung ist ein Teil zu Wasser geworden. — Der Hamburger Dampfer „Martha Woermann" liegt am Petersenkai, Schuppen 29, und ladet dort eine neu konstruierte Brücke, die in England erbaut und zerlegt ist. Außerdem bekommt der Dampfer eine Barkasse von hier mit, die auf Deck festgelegt wird. In einigen Tagen geht die „Martha Woermann" von hier nach Westafrika ab. — — Die Hamburger Bark „Alauda", Kapitän Bohmfalk, traf heute Abend im Tau des Schleppdampfers „Gebr. Wrede" hier im Hafen ein. Die Bark hat auf der Reise von Iquique nach hier im englischen Kanal bei Grave Point auf Grund festgesessen und ist schwer leck geworden. Von vier englischen Schleppdampfern wurde das Schiff seinerzeit abgebracht und in Portland eingeschleppt. Dort wurde das Schiff provisorisch gedichtet und nach Shields geschleppt, wo es gelöscht ist. Die Bergungskosten sind vom englischen Admiralitätsgericht auf 2050 Lstrl. festgesetzt. — Der Schleppdampfer „Brunshausen" der Hamburg-Amerika-Linie kollidierte bei den St. Pauli Landungsbrücken mit dem Finkenwärder Passagierdampfer „Harmonie". Diesem ist die Verschanzung und Reling eingedrückt worden und sind die Relingsstützen durchs Deck gedrungen.

w. **Zwei neue Barkassen,** die in Kiel erbaut und für Berlin bestimmt sind, trafen durch den Nordostseekanal hier ein. Diese Fahrzeuge führen die Namen „Groß-Lichterfelde" und „Tegel". Beide Barkassen sind von hier nach der Oberelbe abgegangen, um ihrem Bestimmungsort zugeführt zu werden.

w. **Verkaufter Dampfer.** Der Hafenschleppdampfer „Ameise" der Reederei „Union" ist für die Summe von *M.* 30 000 an die Bugsierfirma Petersen u. Alpers verkauft worden.

w. **Dem Hamburger Staat zur Last.** Vor einigen Tagen holte der Hamburger Dampfer „C F. Laeisz" der Hamburg-Amerika-Linie in den Ellerholzhafen ein und kollidierte dort mit einem großen Oberländer Kahn, der mit Kies beladen war, worüber wir berichteten. Der Taucher Beckedorf stellte Hebungsversuche an, die jedoch erfolglos waren. Der Kahn ist in mehrere Stücke zerbrochen, so daß jetzt eine Hebung ausgeschlossen ist. Der Eigentümer, sowie die Versicherungsgesellschaften haben den Kahn aufgegeben. Jetzt liegt das Wrack zu Lasten des Hamburger Staats, der für die Beseitigung Sorge tragen muß.

w. **Unglücksfälle.** Der Getreidearbeiter F. H. Settgast, welcher auf dem im Saalehafen liegenden Oberländer Kahn 2674 mit Umsacken von Getreide beschäftigt war, fiel von einem Stapel Säcke zu Boden. Der Mann hat eine bedeutende Verletzung am Hinterkopf erlitten. Er wurde von einem Heildiener verbunden und dann nach dem Hafenkrankenhause gebracht. — Der Kaiarbeiter A. H. Meyer, welcher auf dem Schuppen 34 am Asiakai beim Verladen von Juteballen beschäftigt war, erlitt eine Quetschung der rechten Hand. Der Mann wurde von einem Heildiener verbunden und dann nach seiner Wohnung gebracht. — Der Kohlenarbeiter A. Meibohm erlitt beim St. Pauli Markt eine Verletzung des linken Beines. Der Verunglückte ist auf der dortigen Wache verbunden worden und dann nach seiner Behausung gekommen. — Der Decksmann des Schleppdampfers „Erna" stürzte im Zollkanal bei den Kajen ins Wasser. Der Mann konnte nur mit knapper Not von Ewerführern gerettet werden.

w. **Diebstähle im Hafen.** Aus einer Schute 228, die im Zollkanal fest lag, sind einige Bretter, 2,50 m lang, 16 cm breit und 3 cm dick, entwendet worden. — Auf dem Dampfer „Assuan" ist dem Zimmermann eine Remontoiruhr im Wert von *M.* 30 aus seiner Kammer gestohlen. — Vom Fischkutter „Dora" im Durchstich ist ein Fischbehälter im Werte von *M.* 100 abhanden gekommen.

Zu dem schweren Unglücksfall am Bahnhofsplatz wird noch mitgeteilt: Dem Musiker Otto Prieß vom Berliner Philharmonischen Orchester, der gestern auf dem Bahnhofsplatz von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde, wobei er schwere Fußverletzungen erlitten hatte, weshalb er nach dem St. Georger Krankenhause geschafft werden mußte, sind jetzt beide Füße amputiert worden. Der Zustand des Schwerverletzten ist zwar ein sehr bedenklicher, doch liegt augenblicklich eine Lebensgefahr nicht für ihn vor.

Totgestürzt. Steinstraße 159 stürzte ein 4 Jahre altes Kind aus der zweiten Etage der elterlichen Wohnung auf das Straßenpflaster und war augenblicklich tot. — Der Lademeister Schoemer aus der Norderstraße 94 stürzte vorgestern Abend beim Berliner Bahnhof, als er den Fahrdamm überschreiten wollte, nieder. Er erlitt einen Knöchelbruch. Es traten Komplikationen hinzu und gestern Abend starb der Mann. Er war am Staatskai angestellt.

Vom Neubau gestürzt ist der Maurerarbeitsmann Heinrich Ralfs in Eppendorf. Er erlitt schwere Verletzungen und fand im Eppendorfer Krankenhause Aufnahme.

Vom Dache gestürzt ist der Klempnergeselle A. Lüdtke von einem Neubau beim Stubkamp in Barmbeck. Er erlitt schwere Verletzungen und wurde nach dem St. Georger Krankenhause geschafft.

o. **Unfall.** Der Bezirkskassierer des Metallarbeiterverbandes, Engelmann, kam heute auf der Treppe eines Hauses in der Steintwiete so unglücklich zu Fall, daß er einen Bruch des Handgelenks erlitt.

Gefährliche Schießerei. Ein Techniker hantierte in der Altmannstraße mit einem Revolver. Plötzlich krachte ein Schuß, worauf mehrere Passanten hinzueilten und die Festnahme des gefährlichen Menschen veranlaßten.

Diebstähle. Gestohlen wurden: in einer Möbelfabrik in der Ulmenstraße 21 ein Phantasieschrank im Werte von *M.* 68; aus einem geöffneten Schaukasten Bei dem Strohhause 30 sechs Damenhemden mit Spitzen im Werte von *M.* 30; am 12. d. M. aus einem Lagerkeller auf der Reeperbahn 154 hundert leere Fässer; Herderdraße 14 mittels Nachschlüssels ein Beutel mit *M.* 64; Gärtnerstraße 129 im Hinterhaus drei goldene Broschen, ein Paar goldene Manschettenknöpfe, ein Haarring mit goldener Platte, gez. A. B. 1874, und ein goldenes Medaillon; einem Brothändler aus der Beneckestraße auf dem Grindel ein Fahrrad; Gertigstraße 8 mittels Einbruchs englische und französische Münzen, drei Kisten Zigarren, ein Paar Stiefeletten und ein Sommerüberzieher.

Einen Selbstmordversuch unternahm ein in der Nähe des Hafens wohnender Geschäftsmann, indem er sich erhängen wollte. Er wurde jedoch abgeschnitten und ein Arzt herbeigeholt, der den Selbstmordkandidaten wieder ins Leben zurückrief. Der Geschäftsmann wurde dem Hafenkrankenhause zugeführt. Schwermut soll das Motiv gewesen sein.

Zu dem Göttinger Uhrendiebstahl. Bei der verhafteten Schneiderin und ihrem Bräutigam sind *M.* 300 bar und 18 Uhren beschlagnahmt worden. Die Meldung eines hiesigen Blattes, daß bei einer Frau am Schweinemarkt aus dem Diebstahl herrührende Sachen im Werte von *M.* 10 000 gefunden seien, ist aus den Fingern gesogen.

Festgenommen wurde ein Marktarbeiter, welcher in der Nacht vom 10. zum 11. April an der Brandshofer Schleuse mit noch einem Fabrikarbeiter zusammen einen unbekannt gebliebenen Mann, anscheinend Schiffer, überfallen und seines Portemonnaies mit *M.* 40 beraubt hat. Bei dem Täter wurde das Portemonnaie mit *M.* 21 gefunden. — Festgenommen wurde ferner ein Kellner, der in verschiedenen Geschäften auf St. Pauli Wechselgeldschwindeleien ausgeführt hatte. Er wurde in einer Wirtschaft auf St. Pauli verhaftet.

Feuer in Fuhlsbüttel. Heute Nachmittag 2½ Uhr brach in dem in der Nähe des Storchnestes gelegenen Hause Nr. 19 zu Fuhlsbüttel, in welchem sich ein Partiewarengeschäft und eine Klempnerei befinden, Feuer aus. Da die von der Umgegend herbeigeeilten Landspritzen wenig gegen das Feuer ausrichten konnten, benachrichtigte man die Hamburger Feuerwehr, von welcher Zug 10 zur Brandstelle eilte. Zug 10 gab mittels fünf Rohre Wasser, konnte aber das in vollen Flammen stehende, mit Stroh gedeckte Haus nicht mehr retten. Dasselbe brannte nieder. Es gelang jedoch, die Nebengebäude vor dem Feuer zu schützen. Die Feuerwehr kehrte Abends um 7 Uhr nach Hamburg zurück.

Feuermeldungen. Am Montag Nachmittag 5¾ Uhr Böhmkenstraße 18 Schornsteinbrand; um 6¾ Uhr Bramfelderstraße 78 Brand einer Dampfkesselbekleidung; um 10½ Uhr Elbstraße 122 Brand eines Bettes; am Dienstag Morgen gegen 8 Uhr Gothenstraße 44 Balkenbrand.

Altona.

Der Vorstand der nationalliberalen Partei contra Menck.

In einer Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei in Berlin erklärte Dr. Sattler, daß trotz des schweren Kampfes nach verschiedenen Fronten die nationalliberale Partei mit Entschiedenheit Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und Tendenzen, die auf Abänderung des bestehenden Reichstagswahlrechts hindrängen, verwerfe. Ausdrücklich mißbilligte der Zentralvorstand die Ausführungen des preußischen Landtagsabgeordneten Menck, der im „Altonaer Tageblatt" sich gegen die Beibehaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts ausgesprochen hat.

Die „Hamb. Nachr." bemerken zu dem Vorgehen der Partei: „Hoffentlich macht dieses parteioffiziöse Desaveu keinen allzu großen Eindruck auf den Herrn Abg. Menck, denn schließlich hängt das Wohl und Wehe Deutschlands doch nicht von der Aufrechterhaltung der Grundlagen des nationalliberalen Programms ab. Fürst Bismarck hat erwartet, daß das deutsche Volk klug und stark genug sein werde, sich von dem geltenden Wahlrechte zu befreien, sobald es dessen Schädlichkeit erkannt habe."

Herr Menck erscheint da also als der „kleine Bismarck in der Westentasche".

Gegen die Schwindel-Ausstellungen.

An die Oberpräsidenten ist betreffs der Mißstände im Ausstellungswesen eine ministerielle Verfügung ergangen, in der es u. a. heißt: „Die auf unseren Runderlaß erstatteten Berichte haben ergeben, daß zwar in mehreren Provinzen das Vorhandensein sehr erheblicher Mißstände im Ausstellungswesen anerkannt wird, daß aber die Ansichten über die zu ihrer Beseitigung einzuschlagenden Wege weit auseinander gehen. Wir haben deshalb vorläufig von vorbeugenden, nur durch Aenderung der Gesetzgebung zu erreichenden Maßnahmen gegen Schwindelausstellungen abgesehen und halten zunächst eine Bekämpfung lediglich auf dem Verwaltungswege für angezeigt. Die behördliche Förderung von gewerblichen Ausstellungen ist von der Gemeinnützigkeit, Wirtschaftlichkeit und Reellität des Unternehmens, sowie von einer angemessenen Regelung des Prämiierungswesens abhängig zu machen. Als behördliche Förderung ist in erster Linie anzusehen: 1. die Genehmigung zur Veranstaltung von Lotterien; 2. die Bewilligung von Staatsmedaillen oder die Inaussichtstellung der Gewährung von Staatsmedaillen aus Anlaß der Ausstellung; 3. die Bewilligung von Frachtermäßigungen durch die Eisenbahnverwaltungen und 4. der Beitritt unmittelbarer oder mittelbarer Staatsbeamten zu den Komitees, Ehrenkomitees oder Preisrichterkollegien. Die bestehenden Grundsätze über Genehmigung von Lotterien, Frachtermäßigungen und Medaillen werden durch vorstehende Anordnungen nicht berührt. Die Regierungspräsidenten sind anzuweisen, auf die sogenannten Schwindelausstellungen ihr besonderes Augenmerk zu richten, und sobald sie Kenntnis davon erlangen, daß in ihrem Bezirk eine solche Veranstaltung geplant werde, das Sachverhältnis aufzuklären und alsdann, möglichst noch, ehe die Ausstellung stattfindet, die festgestellten Tatsachen durch öffentliche Bekanntmachung zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Dabei wird es sich unter Umständen empfehlen, auch die Namen der Veranstalter sowie der im Komitee, Ehrenkomitee oder Preisgericht Sitzenden und der prämiierten Personen zu veröffentlichen. Da die Schwindelausstellungen zumeist gewerbsmäßigen Unternehmern ihre Entstehung verdanken, so ordnen wir an, daß alle Feststellungen über solche Veranstaltungen dem Polizeipräsidenten in Berlin zur Kenntnis mitzuteilen sind."

Verein für Kunsterziehung zu Altona. Für den Vortrag des Herrn Direktors Professor Lichtwark über „Das Deutsche in der Kunst" sind, soweit der Vorrat reicht, außer an den schon genannten Stellen, Einlaßkarten à 30 ₰ am Donnerstag, 21. April, vor Beginn des Vortrages um 9 Uhr Abends im Hörsaale des Museums zu haben.

* **In der hiesigen Navigationsschule** wird die nächste Steuermannsprüfung am 24. Mai und die nächste Prüfung zum Schiffer für die große Fahrt am 10. Juni ihren Anfang nehmen. Anmeldungen dazu nimmt der Direktor der Schule entgegen.

* **Die Neuanmeldungen zur gewerblichen Fortbildungsschule** betreffend ist zu konstatieren, daß viele Arbeitgeber trotz Aufforderung es noch nicht für nötig gehalten haben, ihre schulpflichtigen Lehrlinge und Gehülfen anzumelden. Da sie sich straffällig machen, wenn sie die Anmeldung versäumen, so liegt es in ihrem Interesse, wenn sie das Versäumte schleunigst nachholen. Die kaufmännische Fortbildungsschule nimmt nach dem 23. d. M. keine Anmeldungen mehr entgegen und die jungen Leute, die diese Schule besuchen sollen, müssen, wenn sie nicht noch bis zum 23. d. M. angemeldet werden, die gewerbliche Fortbildungsschule besuchen.

* **Nach einer größeren städtischen Elbbadeanstalt** wird jetzt, nachdem die warme Witterung im Anzuge ist, vielfaches Verlangen wieder laut. Die Wientappersche Badeanstalt, die von der Stadt eine kleine Subvention erhält, ist zu primitiv, heißt es, und genügt für eine Stadt mit über 170 000 Einwohnern nicht. Außerdem wird die dort gebotene Badegelegenheit im freien Wasser als zu teuer bezeichnet. Bei unserer Stadtverwaltung ist bekanntlich für die Schaffung einer Badeanstalt im freien Elbwasser keine Neigung vorhanden, weil behauptet wird, daß das Elbwasser am Strande des Altonaer Stadt- und Vorortsgebiets den sanitären Anforderungen für eine Badeanstalt nicht entspricht. An die Errichtung einer großen städtischen Elbbadeanstalt ist daher nicht zu denken. Aber eine andere große Badeanstalt mit großen Schwimmbassins für männliche und weibliche Personen soll errichtet werden. Die Mittel sind längst bewilligt und es muß Wunder nehmen, daß man mit der Errichtung der projektierten Badeanstalt noch nicht den Anfang gemacht hat. Notwendig ist solche Badeanstalt schon längst geworden.

* **Wegen Urkundenfälschung und Betrugs** ist gegen eine in Ottensen wohnende Frau N. eine Untersuchung eingeleitet worden. Sie erschien kürzlich bei einem Geschäftsmann und legte einen Schein vor, laut welchem ein Kunde des Geschäftsmannes, bei dem sie als Reinmachefrau beschäftigt sein wollte, einige Waren wünschte. Dieselben wurden ihr anstandslos ohne Zahlung mitgegeben, doch bald darauf stellte sich heraus, daß der Schein gefälscht und der Geschäftsmann betrogen war. Die Schwindlerin war nicht aufzufinden und nur dadurch, daß eine Verkäuferin des Betrogenen sie auf der Straße traf, war es möglich, sie in Untersuchung zu ziehen. Sie bestreitet aber energisch, daß sie mit der Schwindlerin identisch ist, trotzdem ein Teil der erschwindelten Waren bei ihr aufgefunden wurde.

* **Beim Versteckspielen erstickt.** Gestern Nachmittag spielten mehrere Kinder auf der Dockenhudener Feldmark, wo sich bekanntlich viele Grandgruben befinden, Versteck. Dabei wurde der neunjährige Sohn des Weichenstellers Petersen vermißt, doch achteten die Kinder wenig darauf, da sie annahmen, daß er davongelaufen sei. Als der Weichensteller Petersen am Abend nach Hause kam und sein Sohn nicht da war, begab er sich auf die Suche nach demselben und suchte die Gegend ab, wo die Kinder gespielt hatten. Dabei gewahrte er, daß auf einer Stelle Sand und Kies frisch aufgerührt waren. Er grub hier nach und schaffte nach kurzer Zeit die Leiche seines Sohnes zu Tage. Das Kind hatte sich hier ein Loch gemacht und sich darin versteckt, worauf es verschüttet worden ist und seinen Tod durch Ersticken gefunden hat.

* **Ueberfahren** wurde gestern Abend in der Bleicherstraße ein Arbeiter von einem Schlachterwagen und am Kopfe erheblich verletzt, so daß er ärztliche Hülfe in Anspruch nehmen mußte.

Unangenehmer Verlust. Ein 78jähriger Mann, der gegenwärtig zum Besuch bei seinen hiesigen Kindern weilt, hatte gestern das Unglück, von Altona über Feldstraße, Holstenplatz, oder Elektrische Bahn Linie 8, Barmbeck bis Marktplatz, auf dem Wege hin oder zurück, sein Portemonnaie mit der gesamten Barschaft, etwa

M. 25, zu verlieren. Der Finder wird gebeten, dasselbe Lerchenstraße 91, 2. Etg. rechts, oder Barmbeck, Stückenstraße 53, 1. Etg. rechts, abzugeben.

* **Verhaftet** wurde ein Mädchen aus Ostpreußen, das von seiner Heimat aus wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt und hier von der Kriminalpolizei ermittelt wurde.

* **Taschendiebstahl.** Einer Frau wurde heute Vormittag in der Fischauktionshalle am Fischmarkt ein Portemonnaie mit etwa M. 9 aus der Tasche gestohlen.

* **Aus den Altonaer Gerichten.** Eine empfindliche Strafe wurde heute vom Landgericht dem Arbeiter Karl Neumann zudiktiert, der sich wegen Sachbeschädigung zu verantworten hatte. Er soll am Abend des 15. Februar aus Aerger darüber, daß ein Bekannter von ihm aus einer Wirtschaft am Fischmarkt herausgeworfen worden war, eine Fensterscheibe des Wirtschaftslokals, die über M. 100 wert war, eingeworfen haben. Das leugnete er, wurde aber für überführt erachtet und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. — Wegen Körperverletzung mittels eines Messers war heute vor dem Landgericht der Arbeiter Theodor Hujoth angeklagt. Der bisher völlig unbescholtene Angeklagte hatte nach der Anklage am Abend des 14. November v. J. eine Schlägerei mit mehreren jungen Burschen, von welchen zwei als gefährliche Rowdies bekannt sind, und soll, als die Schlägerei schon vorüber war, den Burschen nachgegangen und einem derselben einen Messerstich in die Seite beigebracht haben, so daß der Verletzte vier Wochen lang daran zu leiden hatte. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, daß er den Stich ausgeführt habe und behauptete, er habe gar kein Messer bei sich geführt. Seiner Ansicht nach sei der Verletzte von einem seiner Kollegen, die ihn, den Angeklagten, grundlos überfallen und mißhandelt hätten, gestochen worden. Diese Angaben des Angeklagten wurden von den Belastungszeugen bestritten, worauf der Staatsanwalt den Angeklagten für überführt erachtete und gegen ihn 6 Monate Gefängnis beantragte. Das Gericht hielt den durch Rechtsanwalt Ufflacker verteidigten Angeklagten ebenfalls schuldig, nahm aber mildernde Umstände an und erkannte auf einen Monat Gefängnis.

y. **Stellingen-Langenfelde.** Bei der gestern stattgehabten Schulvorsteherwahl wurde der vom Grundeigentümer- und Bürgerverein aufgestellte Kandidat, Destillateur A. Timm, mit 76 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. — Ein hiesiger Bleicherknecht wurde gestern bei dem Krämer M. in der Eimsbüttelerstraße wegen seines Betragens hinausgewiesen. Er zerschlug dann die Spiegelscheibe der Ladentür und verletzte sich dabei schwer die rechte Hand. Der Verletzte wurde von Dr. Arnold verbunden.

y. **Eidelstedt.** Die gestern hier stattgehabte Schulvorsteherwahl verlief so recht nach dem Geschmack der Spießer, denn es beteiligten sich ganze 6 Wähler an der Wahl, welche den bisherigen Schulvorsteher, Landmann Schröder, wiederwählten. Wenn kein Sozialdemokrat zur Wahl steht, kommt das Spießertum nicht von der Bärenhaut herunter. Aber lange werden die hiesigen Parteigenossen den Herren die Ruhe nicht gönnen.

Wandsbeck.

× **Die ordentliche Generalversammlung** des hiesigen Bau- und Sparvereins e. G. m. b. H. findet am Sonnabend, den 30. d. M., 8½ Uhr Abends, im „Eisenbahn-Hotel" statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht für 1903, insbesondere Bericht über die Revision des Vereins durch den Verbandsrevisor am 18. Dezember 1903 und Beschlußfassung dazu. 2. Vorlage der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung. 3. Antrag auf Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Verteilung des Reingewinnes. 5. Vorstandswahl und Festsetzung des Honorars für den Kassierer. 6. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern. 7. Weitere Bautätigkeit. 8. Sonstiges. Der Verein hat sich auch im verflossenen Geschäftsjahre gedeihlich weiterentwickelt. — Ein weiterer derartiger Verein besteht in Oldesloe; auch dieser entwickelt sich recht gut; er zählt 94 Mitglieder und hatte im Vorjahre bei einer Bilanz von M. 70 041,03 einen Reingewinn von M. 351,93, so daß eine Dividende von 4 Prozent in Aussicht genommen werden konnte. Der Verein baut sogenannte Einfamilienerwerbshäuser zum Verkaufe; im Vorjahre verkaufte er 6 solche Häuser; 6 weitere sollen gebaut, außerdem sollen auf dem vorhandenen Baulande Mietswohnungen errichtet werden.

× **Die Hebungen der Kreiskasse** finden am 23. Juni, September und Dezember 1904 beziehungsweise März 1905 statt.

× **Aus dem Kreise Stormarn.** Zum stellvertretenden Amtsvorsteher für den Bezirk Poppenbüttel ist der Landmann und Gastwirt Wagner daselbst wiederum ernannt worden. — Den Fleischbeschauern ist die Uebernahme der Agenturen von Schlachtviehversicherungen untersagt worden; sie dürfen höchstens gegen feste Vergütung Gutachten abgeben bezw. Bescheinigungen ausstellen. — Die Fleischbeschaugebühr für die Gemeinden Bramfeld, Steinbeck, Trittau und Reinbeck beträgt nicht, wie irrtümlich amtlich bekannt gegeben, bei einem Schweine ohne Trichinenschau M. 1,40, sondern nur 70 ₰.

× **Plötzlich erkrankt.** Der Hauptkassierer der hiesigen Ortskrankenkasse wurde von einem Schlaganfalle betroffen und liegt schwerkrank darnieder.

Alt-Rahlstedt. Am 12. d. M. wurde über Verstöße des Genossen Giegler gegen § 3 des Statuts im Sozialdemokratischen Verein verhandelt. Einem Ausschluß war G. durch freiwilligen Austritt aus dem Verein zuvorgekommen. Es darf nun wohl erwartet werden, daß G. auch sein Mandat als Gemeindevertreter, das ihm die Genossen von Tonndorf-Lohe gegeben, niederlegt. Die Maifeier soll am 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, durch eine Volksversammlung begangen werden. Abends hat der Maurerverband den Saal gemietet, weshalb das geplante Tanzkränzchen des Sozialdemokratischen Vereins nicht abgehalten werden kann.

Hamburger Landgebiet.

k. **Curslack.** Die Arbeit niedergelegt haben die Steinsetzer und Rammer des Steinsetzermeisters Jans von hier. Die Arbeiter beanspruchen den Bergedorfer Lohn, welcher für Steinsetzer 55, für Rammer 45 ₰ pro Stunde beträgt, während Jans nur 50 ₰ für Steinsetzer und 40 ₰ für Rammer zahlt.

Schleswig-Holstein.

k. **Sande.** Die Wahl einer Handarbeitslehrerin, wozu die Schulinteressenten eingeladen sind, findet am Sonnabend nach erfolgter Lehrprobe, die um 9 Uhr Vormittags beginnt, in der hiesigen Mädchenschule statt. Zur Wahl präsentiert sind drei Bewerberinnen.

Augeln. Beim Gewitter am Sonnabend schlug der Blitz beim Käiner Friedrich Franzen in Bargfeld ein. Die Gebäude brannten gänzlich ab. Drei Kühe und einige Schweine kamen in den Flammen um. Ebenso entstand bei dem Käiner und Holzschuhmacher Claus Clausen in Spenbrück bei Dollerupholz Feuer, wobei, da Clausen auch nebenbei Räucherei betrieb, ein Teil der ihm zum Räuchern übergebenen Fleischwaren mit verbrannten; auch konnten die Schweine nicht gerettet werden.

Kiel. Daß die Kriegsgerichte auch „milde" urteilen können — allerdings wenn es sich nicht um Soldatenschinder handelt —, zeigte das Oberkriegsgericht der aktiven Schlachtflotte. Auf die Berufung des Gerichtsherrn wurde der in erster Instanz nur wegen Beleidigung eines Vorgesetzten zu 28 Tagen strengem Arrest verurteilte, zu Danzig geborene Torpedoheizer B. vom „Kaiser Friedrich III." auch des tätlichen Angriffs schuldig befunden und zu 1 Jahr 1 Tag Gefängnis verurteilt. Der Fall wurde, schreibt die „Kieler Ztg.", obwohl B. einen Unteroffizier an der Brust anpackte und ihn auf das linke Auge schlug, so milde wie möglich angesehen, weil B. in starkgradiger Trunkenheit handelte, diese Trunkenheit aber auf das Verschulden eines anderen Vorgesetzten zurückzuführen war. Wie würde da ein strenges Urteil aussehen.

Husum. Der hiesige Bürgerverein beschäftigte sich mit der geplanten Landfestmachung Nordstrands. Nachdem Redakteur C. P. Christiansen einen Vortrag über Flut- und Schiffahrtsverhältnisse unter Bezugnahme auf den geplanten Dammbau gehalten hatte, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die in der heutigen außerordentlichen Hauptversammlung des Bürgervereins anwesenden Husumer Bürger sind der Ueberzeugung, daß der Bau eines festen Dammes zwischen Nordstrand und der Festlandsküste für die wirtschaftlichen Interessen der Stadt Husum von sehr großem Nachteil sein würde, und richten daher an alle maßgebenden Faktoren die Bitte, der Ausführung dieses Projektes mit allen Kräften entgegentreten zu wollen." Es wurde beschlossen, diese Resolution dem Magistrat und der Wasserbauinspektion zu übermitteln, sowie für dieselbe in der Stadt Unterschriften zu sammeln. Der Vorstand des Bürgervereins wurde beauftragt, unter Fühlung mit dem Magistrat und den anderen Korporationen die Sache zu bearbeiten, und außerdem autorisiert, eventuell auch eine Deputation an den Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten und Minister der öffentlichen Arbeiten zu entsenden.

Die projektierte Bahn Rendsburg-Husum wird voraussichtlich folgende größere Ortschaften berühren: Rendsburg, Fockbeck, Hohn, Friedrichsholm, Erfde, Schwabstedt, Rantrum, Mildstedt und Husum. In der Landschaft Stapelholm geht sie zwischen Süderund Norderstapel hindurch, jedoch näher an Norderstapel. Das für die Bahn erforderliche Land ist der Staatsregierung unentgeltlich und kostenfrei zu überweisen, oder es ist hierfür eine Entschädigung von M. 939 000 zu zahlen. Außerdem ist von den Beteiligten die Verpflichtung zur Leistung eines unverzinslichen, nicht rückzahlbaren Baukostenzuschusses von M. 150 000 für den Ausbau des Bahnhofs A in Husum in rechtsverbindlicher Form zu übernehmen. Die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betr. den Bahnbau Rendsburg-Husum, wird voraussichtlich Anfang Mai im Abgeordnetenhause stattfinden.

Hannover.

Die Fischzucht in der Lüneburger Heide hat in den letzten zwanzig Jahren ganz erhebliche Fortschritte gemacht. Nach einer Zusammenstellung vom vorigen Winter befinden sich dort 2136 Teiche, die zusammen 1554 Hektar umfassen. Davon sind 1386 Hektar Karpfen- und 168 Hektar Forellenteiche. Die Teiche liefern jährlich mindestens 500, wahrscheinlich aber bis 750 Doppelzentner Karpfen im Werte von M. 60 000 bis 90 000, 25 Doppelzentner Schleie im Werte von M. 5000, 25 Doppelzentner Salmoniden im Werte von M. 12 500 und mindestens 25 Doppelzentner Bachforellen im Werte von M. 12 500. Für weitere Teichanlagen bietet sowohl die Lüneburger Heide, als auch deren nördliche Fortsetzung, die bremische Geest, noch Platz und Gelegenheit genug. Eine ganze Reihe kleinerer Flußgebiete, in denen die Forelle gänzlich verschwunden war, hat jetzt infolge der Aussetzung von junger Brut wieder einen guten Bestand an Forellen.

Mecklenburg.

Schwerin. Unschuldig verurteilt. Der Arbeiter Stegemann und dessen Ehefrau aus Gr.-Klein wurden im Jahre 1899 zu 5 bezw. 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil beide die Arbeiterfrau Grünwaldt zur Brandstiftung verleitet haben sollten. Nachdem die Grünwaldt ihre vierjährige Zuchthausstrafe verbüßt hatte, hat sie jetzt das Geständnis abgelegt, daß sie von ihrem eigenen Manne zur Brandstiftung verleitet worden sei. Infolgedessen ist Stegemann vor kurzem aus dem Zuchthaus Dreibergen entlassen worden; eine ihm früher angebotene Begnadigung hatte er abgelehnt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 19. April, 1 Uhr.

70. Sitzung.

Am Bundesratstisch: Frhr. von Richthofen.

Ein schleuniger Antrag Dr. Mugdan (FVp.) und Genossen, ein in der gestrigen Sitzung verlesenes Schreiben des ersten Staatsanwalts zu Flensburg, betr. Strafverfolgung des Abg. Jessen (Däne) der Geschäftsordnungskommission zur Berichterstattung zu überweisen, wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amts. Bei den „Fortdauernden Ausgaben", Titel Staatssekretär, begründet

Münch-Ferber (NL.) eine Resolution, wonach in dem nächsten Etat die erforderlichen Mittel einzustellen sind, um, soweit dazu ein Bedürfnis vorliegt, im Auslande den deutschen Konsuln zur Unterstützung in wirtschaftlichen Angelegenheiten einen aus deutschen Kaufleuten gebildeten sachverständigen Beirat zur Seite stellen zu können. An der Spitze des Beirats müßte ein Sekretär stehen, der mit M. 6000 bis 8000 zu besolden wäre. England und Amerika sind uns in dieser Beziehung weit voraus. Amerika hat bereits eine Handelskammer in Berlin, die ihm sehr gute Dienste leistet. Amerika macht uns heute schon eine enorme Konkurrenz in unserem eigenen Vaterlande und noch mehr auf dem Weltmarkt. In der Textilindustrie sind bereits Millionen deutschen Kapitals in Amerika investiert, die dort der deutschen Industrie Konkurrenz machen. Ebenso machen uns Frankreich und Italien erhebliche Konkurrenz. Italien ist im Begriff, uns aus Argentinien vollständig zu verdrängen, dabei sind wir für Argentien ein viel größerer Kunde als Italien. Dies Verhältnis sollte man sich beim Abschluß von Handelsverträgen stets mit Flammenschrift vor Augen halten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, der unserem gesamten wirtschaftlichen Leben, nur zum Vorteil gereichen kann. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Dowe (FVg.): Mit der Tendenz des Antrages sind wir gewiß alle einverstanden, die einzelnen Forderungen desselben werden wir uns aber doch noch genauer ansehen müssen. Die Ausführungen des Herrn Vorredners über die Handelspolitik gehörten wenig zum Inhalt der Resolution. (Sehr richtig! links.) Unseren Export hat der Herr Vorredner doch wohl unterschätzt. (Sehr richtig! links.) England hat nur sieben Handelskammern im Auslande, das ist im Verhältnis zum Umfang seines Handels durchaus nicht viel. Auch Amerika ist mit Errichtung von Handelskammern im Ausland sehr vorsichtig gewesen. Von der Tätigkeit der amerikanischen Berliner Handelskammer hat man noch nicht viel gehört. Die Bureaukratisierung des Handelskammerwesens, wie sie der Antrag Münch-Ferber will, ist uns nicht besonders sympathisch. — Von der Tätigkeit der Handelsattachés hat man noch nicht viel gemerkt. Ich nehme aber an, daß die sehr guten Informationen der „Nachrichten für Handel und Industrie", welche das Reichsamt des Innern herausgibt, von diesen Attachés stammen. — Dem Handelstag hat der Antrag Münsch-Ferber in dieser Form nicht vorgelegen. Wer soll über die Bedürfnisfrage entscheiden? Den Wunsch nach weitergehenden Informationen teilen wir ja auch, und wenn dieser Wunsch auf diesem Wege zu erfüllen ist, so kann man ja einen Versuch nach dieser Richtung machen. Doch muß die Regierung auf diesem Gebiete sehr vorsichtig vorgehen. Alles in allem kann ich mich nicht direkt gegen den Antrag aussprechen, möchte aber doch etwas Wasser in den Wein des Antrages gießen. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, Einrichtungen zu bureaukratisieren, die auf freier Grundlage mehr zu wirken im stande sind für die Zwecke, die Herr Münch-Ferber verfolgt. (Bravo! links.)

Blell (FVp.): Der Antrag ist in seinem Grundgedanken durchaus gut und nützlich. Wir können nicht genug für die Förderung unseres Exportes tun. Im einzelnen habe ich verschiedene Bedenken gegen den Antrag. Sollen die Beiräte gewählt oder vom Konsul im Ausland ernannt werden? Mir erscheint es ziemlich überflüssig, für diesen Beirat Gelder zu bewilligen. Entschieden widersprechen muß ich der Bemerkung des Herrn Münch-Ferber, daß diese Beiräte einen Sammelpunkt für die Deutschen im Auslande bilden sollen. Ueberall bestehen Vereinigungen der Deutschen im Auslande, welche diesen Zweck weit besser erfüllen, vor Allem ist dies die Aufgabe der deutschen Schulen. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherr **v. Richthofen:** Der Abg. Münch-Ferber hat uns die amerikanischen Konsuln als Muster vorgeführt; ich will die Verdienste dieser Konsuln in keiner Weise verkleinern, aber er wird mir zugeben müssen, daß in einem Punkte unsere Konsuln den amerikanischen überlegen sind, nämlich dadurch, daß die unserigen länger auf ihrem Posten bleiben, während die amerikanischen Konsuln häufig wechseln. Merkwürdig ist es, daß in der amerikanischen Presse gerade die deutschen Konsuln als nachahmenswertes Beispiel angeführt werden. (Hört! hört! links.) Auch in anderen Ländern wird das deutsche Konsularsystem als das beste anerkannt, so in Frankreich. Die „Aurore" schrieb noch in diesem Jahr: „Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß das Aufblühen des deutschen Handels und der deutschen Industrie im Auslande vor allem auf die Tätigkeit der deutschen Konsuln zurückzuführen ist, die die kaufmännische Seite als die wichtigste ihres Berufs betrachten und ihren deutschen Landsleuten in allen wichtigen Handelsfragen Auskunft erteilen." Aber auch im Inlande stehen sie nicht ganz ohne Dank da. Ein Fabrikant aus einer mittleren Fabrikstadt Deutschlands schreibt an uns, er habe sich in einem höflichen Schreiben an die hauptsächlichsten deutschen Konsulate im Auslande mit der Bitte um Auskunft über die jeweiligen Marktverhältnisse gewandt behufs Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. „In prompter und gefälliger Weise — schreibt er — „erhielt ich bereitwilligst von den hundert Konsulaten jede mögliche Auskunft und gestatte mir daher an dieser Stelle meinen Dank dafür auszusprechen." — Was die Resolution Münch-Ferber betrifft, so wissen Sie, daß das Auswärtige Amt früher Stellung genommen hat gegen die Errichtung von deutschen Handelskammern im Auslande, und zwar aus sachlichen wie aus formalen Motiven. Ein Staat hat nur insoweit das Recht, amtliche Behörden in dem Gebiete eines anderen Landes zu errichten, als es sich um Gesandtschaften handelt, die durch Uebergabe der Akkreditive die Anerkennung des territorialen Staates finden, oder um Konsulate, bei denen das gleiche in der Form der Erteilung der Exequatur geschieht. Also in dem Namen Handelskammer liegt ein Eingriff in die Rechte des fremden Reiches. Wenn trotzdem ausländische Handelskammern bestehen, so segeln dieselben gewissermaßen unter falscher Flagge, weil das Publikum denkt, es handle sich um eine fremde Behörde im eigenen Lande. Wenn hier in Deutschland Handelskammern begründet wurden, so sind wir bisher über diese Bezeichnung hinweggegangen und haben unsererseits amtliche Beziehungen zu derartigen Handelskammern nicht aufgenommen. Erstens hat die Erfahrung ergeben, daß das leicht zu Zwistigkeiten zwischen derartigen Hülfskammern und den das Reich vertretenden Konsuln führt. Derartige Differenzen wachsen sich oft zu erheblichem Umfange aus, wie das der letzte Jahresbericht der Brüsseler Handelskammer z. B. beweist. Nun ist in dem Antrage Münch-Ferber die Bezeichnung Handelskammer weggefallen. Zweitens wird der Beirat den Konsuln beigegeben, so daß die Möglichkeit einer nach außen hervortretenden Differenz zwischen beiden wegfällt. Infolgedessen ist unsererseits ein wesentliches Bedenken gegen diesen Antrag nicht mehr vorhanden. Ich stimme vollständig überein mit den Herren Dove und Blell, daß man sich nicht allzuviel von dem Antrag versprechen darf. Was die Handelskammern bisher getan haben, könnte von guten Konsuln auch geleistet werden. Dem Wunsche, unsere Informationen aus dem Auslande nach Möglichkeit zu verstärken, könnte aber vielleicht durch eine Organisation, wie sie der Antrag vorsieht, entgegengekommen werden. Also vom Standpunkt des Auswärtigen Amts würde gegen die Bereitstellung einer kleineren Summe für diesen Zweck kein Bedenken zu erheben sein.

Graf **Kanitz** (K.): Die Ausführungen des Abg. Münch-Ferber haben mich davon überzeugt, daß wir alles daran setzen müssen, uns vom Auslande auf diesem Gebiete nicht überflügeln zu lassen. Herr Dove hat den deutschen Export im Jahre 1902 auf 5 Milliarden Mark angegeben. Tatsächlich waren es nur 4812 Mill. Mark. und auch diese Ziffer ist noch zu hoch, weil die billigen Auslandsverkäufe der Syndikate von der Statistik nicht in Rechnung gezogen werden. Wichtiger als der Beirat ist es für uns, angemessene handelspolitische Beziehungen zu Amerika zu erlangen. Meine Partei wird für den Antrag Münch-Ferber stimmen. (Bravo! rechts.)

Osel (Z.) schließt sich der Anerkennung für die Ausbildung des deutschen Konsularwesens an. Woran es fehle, das sei eine Statistik des indirekten Warenverkehrs; hätten wir diese, so könnte ein gut Teil besonders des englischen Zwischenhandels von uns ausgeschaltet werden. Redner wünscht, daß die Regierung den wegen seines Gegensatzes zur Freihandelsschule viel geschmähten Prof. Ruhlandt besser unterstütze, der eine Beobachtung der Bewegung der Getreidepreise organisiert habe, die wegen der unzureichenden Mittel bisher noch unvollkommen geblieben sei.

Staatssekretär Fhr. **v. Richthofen:** Die Wünsche des Vorredners sind nicht so leicht zu erfüllen. Bisher haben die Versuche, Ermittlungen über den indirekten deutschen Import und Export anzustellen, kein greifbares Resultat gehabt. Dann hat der Vorredner durchaus recht, daß durch einen derartigen Mangel die Statistik und die Festsetzung der Handelsbilanz nur einen relativen Wert besitzt. Wegen seiner Anregungen über die Beobachtung der Getreidepreise will ich mich mit meinem Kollegen vom Innern und mit dem Landwirtschaftsminister in Verbindung setzen.

Kaempf (FVp.): Als am 19. Januar d. J. die Interpellation verhandelt wurde, betreffend die Tätigkeit russischer Polizeiorgane auf deutschem Gebiet, ist auch die Frage gestreift worden, in welcher Weise Rußland die deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens behandelt. Diese Behandlung hat über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus in weiten Kreisen Erregung, ja Erbitterung hervorgerufen. Ich werde nicht erörtern, in welcher Weise die russische Regierung ihre eigenen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens behandelt, so sehr diese Behandlung vom Standpunkt der Gesittung zu verurteilen ist. Aber diese Kritik würde zu nichts führen, da der Herr Staatssekretär mit Recht antworten könnte, daß man der russischen Regierung das formelle Recht nicht bestreiten könne, ihre eigenen Staatsangehörigen zu behandeln, wie sie wolle, und daß das Deutsche Reich nicht den Beruf habe, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen. Ein grelles Streiflicht auf die Verhältnisse, wie sie in Rußland für die Juden bestehen, wirft der Erlaß des russischen Ministers des Innern, worin in dürren Worten die Mangelhaftigkeit der russischen Judengesetzgebung anerkannt und den Gouverneuren empfohlen wird, sofort bis zur Beendigung des Krieges eine mildere Praxis gegen die Juden einzuschlagen. Die Wendung „bis zur Beendigung des Krieges" enthebt mich jeder weiteren Kritik. Anders verhalten sich aber die Dinge, wenn es sich darum handelt, in welcher Weise Angehörige jüdischen Glaubens in Rußland behandelt werden. Wir haben dabei die Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung und des deutsch-russischen Handelsvertrages in Betracht zu ziehen. Nach Artikel 3 der Reichsverfassung haben alle Deutschen im Auslande ganz gleichmäßigen Anspruch auf den Schutz des Reiches und in dem russischen Handelsvertrag ist im Artikel 12 der Grundsatz niedergelegt, daß Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, die sich im Besitz einer ordnungsmäßigen Gewerbelegitimation ihres Landes befinden, berechtigt sein sollen, Einkäufe und Bestellungen unter Mitführung von Mustern im fremden Lande entgegenzunehmen. An verschiedenen Stellen des Vertrages wird festgesetzt, daß die Kaufleute und Reisenden hinsichtlich der Pässe und Abgaben den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gleichzustellen seien. Mit diesen Vertragsbestimmungen stehen nun die tatsächlichen Verhältnisse im schärfsten Widerspruch. (Hört! hört! links, Unruhe rechts.) Wenn ein Christ dem russischen Konsul seinen Paß zur Visierung vorlegt, so wird der Paß ohne weiteres visiert und keine Bemerkung darauf eingetragen. Wer aber den Anschein erweckt, als ob er ein Jude wäre, muß eventuell das Taufzeugnis vorlegen, sonst wird auf seinem Paß die Bemerkung „Jude" eingetragen. Wehe dem, der sich mit einem solchen Vermerk Rußland nähert! Die Inschrift „Jude" bedeutet für ihn dasselbe, wie die Inschrift über der Danteschen Höllenpforte (Sehr richtig! links. Lärm und Lachen rechts.) und zwar ist durch den deutsch-russischen Handelsvertrag bestimmt, daß jeder, der in Deutschland zum Gewerbebetriebe zugelassen ist, es auch in Rußland sein soll und zu behandeln ist wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation. Aber während der Deutsche christlichen Glaubens in Rußland 300 Rubel Steuern zahlt, muß der Deutsche jüdischen Glaubens für die Ausübung des Handelsgewerbes 800 Rubel Steuern zahlen. Dem Deutschen christlichen Glaubens wird der Paß auf sechs Monate ausgestellt, dem Deutschen jüdischen Glaubens nur auf drei Monate. Dem deutschen Juden ist das Betreten einer ganzen Reihe russischer Provinzen überhaupt untersagt. Wenn wir uns doch unsere Handelspolitik mit Zollmauern umgeben, sollte doch wenigstens dafür gesorgt werden, daß, wenn sie überklettert sind, die Freiheit der Bewegung garantiert ist. Durch solche Bestimmungen wird aber der Zweck der Handelsverträge illusorisch gemacht. Von dem Augenblick an, wo ein Deutscher jüdischen Glaubens den russischen Boden betritt bis zu dem Augenblick, wo er das gastliche Land verläßt, ist er jeder Schikane, jeder Willkür, jeder Demütigung ausgesetzt. (Hört! hört! links.) In einer ganzen Anzahl von Städten ist ihm das Betreten bestimmter Stadtteile direkt verboten. In Kiew muß er in Hotels vierten Ranges Unterkunft suchen. So schreibt der Vertreter eines angesehenen Hauses in Frankfurt a. M.: Im Februar 1903 wollte ich unter Benutzung eines ordnungsmäßigen Passes die russische Grenze bei Sosnowice überschreiten. Vorstellungen hiergegen hatten ebensowenig Erfolg, wie die Erklärung, daß ich mich verpflichtete, innerhalb kürzester Frist nach Beendigung außerordentlich dringender Geschäfte nach Deutschland zurückzukehren. Ich wurde — schreibt er — unter polizeilicher Bewachung in den bereitstehenden deutschen Zug gebracht und zwar ohne Rücksicht darauf, daß dieser Zug mich nicht nach meiner Ausgangsstation Kattowitz brachte. Die Benutzung des eine Stunde später fahrenden direkten Zuges nach Kattowitz wurde mir verweigert. — Ein Kaufmann aus einer der größten preußischen Städte des Ostens teilt mit, daß er in Warschau und Umgebung besonders ausgedehnte Interessen habe und häufig mit seiner Frau, einer geborenen Warschauerin, deren Eltern in Warschau lebten, nach dort gereist sei. Wenn er Abends angekommen sei, habe er am nächsten Morgen regelmäßig den Besuch eines Schutzmanns empfangen, der folgendes Protokoll aufgenommen habe: „Ich, Revierschutzmann A., habe mich heute in die Wohnung des Juden N. begeben, um den daselbst eingetroffenen Juden, den preußischen Untertan N. N. zu vernehmen. Der Jude gibt an, wegen geschäftlicher Angelegenheiten hier zu sein." Eines Tages hieß es: Jetzt müssen Sie aber Ihre Fakturen, Ihre Einkaufsrechnungen vorlegen. Ich erklärte, wenn ich Abends um 9 Uhr ankäme, könnte ich am nächsten Morgen um 8 Uhr noch keine Geschäfte gemacht haben. Die Antwort war: Wenn Du das nicht kannst, habe ich die Verpflichtung, Dich auszuweisen. Schließlich erlangte ich auch einen Aufschub von drei Stunden, um den Beweis beizubringen, daß ich auch wirklich Geschäfte gemacht hätte. Als ich einmal während der Feiertage in Warschau verweilen wollte und mich bereits zum Montag bei meinen Geschäftsfreunden angemeldet hatte, gab ich der Wahrheit gemäß zu Protokoll, wir wollten uns die Feiertage in Warschau privatim aufhalten. Diese Aufrichtigkeit sollte mir schlecht bekommen; zu meiner nicht geringen Ueberraschung bekam ich noch an demselben Tage den Befehl, innerhalb 6 Stunden Warschau mit meiner Frau zu verlassen.

Ganz besondere Verhältnisse bestehen im Gebiete der russischen Don-Kosaken. Die Verhältnisse dort sind derart, daß die deutschen Konsuln und die Generalkonsulate über dieselben nicht vollständig unterrichtet zu sein scheinen. Ein hervorragender Münchener Kaufmann, Mitglied der Handelskammer für Oberbayern, Sachverständiger für die Vermittlung deutscher Ein- und Ausfuhr für Wolle, richtete an das deutsche Konsulat in Rostow die Bitte, es möge ihm sagen, ob er sich, ohne Schwierigkeiten zu begegnen, am 18. Oktober zum Wolleinkauf nach Rostow begeben könne. Im September 1903 erhielt er durch Vermittlung der Handels- und Gewerbekammer in München von dem deutschen Generalkonsulat in Petersburg die Auskunft, daß es für ihn voraussichtlich nicht möglich sein werde, schon zur angegebenen Zeit die Erlaubnis zum Aufenthalt in Rostow zu erhalten. Nach den bestehenden Grundsätzen bei der Hauptverwaltung des Kosakenheeres seien beim Eingang derartiger Gesuche zunächst Gutachten der lokalen Verwaltungsbehörden einzuholen, das nehme 3 bis 4 Wochen in Anspruch; die Gesuche müßten von den Beteiligten selbst ausgehen, in russischer Sprache abgefaßt sein und den Zweck und die Dauer des beabsichtigten Aufenthaltes enthalten. Auf dies am 28. September bei der Handelskammer eingegangene Schreiben war N. nicht in der Lage, seinen Paß einzuschicken, da er in 8 Tagen die russische Grenze überschreiten wollte. Schließlich gelang es ihm, weil er einer der größten Einkäufer für Wolle in Rußland war, durch Vermittlung der Börse von Rostow sich einen Erlaubnisschein zum Aufenthalt in Rostow zu verschaffen. Wenn man aber nicht einer der größten Einkäufer im Gebiete der Don-Kosaken ist, dann geht es einem sehr schlecht, das beweist die Erzählung eines kleinen Kaufmannes aus einer der größeren Städte Ostpreußens. Trotz der Erlaubnis des Kriegsministeriums war es ihm nicht möglich, sich längere Zeit im Korngebiet aufzuhalten. Die Erlaubnis aus Petersburg war angekommen, aber die Lokalbehörden erklärten, daß diese sich nur auf die Städte, nicht auf die Dörfer bezöge. Da der Mann natürlich nur auf Dörfern Getreide kaufen konnte, so nützte ihm das gar nichts. Auf seine Vorstellungen sagte ihm endlich der Beamte: „Meinetwegen können Sie das auch auf Dörfern tun, ich werde das amtlich bekannt geben. Als er ein Jahr später wieder um die Erlaubnis einkam, wurde ihm von Petersburg mitgeteilt: „Der Hetmann der Kosaken ist gegen Sie, wahrscheinlich haben Sie sich im Vorjahre verdächtig gemacht. Wir wissen nicht, ob wir gegen seinen Willen die Erlaubnis zum Aufenthalt erwirken werden." Nach drei Monaten wurde sein Gesuch endgültig abgelehnt. (Hört! hört! links.) Mindestens ebenso wie die deutschen Gewerbetreibenden jüdischen Glaubens leiden unter den russischen Schikanen die Angehörigen anderer Berufszweige. Erzieherinnen und Lehrerinnen haben vielfach ihre Stellung in Rußland nicht antreten können, weil ihnen die Eintrittserlaubnis versagt wurde. Verheirateten Frauen, welche nach Deutschland geheiratet hatten, aber Angehörige und Verwandte in Rußland hatten, ist das Paßvisum nicht erteilt worden. Es wurde ihnen keine Gelegenheit gegeben, an das Krankenbett ihrer Eltern nach Rußland zu reisen. Dringende Depeschen, die sterbenden Eltern besuchen zu dürfen, sind abschlägig beschieden worden. — Ein höherer Justizbeamter pflegte mit Frau und Kindern zu seinen Schwiegereltern nach einer der russischen Ostseestädte zu reisen. Der preußische Konsul in seinem Heimatsort erwirkte ihm nach langwierigen und kostspieligen Bemühungen die Erlaubnis. Seit dem Jahre 1902 sind ihm solche Besuche unmöglich gemacht geworden. Vom Konsul selbst abgesandte Telegramme mit bezahlter Rückantwort blieben unbeantwortet. Die kaiserlich deutsche Botschaft in Petersburg erklärte, sie sei nicht in der Lage, helfend einzugreifen. Der Konsul, dem diese Ungerechtigkeit leid tat, stellte dem Beamten anheim, mit einem Grenzpaß die Grenze zu überschreiten, er habe schlimmstenfalls seine Ausweisung aus Liebau zu gewärtigen. (Heiterkeit.) Auch Gelehrten wird das Paßvisum verweigert und bei den medizinischen Kongressen in Moskau war ursprünglich nur den nichtjüdischen Aerzten die Zulassung nach Rußland gewährleistet. Erst als einige Berliner Kapazitäten ihre Teilnahme an dem Kongreß ablehnten, gab Rußland nach. Das beweist, daß Rußland für einen kräftigen Widerstand gar nicht unempfänglich ist. — Die vorgetragenen Fälle geben Ihnen ein Bild von den wirtschaftlichen Nachteilen, die den deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens durch ihre Behandlung in Rußland entstehen und beweist, welchen Demütigungen und Schikanen sie ausgesetzt sind. (Sehr wahr! links.) Man wird mir entgegenhalten, die deutschen Juden könnten nicht erwarten, in Rußland besser behandelt zu werden, als die russischen Juden. Man wird auf einen angeblichen Grundsatz des Völkerrechts verweisen, wonach kein Staat verpflichtet sein soll, die eigenen Angehörigen schlechter zu behandeln als die Angehörigen fremder Staaten. Man wird die Bestimmungen des deutsch-russischen Handelsvertrages, wonach die deutschen Staatsangehörigen behandelt werden sollen wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation, dahin auslegen, daß die deutschen Juden behandelt werden sollen wie die Juden der meistbegünstigten Nation. Alle diese Einwürfe halte ich für unberechtigt. Die deutschen Juden können nach der deutschen Verfassung erwarten, behandelt zu werden wie die deutschen Christen. Wie Rußland seine eigenen Juden behandelt, ist seine Sache, aber das Deutsche Reich hat den verfassungsmäßigen Grundsatz von der Gleichberechtigung aller Bekenntnisse. Nach dem Verfassungsrecht gibt es weder deutsche Juden noch deutsche Christen, sondern nur Deutsche. (Lebhaftes Bravo! links.) Ich hoffe, daß bei den bevorstehenden deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen der Staatssekretär diesen Grundsatz zur Geltung bringen wird, damit in Zukunft das stolze Wort, das auf der Wartburg gesprochen wurde: „civis romanus sum", nicht nötig hat, Halt zu machen an den russischen Grenzpfählen. (Lebhafter Beifall links.)

v. Böhlendorff (K.) trägt einen Einzelfall aus seinem Wahlkreise Usedom vor. Ein Deutscher in Südwestafrika, namens Rathmann, sei wegen angeblicher Begünstigung der Transvaalkrieger 6 Wochen lang in Haft gehalten und eine Entschädigung abgelehnt worden. Redner bittet den Staatssekretär, für wohlwollende Prüfung der Ersatzansprüche zu sorgen.

Dr. Müller-Meiningen (FVp.): Trotz aller allgemeiner Anerkennung für unsere Konsulatsbeamten müssen wir doch behaupten, daß sie es in einzelnen Fällen an der nötigen Energie fehlen lassen. Wie steht es z. B. mit der Entschädigung der 400 völlig neutral gebliebenen Deutschen in Transvaal? Ich will jede Polemik gegen England unterlassen, sie könnte in diesem Stadium nur schaden; aber ich muß doch hervorheben, daß ich auf Grund sehr guter Berichterstattung und Informationen die Mitteilung für richtig halte, daß von den vom Deutschen Auswärtigen Amt anerkannten Forderungen im Betrage von 12 Millionen England nur M. 850 000 bezahlt hat, das heißt 9 Prozent. (Hört! hört! links.) Der Rest ist abgelehnt worden, und zwar, worauf ich das Hauptgewicht lege, ohne Angabe von Gründen. (Allgemeines Hört! hört!) Ein Berliner Rechtsanwalt, Dr. Alfred Lachmann, der einer schweren Erkrankung wegen nach Südafrika übergesiedelt war, wurde wegen seines Deutschtums schmählich behandelt, verhöhnt, 2½ Jahre in Kapstadt interniert, um alles Hab und Gut gebracht; er hat noch nicht einen Pfennig Entschädigung bekommen. (Hört! hört!) Die Deutschen, die zugleich Bürger des Oranjestaats sind, sind als Deutsche und als Oranjeboeren von der Kommission abgewiesen worden. Die evangelische Missionsanstalt Berlin I ist, trotzdem sie nur eine sehr mäßige Summe beanspruchte, gar nicht berücksichtigt worden. Ich hoffe, daß die strenge Neutralität und loyale Haltung des Auswärtigen Amtes bewirken wird, daß England diese Frage sine ira et studio behandeln wird. Gerade vom Standpunkte derer, die keine künstliche Verhetzung zwischen England und Deutschland wollen, kann eine einseitige Behandlung der Frage durch die englische Regierung nicht gewünscht werden. Auch die deutschen Ansiedler auf Samoa warten schon 5 Jahre auf ihre Entschädigung. Hoffentlich macht es in England einigen Eindruck, daß Parteien, die sonst nicht die mindeste Abneigung gegen England haben, in dieser Frage einmütig mit den anderen zusammenstehen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Freiherr **v. Richthofen:** In der Samoa-Frage hat der König von Schweden als Schiedsrichter in thesi zu Gunsten von Deutschland entschieden. Ueber die einzelnen Ansprüche soll ein friedlicher Vergleich außerhalb des Schiedsvertrages herbeigeführt werden. Von unseren Ansprüchen im Gesamtbetrage von 112 000 Dollars sind bisher 25 000 bezahlt worden. Wir haben England und Amerika mitgeteilt, daß wir das nicht für ausreichend erachten und daß, wenn eine friedliche Lösung nicht erreicht wird, wir den König von Schweden auch über diese Einzelheiten als Schiedsrichter anrufen würden. Ich verstehe die schmerzlichen Empfindungen, die hier über die Entschädigungsfrage in Südafrika ausgesprochen wurden; der Urgrund dafür liegt in der Auffassung der englischen Regierung, die von der der Redner hier im Hause wesentlich abweicht. Sie hält sich völkerrechtlich zur Entschädigung überhaupt nicht für verpflichtet und will lediglich ex gratia den Schwerstgeschädigten eine billige Unterstützung gewähren. Demnach hat sie eine Anzahl von Grundsätzen für die Bemessung der Entschädigungen aufgestellt. Es sollen also ausgeschlossen werden: 1. Die außer deutsche Staatsangehörige auch Angehörige der beiden Republiken waren. 2. Die eine Verletzung der Neutralität auch ohne eigene Schuld begangen haben. 3. Alle Aktiengesellschaften und Gesellschaften überhaupt, darunter auch die Missionsanstalten. Von unseren 532 Ansprüchen sind also 283 abgelehnt worden, davon 68 wegen Neutralitätsbruchs, 55 wegen nicht genügenden Nachweises der Reichsangehörigkeit. Von den geforderten 12 Millionen Mark sind M. 1 800 000 = 16 pZt. bewilligt worden, wovon bisher $^2/_3$ bezahlt sind. Auch die anderen Länder hatten keine besseren Resultate. Amerika erzielte 16 pZt., Frankreich 9 pZt., Rußland 2 pZt., Holland 8 pZt., die Schweiz, die auch durch unseren Bevollmächtigten vertreten war, 20 pZt. In dem neulich erwähnten Falle Diel wurde keine Entschädigung gewährt, weil er mehr als 10 Jahre in Transvaal gelebt hatte. Dr. Tielmann hat dadurch, daß er Boerenarzt wurde, die Neutralität gebrochen. Dasselbe gilt für Herrn Ratmann, doch haben wir in beiden Fällen noch einmal Beschwerde eingelegt. Daß unser Beamter das Möglichste erreicht hat, beweist ein Anerkennungsschreiben eines auch nicht befriedigten Reklamanten. Wenn wir aber Appell einreichen, so muß dieser in Südafrika geprüft und erledigt werden, erst dann können wir auf diplomatischem Wege vorgehen. Die Beteiligten sind gewiß schwer getroffen durch diese Verzögerung, aber eine schnellere Erledigung läßt sich bei solchen Schadenersatzforderungen nicht erreichen. Der Staatssekretär verteidigte dann das Verhalten des Konsuls Nels in Pretoria bei den Massenausweisungen im Juni 1900 und schließt mit der Bitte, die Stellung der Deutschen im Auslande nicht dadurch zu schädigen, daß man die Vertreter Deutschlands im Auslande grundlos beschuldigt. (Vielfache Zurufe: Und Rußland, Rußland?!)

Graf **Kanitz** (K.) beschwert sich darüber, daß deutschen Stromschiffern lästige Paßschwierigkeiten in Rußland gemacht würden, während die russischen Schiffer mit einfachen Legitimationskarten bis nach Königsberg fahren könnten.

Ministerialdirektor **v. Franzius** erklärt, das Auswärtige Amt habe wenig Einfluß in dem Dongebiet, weil dort die Militärverwaltung allein herrsche und ein Ausnahmezustand bestehe. (Im einzelnen bleiben die Ausführungen des Redners auf der Tribüne unverständlich.)

Dr. Müller-Sagan (FVp.): Wenn die Regierung wirklich nichts anderes kann, als ihr Bedauern ausdrücken über die Vexationen deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Rußland, dann ist das stolze Wort „civis germanus" nichts als Hohn. (Unruhe rechts.) Ob Jude ob Christ, ob polnischer oder deutscher Herkunft, die Angehörigen des Deutschen Reiches müssen dem Auslande gegenüber als Einheit dastehen. Herr Pauli, der die Ausführungen des Herrn Kaempf durch Lachen störte, hat damit nationales Empfinden bewiesen. Das Auswärtige Amt hätte die Pflicht, bei den Verhandlungen wegen Erneuerung der Handelsverträge mit Rußland dafür zu sorgen, daß dieser Punkt klargestellt wird. Man wird nicht leugnen können, daß es für uns eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeutet, wenn es den deutschen Geschäftsreisenden jüdischen Glaubens unmöglich gemacht wird, ihren Geschäften in Rußland nachzugehen. Tatsache ist, daß die Juden im Auslande vielfach Träger des Deutschtums sind. (Oho! rechts.) Davon, daß im Bezirk Rostow ein Ausnahmegesetz gilt, ist in dem bestehenden Handelsvertrag nicht die Rede. Ich wünsche dringend, daß das Auswärtige Amt dafür sorgt, daß die Mißhandlungen deutscher Bürger jüdischen Glaubens in Rußland aufhören. (Bravo! links.)

Dahlem (Z.) führt Beschwerde über vertragswidrige Uebergriffe holländischer Schiffer beim Lachsfang am Rhein.

Staatssekretär Frhr. **v. Richthofen:** Die russische Regierung hat bisher keinen Zweifel darüber gelassen, sowohl uns wie Oesterreich, England und Amerika gegenüber, daß sie durchaus gewillt ist, die für die russischen Juden geltenden Bestimmungen auch für die sich zeitweise in Rußland aufhaltenden Juden eintreten zu lassen und daß sie diesen letzteren keine größeren Rechte gewähren will. Wir werden selbstverständlich auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen — und wir haben schon Schritte in dieser Richtung getan — fortfahren, nach Möglichkeit für bessere Behandlung und bessere Erreichung der Geschäftsmöglichkeit für deutsche Juden in Rußland einzutreten und wünschen, daß wir dabei zu einem günstigen Resultat kommen.

v. Kardorff (RP.): Ich kann Herrn Dr. Müller-Sagan darin ja vollständig beistimmen, daß es wünschenswert ist, wenn unsere jüdischen Mitbürger in Rußland besser behandelt werden. Aber ich entsinne mich, daß Fürst Bismarck einmal gesagt hat, Rußland werde nie und nimmer darauf eingehen, fremde Juden anders zu behandeln, als seine einheimischen. Wenn Herr Dr. Müller-Sagan anzudeuten scheint, dann lieber gar keine Handelsverträge — nun, damit wäre ich ja ganz einverstanden. (Heiterkeit.)

Prinz zu Schönaich-Carolath (NL.) schließt sich dem Wunsche des Abg. Dahlem an.

Gothein (FVg.): Die Art und Weise, wie Herr v. Kardorff die Frage der Behandlung der Juden in Rußland hier besprochen hat, ist sehr wenig geeignet, das Bestreben der Regierung auf Besserung der Verhältnisse zu fördern. Wenn von uns eine Aeußerung in dieser Weise getan wäre, hätte man uns sicher vorgeworfen, daß wir die Stellung unserer Unterhändler bei den Vertragsverhandlungen schwächten. Herr v. Kardorff hat durch Zitierung der Bismarckschen Aeußerung von vornherein die Aussichten unserer Unterhändler auf Erfolg auf diesem Gebiet illusorisch gemacht. (Sehr richtig! links.) Ich möchte wirklich bitten, gerade bezüglich solcher internationaler Verhandlungen etwas mehr Zurückhaltung zu üben. (Sehr richtig! links.)

v. Kardorff (RP.): Von Herrn Gothein brauche ich keine Belehrung darüber, wie ich mich zu verhalten habe. Ich glaube nicht, daß meine Worte unseren Unterhändlern geschadet haben. Daß mir und auch dem Grafen Kanitz an den russischen Handelsverträgen nicht besonders viel liegt, habe ich wie[illegible]olt gesagt.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt **Pauli**-Potsdam (K.), er habe nicht über die Ausführungen des Herrn Kaempf gelacht, sondern nur über die Art seines Vortrages, über das Erzählen von „Originalitäten".

Der Titel wird hierauf bewilligt und die Resolution Münch-Ferber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Beim Titel „Gesandtschaften und Konsulate" fragt **Erzberger** (Z.) an, ob es richtig sei, daß die „Münchener Allgem. Ztg." den Konsuln gratis geliefert werde.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen: Eine gewisse Anzahl von Zeitungen wird den Konsuln auf Wunsch aus fiskalischen Mitteln gewährt. Diese Zeitungen werden zusammengestellt nach den Anträgen der betreffenden Konsuln, welche sich wesentlich nach dem lokalen Bedürfnis richten. U. a. figuriert darunter auch die „Münchener Allgem. Ztg."

Der Titel wird bewilligt.

Die Kommission hat die für eine Ministerresidentur in La Paz in Bolivien geforderte Summe von M. 37 000 gestrichen.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen bittet um Bewilligung.

v. Böhlendorff (K.) schließt sich dieser Bitte an.

Dr. Spahn (Z.) hält das Bedürfnis nicht für nachgewiesen. Die Geschäfte dieser Ministerresidentur könnten auch ferner von Lima aus erledigt werden.

Dr. Arendt (RP.) bedauert diese Haltung des Zentrums im Interesse des deutschen Handels. In der Kommission habe nur eine Zufallsmehrheit die geringfügige Forderung abgelehnt.

Dr. Paasche (NL.) hält eine Sparsamkeit gerade hier für unangebracht, wo es sich darum handle, der nordamerikanischen Konkurrenz entgegenzutreten. Die südamerikanischen Staaten fühlten sich zurückgesetzt, wenn sie vom Deutschen Reich so als Nebensache behandelt würden.

Die Forderung wird entgegen dem Kommissionsbeschluß von einer Mehrheit, die sich aus den beiden Rechten, den Nationalliberalen, der Freisinnigen Vereinigung und einigen Zentrumsabgeordneten zusammensetzt, bewilligt.

Zur Entsendung von Sachverständigen für Handelsangelegenheiten an Kaiserliche Konsularämter werden M. 195 000 — (M. 25 000 mehr als im Vorjahre — verlangt.

Blell (FVp.) tritt für feste Anstellung dieser Beamten mit Pensionsberechtigung ein.

Das Kapitel wird bewilligt.

Im Kapitel „Allgemeine Fonds" hat die Kommission einen Titel „zu Kommissionszwecken" M. 35 000 gestrichen.

Die Abgeordneten Dr. Spahn (Z.), Dr. Stockmann (RP.), Freiherr v. Richthofen (K.), Graf v. Oriola (NL.) wollen M. 16 000 bewilligen.

Dr. Spahn (Z.) begründet seinen Antrag. Seine Ausführungen bleiben im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Dr. Südekum (SD.): Herr Spahn ist hier als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten. Wenn der Regierung an der Bewilligung wenigstens eines Teiles der in der Kommission abgelehnten Forderung gelegen wäre, so wäre es doch ihre Pflicht gewesen, diese Forderung selbst zu begründen. Wir sehen keine Veranlassung, auch nur einen Teil der Forderung zu bewilligen, denn in der Kommission ist die Position einstimmig gestrichen worden mit der direkten Absicht, der Kolonialverwaltung und dem Reichsschatzamt ein Mißtrauensvotum zu erteilen, weil dieser Titel eine Verschleierung des Etats darstellt. Ein deutlicher Beweis dafür ist allein schon die dieser Position angehängte Bemerkung: „Aufgaben kolonialpolitischer Natur erheischen eine Erhöhung dieser Fonds um M. 10 000." Nicht einmal da hat man es für nötig gehalten, zu sagen, daß dieses Geld ausgegeben werde für festangestellte Kolonialattachés in London, Paris ꝛc. Der Herr Referent hat gesagt, es sei in der Kommission „berichtet" worden, man habe das Geld für diesen Zweck verwandt. Das ist aber ein Euphemismus. Diese Tatsache ist vielmehr aufgedeckt worden in der Kommission durch ein Mitglied derselben. Weder Vertreter des Kolonialamts noch des Reichsschatzamts haben in der Kommission das allergeringste darüber angedeutet, wozu denn eigentlich diese M. 35 000 verwendet werden sollen. Der Herr Kolonialdirektor räumte dann nachher ein, daß nicht vorschriftsmäßig verfahren sei. Wenn man aber so vorgeht wie Herr Spahn, dann wird man kaum die Kolonialverwaltung abschrecken, in Zukunft genau so zu handeln und nachher „anzuerkennen", daß nicht korrekt verfahren sei. Ueber die Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit der Kommissare brauche ich um deswillen nichts zu sagen, weil es sich hier eben um ein Mißtrauensvotum gegenüber der Kolonialverwaltung und noch mehr des Reichsschatzamts handelt, das diese Position ohne Einwendungen hat passieren lassen. Wenn wir in einem wirklich konstitutionellen Staate lebten, wäre der Herr Kolonialdirektor an seinem Platze unmöglich. Da dies nicht der Fall ist, so wird dieser Zwischenfall ihn vielleicht länger in seinem Amte halten, als es sonst der Fall gewesen wäre. (Bravo! bei den Soz.).

Reichsschatzsekretär Frh. v. Stengel: Das Mißtrauensvotum, das mir soeben erteilt worden ist, läßt mich ziemlich kalt. (Lachen bei den Soziald.) Irgend welche Fehler sind, wenn man die Sache ruhig betrachtet, weder von der Kolonialverwaltung noch vom Reichsschatzamt gemacht worden. Es liegt weder eine Verschleierung vor, noch ein Verstoß gegen etatsrechtliche Grundsätze. Ich gebe zu, daß die Beteiligung des Reichsschatzamtes bei Etatsüberschreitungen bisher etwas mangelhaft gewesen ist. Ich bemerke aber, daß eine bessere Regelung dieser Angelegenheit eingeleitet ist und daß die Erörterungen über diesen Punkt schweben. Im übrigen handelt es sich nicht um etatsmäßige, sondern um eine kommissarische Beschäftigung der Kolonialattachés. Diese können jederzeit wieder zurückberufen werden. Es mag sein, daß vielleicht eine Aeußerung des Herrn Kolonialdirektors in der Budgetkommission mißverstanden ist. Ich hoffe aber durch die Erklärung, die ich hier abgegeben habe, dieses Mißverständnis über die Art der Stellung dieser Beamten ein für allemal beseitigt zu haben. Von einer Verschleierung kann nicht die Rede sein.

Freiherr v. Richthofen (K.) hat in der Kommission für Streichung gestimmt, beantragt aber jetzt Bewilligung von M. 16 000. Er bestreitet gegenüber dem Abg. Südekum, daß es sich um eine Verschleierung gehandelt habe, wofür die Kommission der Regierung ein Mißtrauensvotum gegeben habe. So weitgehenden Beschlüssen hätte er nicht zugestimmt. Die Regierung habe ihre Mitteilungen in der Kommission durchaus freiwillig gemacht. Er habe nur die nötige Aufklärung haben wollen und werde jetzt für den Antrag Spahn stimmen.

Dr. Paasche (NL.): Wir haben kein Blatt vor den Mund genommen, und sprechen auch heute noch offen aus, daß tatsächlich eine Verschleierung vorliegt. Sachlich halten wir freilich die Kolonial-Attachés für dringend notwendig und haben zum Kolonialetat einen entsprechenden Antrag gestellt. Vorläufig wollen wir der Kolonialverwaltung einen entsprechenden Fonds für Kommissionszwecke bewilligen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Dr. Arendt (RP.): Der Gedanke, daß es sich um ein Mißtrauensvotum gegen die Kolonialverwaltung und das Reichsschatzamt handelt, ist bei Herrn Dr. Südekum wohl durch ungeschickte Preßauslassungen, besonders der „Nationalzeitung", erweckt worden. Ich bedaure aber, daß der Herr Reichsschatzsekretär auch heute noch versucht hat, die Praxis des Kolonialamts zu verteidigen. Ich hoffe, daß der Kolonialdirektor uns mitteilen kann, daß die Attachés inzwischen zurückberufen sind. (Bravo! rechts.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die Kolonialattachés sind zum 1. April zurückberufen worden, was, da sie nur kommissarisch beschäftigt waren, ohne weiteres möglich war. Doch bedauert die Kolonialverwaltung, auf ihre hochgeschätzten Dienste verzichten zu müssen. Gelder für Kommissionen in diesem Etat auszuwerfen, ist dringend notwendig, weil wir bei Togo und Kamerun Grenzregulierungen mit Frankreich und England zu beraten haben.

Dr. Südekum (SD.): Mehrere Redner haben geleugnet, daß ein Mißtrauensvotum gegen die Kolonialverwaltung und das Reichsschatzamt beabsichtigt war, aber alle haben das Verhalten dieser Aemter als unzulässig bezeichnet, das nenne ich ein Mißtrauensvotum. Die etatsrechtlichen Ausführungen, die der Staatssekretär heute gemacht hat, sind doch zu bedenklich, als daß wir sie unwidersprochen lassen können. Fonds bestehen doch nicht nur aus der ausgeworfenen Summe, sondern auch aus dem Dispositiv, d. h. aus der Angabe des Verwendungszwecks. Und aus der allgemeinen Bezeichnung „für Kommissionszwecke" herauszulesen, daß das Geld zur Besoldung von auf lange Zeit angestellten Beamten bestimmt ist, geht einfach nicht an. Wenige Schritte weiter findet sich z. B. der Posten: Entschädigung für zwei in Bremen und Hamburg kaufmännisch vorzubildende Beamte. Die bleiben doch auch nicht ewig da, kommen doch auch 'mal zurück. Aber ebenso wie diese kommissarisch entsandten Beamten besonders aufgeführt sind, hätten diese Kolonialattachés mindestens in einer Anmerkung gesondert genannt werden müssen. Daß sie nicht etatsmäßig angestellt sind, habe ich wohl gewußt; sie auch, wenn sie nicht einen bedauerlichen Mangel an Intelligenz aufweisen. (Heiterkeit.) Der „Wink" in der Budgetkommission, auf den hin uns die Regierung reinen Wein einschenkte, war wirklich ein Wink mit dem Zaunpfahl, der es ganz unmöglich machte, uns mit allgemeinen Redensarten abzuspeisen und über die Anstellung der beiden Beamten im unklaren zu lassen. Ob man der Regierung die Absicht der Verschleierung imputieren will, ist Sache der Auffassung des Einzelfalls und Sache des Geschmacks. Die Veröffentlichung im Kolonialblatt läßt freilich geradezu auf die Absicht der Verschleierung schließen. Die Regierung hat doch sonst so viel Wege, Nachrichten, deren Kenntnisnahme sie wünscht, in die Presse zu bringen. Im vorigen Jahr ist der gesamte Fonds für die Kolonialattachés ausgegeben und noch überschritten worden. Da sehe ich nicht ein, wofür man jetzt plötzlich die M. 16 000 braucht; man wird uns doch nicht einreden wollen, daß die beiden Attachés getan haben, was jetzt 5—6 Kommissionen erledigen sollen. Schon im Hinblick auf die geradezu phantastischen Forderungen des Kolonialdirektors für Südwestafrika, auf die wir noch kommen werden, bitte ich, den ganzen Betrag zu streichen, schon um der Regierung das Mißtrauen deutlich fühlbar zu machen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Damit schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird einstimmig abgelehnt, der Antrag Spahn gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen Volkspartei angenommen.

Von den einmaligen Ausgaben hat die Budgetkommission M. 80 000, die zur Erwerbung eines Grundstücks für eine Sommerwohnung des kaiserlichen Gesandten in Teheran gefordert werden, gestrichen.

v. Böhlendorff (K.) beantragt die Bewilligung dieser M. 80 000, da der Aufenthalt in der Stadt Teheran während der fünf heißen Sommermonate gesundheitsgefährlich für das Personal der Gesandtschaft sei. Schon zwei deutsche Gesandte seien dort gestorben.

Ein Regierungskommissar verliest ein ärztliches Gutachten aus Teheran, das die Angaben des Vorredners bestätigt.

Dr. Spahn (Z): Die Budgetkommission hat die Absetzung dieser Forderung für dieses Jahr gewünscht, weil es in den Erläuterungen zu dieser Forderung im Etat heißt: „Die Mittel für die zu errichtenden Gebäude werden später gefordert werden." Der Reichstag muß wissen, wieviel diese Gebäude kosten sollen, bevor er die Mittel zur Erwerbung des Grund und Bodens bewilligt.

Der Kommissionsbeschluß auf Streichung wird aufrecht erhalten.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Es folgt die folgende Interpellation Graf Oriola (NL.): Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben:

1. Aus welchen Gründen die Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Versorgungsansprüche der Offiziere und Mannschaften des Reichsheeres, welche, wie die Thronrede hervorhebt, allseitig als dringendes Bedürfnis anerkannt worden ist, noch immer nicht dem Reichstage zugegangen sind?

2. Wann endlich diese Gesetzentwürfe, welche auch die Versorgung der Offiziere und Mannschaften der Marine und Schutztruppen auf gleicher Grundlage neu ordnen sollen, an den Reichstag gelangen werden?

Kriegsminister v. Einem erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Nach 6¼ Uhr begründet Abg. Graf Oriola (NL.) die Resolution: Die Thronrede hat uns die Pensionsgesetzentwürfe versprochen und Herr v. Einem hat erklärt, dieses Gesetz sei wichtiger als das Quinquennat. Vor vier Monaten ist diese Erklärung erfolgt, bis heute haben wir vergebens auf das Gesetz gewartet. Das ist der Grund unserer Interpellation. (Bravo!)

Kriegsminister v. Einem: Ich habe dem Herrn Vorredner folgendes zu erwidern: Bei Uebernahme der Geschäfte des Kriegsministeriums fand ich ein unfertiges Gesetz vor insofern, als eine Einigung über wesentliche Bestimmungen innerhalb der preußischen Ressorts nicht erzielt war. Trotz langwieriger eingehender Kommissionsberatungen war die Angelegenheit nicht zum Abschluß gebracht, vielmehr auf einem toten Punkt angekommen. Ich stand auf dem Standpunkt, daß entsprechend den verschiedenen Ausführungen meines Herrn Amtsvorgängers, dem Wunsche dieses Hauses und dem Interesse des Heeres, dieses Gesetz sobald als möglich vorzulegen sei. Meine erste Sorge war daher, nach nochmaligen eingehenden Erörterungen innerhalb des Kriegsministeriums, neue Kommissionsberatungen mit den preußischen Ressorts in die Wege zu leiten. Diese haben zur Einigung geführt, und diese Einigung ist auch erzielt worden mit den Kriegsministerien der Bundesstaaten. Das soweit fertiggestellte Gesetz ist unter dem 5. Dezember dem Bundesrat zugegangen und ebenso lagen dem Bundesrat auch die entsprechenden Gesetze für die Marine und die Schutztruppen vor. Letzteres ist dem Bundesrat allerdings erheblich später zugegangen. Das Mannschafts-Versorgungsgesetz ist auf einer ganz neuen Grundlage aufgebaut, ebenso weicht das Gesetz zur Versorgung der Offiziere in wichtigen und wesentlichen Punkten von dem geltenden Recht ab. Es ist daher wohl erklärlich, daß im Bundesrat, namentlich wegen der finanziellen Bedeutung dieser Frage, eingehende Auseinandersetzungen und Beratungen stattfinden müssen. Einen bestimmten Zeitpunkt für den Abschluß dieser Beratungen bin ich im Augenblick nicht im stande anzugeben. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Daß ich den dringenden Wunsch hege, die Vorlage alsbald zur Beschlußfassung und Verabschiedung dem Hause vorzulegen, geht aus allen meinen bisherigen Aeußerungen hervor. (Bravo!)

Ich hoffe, daß sich dieser mein Wunsch noch in der jetzigen Tagung wird erfüllen lassen. Ob daß der Fall ist, muß abhängen von dem Gang der Beratungen innerhalb der verbündeten Regierungen.

Auf Antrag des Abg. Sattler wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Besprechung der Interpellation Oriola; Etat des Allgemeinen Pensionsfonds; Etat des Reichs-Invalidenfonds; Etat für die Expedition nach Ostasien; Interpellation Auer (SD.) und Genossen, betr. die Außerbetriebsetzung von Kohlengruben im Ruhrrevier.

Schluß 6¾ Uhr.

Auswärtiges.

Aufregende Szenen spielten sich am Sonnabend auf dem Friedhofe zu Elberfeld bei der Beerdigung unseres Parteigenossen Paul Gräfer ab. Der Sarg hatte das Spalier der Leidtragenden passiert und war lautlos in die Gruft hinabgesenkt; es sollte die Niederlegung der Kränze als letzte Ehrung erfolgen. Da folgte die übliche Bekanntmachung des Friedhofsinspektors Lang, daß am Grabe Reden nicht gehalten werden dürfen. Genosse Ullenbaum trat vor, um im Namen des sozialdemokratischen Volksvereins Elberfeld den Kranz desselben mit den üblichen Widmungsworten, was bisher stets geduldet wurde, niederzulegen. Ullenbaum hatte noch keine drei Worte gesprochen, als der Friedhofsbeamte auf ihn zusprang und ihn anschrie: „Ich habe gesagt, es dürfen keine Reden gehalten werden!" dabei entriß er unserem Genossen den Kranz und warf denselben zur Erde. Genosse Ullenbaum, der nichts weniger beabsichtigt hatte, als eine Rede zu halten, wehrte den Mann ruhig ab, nahm den Kranz wieder auf und sprach die Widmungsworte zu Ende. Ullenbaum handelte im Bewußtsein seines guten Rechts, denn er selbst war seinerzeit von der Anklage, trotz Verbots am Grabe eines Genossen eine Rede gehalten zu haben, vom Kammergericht in Berlin freigesprochen worden, weil in den Widmungsworten beim Niederlegen eines Kranzes keine Rede zu erblicken sei. Das kaltblütige Verhalten unseres Genossen brachte den Friedhofsbeamten in maßlose Wut, er sprang auf Ullenbaum zu und versuchte ihn vom Grabe fortzustoßen. Dieses rücksichtslose Vorgehen des Beamten rief selbstverständlich große Entrüstung unter den Leidtragenden hervor, fühlten sie sich doch in ihren heiligsten Gefühlen verletzt, da ihnen auf solche gewaltsame Art verwehrt werden sollte, ihrem teuren Toten die letzte Ehrung zu erweisen. Die Entrüstung steigerte sich und machte sich in scharfen Protestrufen Luft, als der Beamte, obwohl auf das ungehörige und gesetzwidrige seiner Handlungen aufmerksam gemacht, fortfuhr, jeden, der beauftragt war, einen Kranz niederzulegen, grob anzuschreien und vom Grabe wegzustoßen. Der Mann ließ selbst dann noch nicht ab von seinem dem Friedhofsfrieden aufs gröblichste verletzenden Vorgehen, als die Witwe und die Kinder unseres Toten ob dieser empörenden Szenen laut aufschrieen und sich kaum noch zu fassen vermochten. Als dann einige Genossen das Hinabwerfen der üblichen drei Schaufeln Erde auf den Sarg mit den Worten begleiteten, wie „Schlaf wohl teurer Freund", „Du warst ein Kämpfer, hast Deine Pflicht erfüllt" usw., schien der Beamte die Besinnung vollkommen verloren zu haben, er nahm den Kasten, aus dem die drei Schaufeln Erde genommen wurden, und stülpte ihn um mit den Worten: Nun ist es mir aber genug". Das schlug dem Faß den Boden aus. Ehe man sichs versah, war der Beamte umringt, vom Grabe weggeschoben, dann sah man den Beamten in langen Sätzen dahin rennen. Nach Abzug des Friedhofsbeamten wurde in Ruhe und vollkommener Ordnung von der letzten Ruhestätte unseres verstorbenen Freundes Abschied genommen und der Friedhof verlassen.

Wohnungsjammer im Königreich Krupp. Schauderhafte Wohnungsverhältnisse in Essen, im Reiche der weltberühmten Wohlfahrtsfirma Krupp, konstatiert der Inspektionsbericht des Essener statistischen Amtes. Zum ganzen Inspektionsbezirk gehören zirka 10 000 Häuser; von diesen wurden im Berichtsjahre 844 mit 4093 Wohnungen inspiziert. Bei fast einem Drittel sämtlicher Wohnungen ergab sich die Notwendigkeit von Beanstandungen, in sehr vielen Fällen wegen Ueberfüllung und mangelhafter Trennung der Geschlechter. Dabei läßt man in letzterer Beziehung die primitivsten Notbehelfe zu — als das einzigste Mittel, den gesetzlichen Bestimmungen wenigstens dem Wortlaute nach Genüge zu tun. Einer der Instruktionsbeamten bemerkt dazu: „Ohne den Notbehelf der Trennung der Geschlechter durch Vorhang oder spanische Wand ist unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt nicht auszukommen." Diese Genügsamkeit spricht Bände! Von den 4093 Wohnungen bestanden 282 aus nur einem Raum, 2018 Wohnungen hatten zwei Zimmer, die ein- und zweizimmrigen Wohnungen machen über 55 pZt. aller Wohnungen aus. Da mag man sich vorstellen, wie es mit den sittlichen und gesundheitlichen Verhältnissen aussieht, wenn vier, fünf, sechs, ja sieben Personen in einem Raume hausen, darin wohnen und schlafen usw., wie es die Beamten feststellten. Geradezu niederschmetternd wirkt, was einer der Beamten über die Ursachen des Wohnungselends, über die Unmöglichkeit — mit salbungsvollen Ratschlägen den sittlichen und gesundheitlichen Gefahren entgegen zu wirken, sagt. Er bemerkt in seinem Bericht: „Stellen wir uns z. B. vor, daß sich in dem einzigen geheizten Küchenraum außer Mann, Frau noch vier bis acht kleine, teilweise im zartesten Alter befindliche Kinder aufhalten müssen, so ist es leicht einzusehen, daß in diesem Raume das Fenster bei kalter und schlechter Jahreszeit nicht allzuoft und auch nicht lange geöffnet werden kann ... so müssen wir auch in diesem Falle eingestehen, daß hier eine Lüftung leichter angeordnet als ausgeführt ist. Zu der hülfsbedürftigen Menschenklasse gehören die mit Kindern überreichlich gesegneten Arbeiterfamilien, deren einziger Ernährer mit dem besten Willen nicht im stande ist, für seine Familien- und Wohnungsbedürfnisse so zu sorgen, wie es in menschlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung unbedingt notwendig wäre . . ."!!! Die Wohnungsinspektion ist eine halbe Maßregel; sie kann das Wohnungselend nicht beseitigen. Aber daß sie es amtlich, zahlenmäßig aufdeckt, ist trotzdem von hohem Werte. Die Wohnungsinspektion schreit geradezu nach Ergänzung durch die wichtigere Hälfte der Wohnungspolitik, den Wohnungsbau zu einer öffentlichen Angelegenheit zu erklären, ihn dem Privatunternehmertum aus den Händen zu nehmen, Wohnungen durch die Gemeinde zu erbauen.

Unternehmer, die auf die Gesetze pfeifen. Das Hammerwerk Königshammer der Fürther Metallwarenfabrik von Mich. und Bernh. Fuchs im Schwarzachtale wurde im Oktober v. J. unverhofft von dem Fabrikinspektor besucht. Der Fabrikinspektor bemerkte, daß die zum Schutze der Kinder, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen vielfach übertreten wurden, und machte Anzeige. Das Schöffengericht Schwabach verurteilte die Gebrüder Fuchs wegen Verfehlung gegen verschiedene Bestimmungen der Gewerbeordnung zu je M 320, den Werkmeister Jmhof zu M 126 und den Werkmeister Scheu zu M 20 Geldstrafe. Zunächst erachtete das Gericht als festgestellt, daß in den Jahren 1901 bis Ende 1903 die Gewerbeordnung fortgesetzt in der unerhörtesten Weise übertreten wurde. Die Arbeitszeit für Kinder und jugendliche Arbeiter begann oft um 3 Uhr Morgens und währte länger als 13 Stunden. Häufig wurden sie auch in der Zeit von 7 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens die ganze Nacht hindurch beschäftigt. Die Pausen wurden nicht eingehalten, die Ausnützung der Kinder und jugendlichen Arbeiter ging sogar so weit, daß man ihnen noch die einstündige Mittagspause beschnitt. Die Unternehmer hatten die gesetzliche Verpflichtung, ihren Betrieb zu überwachen, aber das Gericht war geneigt, anzunehmen, daß die Uebertretungen sogar mit Wissen der Gebrüder Fuchs geschehen sind. Die Kinder seien in geradezu unerhörter Weise rücksichtslos ausgebeutet worden. Die Verhandlung habe aber auch ergeben, daß die Fabrikinspektion in ihrer jetzigen Form ungenügend sei, sonst hätten solche Gesetzwidrigkeiten nicht jahrelang begangen werden können. Die Gebrüder Fuchs und der Werkmeister Jmhof beruhigten sich bei diesem Urteil nicht und ergriffen Berufung zum Landgericht Nürnberg, dabei kamen sie aber moralisch noch schlechter weg. Das Gericht verwarf ihre Berufung und bemerkte in dem Erkenntnisse, es hätte auf eine schärfere Strafe erkannt, wenn es das erste Urteil zu fällen gehabt hätte.

Vereine und Versammlungen.

Steinsetzer, Wandsbeck. Mitgliederversammlung am 10. April bei H. Schoof. Eine äußerst erregte Debatte entspinnt sich, hervorgerufen durch den abdankenden Vorsitzenden, indem er die Angelegenheit Bebei mit dem früheren Kassierer Heitmann Wort für Wort auf seine Person gemünzt ansieht, obwohl er den ganzen Vorstand vorschützt, indem auch dieser angegriffen sein soll. Er begründet das folgendermaßen: Durch die Maiaussperrung mit anschließender Unterstützung der Gemaßregelten waren die Gelder, die für die Unterstützungskasse eingingen, mit verbraucht und konnte eine Abrechnung genannter Kasse im Jahreslauf nicht vorgenommen werden (obwohl sonst quartalsweise vorgenommen) indem kein Geld da war. Zu der Jahresabrechnung schrieb ein Revisor an den Unterstützungskassenkassierer nach Verlauf von zwei Monaten, daß statt 700 Marken mit 800 Marken abzurechnen wäre. Mithin fehlte das Geld für 100 Marken à 70 ₰. Eine genaue Kontrolle ergab, daß Heitmann, als er im Februar 1903 die Geschäfte von dem früheren Kassierer K. übernahm, im ersten Monat die M. 72,50, die auf der Sparkasse belegt, als Einnahme bezeichnete, obwohl in Wirklichkeit noch Defizit vorhanden war. Daher das Manko mit den 100 Marken. Obwohl dies klar zu Tage lag, klagte N. sich selbst in erster Linie und den Gesamtvorstand der Unterschlagung an, indem Bebei und Martens es so weit getrieben hätten, daß es an die Oeffentlichkeit kam. Daher müsse er seinen Posten niederlegen, den er treu 9½ Jahre als Vorsitzender verwaltet. Von Rieken wird ihm erwidert, daß er keinen Grund für eine Postenniederlegung finden könne, denn die Worte, die Bebei gesprochen, könne sich nur Heitmann zuziehen. Er ziehe sie sich nicht zu, und lege seinen Posten nicht nieder, den er schon ebenso lange verwaltet. Martens, Revisor, verwahrt sich energisch dagegen, daß Noodtmann es als eine Mache von ihm und Bebei bezeichne, daß er nach Berlin geschrieben, um reine Sache zu bekommen. Das sei sein Recht als Revisor. (Lebhafte Zustimmung.) Bebei gibt ebenfalls die Erklärung ab, daß er mit Martens nicht im Einverständnis gehandelt habe; im übrigen ist er ganz der Ansicht, daß Noodtmann wohl amtsmüde ist. Wenn er seinen Posten niederlegen wolle, dann wird sich ein anderer finden; denn jeder ist zu ersetzen. Ein Antrag von Rieken, eine Kommission von drei Mann zu wählen, die dieses nochmals kontrolliert, findet einstimmige Annahme. Geschäftlich fragt Rieken an, ob sich der Vorsitzende mit dem Hamburger Vorstand in Verbindung gesetzt betreffs der Rahlstedter Pflasterarbeiter. Es könne uns doch nicht gleichgültig sein, wenn Verbandskollegen für 15 oder 17 ₰ pflastern und Bernburger Kante für 10 oder 8 ₰ setzen und dann schuften von Morgens früh, wenn sie in der Nähe wohnen, wenn Bauhandwerker noch im Bette liegen, Frühstück kaum eine halbe Stunde, Mittag dasselbe. Wenn man satt ist, geht es wieder los, und Abends, wenn die anderen Handwerker wieder nach Hause gehen, klingt der Hammer bis in die sinkende Nacht. Für die Wahrheit bürgen die Handwerker. Noodtmann erklärt, er habe sich mit dem Hamburger Vorstand in Verbindung gesetzt, habe aber noch kein Resultat bekommen; er verurteilt dieses ebenfalls auch scharf. Die Wahl des ersten Vorsitzenden fiel auf H. Oldenburg. In die Arbeiterschutzkommission wird J. Martens, in die Neunerkommission Richen II gewählt. Alle diese Posten hatte Noodtmann inne. Betreffs der Maifeier empfiehlt Noodtmann, wiederum um 12 Uhr eine Kontrolle vorzunehmen; dies wird angenommen; sie findet im Verbandslokal statt. Der erst im Winter zum Steinsetzer avancierte Kollege P. Peters will wieder zum Rammer zurücktreten. Dies wird ihm mit großer Majorität zugestanden, namentlich stimmten die Rammer geschlossen dafür.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte heute über den Ergänzungsetat der Schutzgebiete, der 2 Millionen zur Gewährung von Entschädigungen für die Verluste anläßlich des Hereroaufstandes fordert. Die hierzu der Kommission vorgelegte Denkschrift, betreffend die Verwendung der geforderten 2 Millionen, hält daran fest, daß ein Rechtsanspruch auf Schadenersatz nicht bestehe. Kolonialdirektor Dr. Stübel führte aus, es werde in erster Linie auf die Entschädigungskommission ankommen. Diese dürfe nicht vom grünen Tische aus arbeiten und solle deshalb im überwiegenden Teile aus Laien bestehen unter dem Vorsitz des Oberrichters. Die Kommission werde nur nach dem wirklichen Bedürfnis entschädigen und vollständig individualisieren. Große Gesellschaften und geldkräftige Private müßten zurückstehen und hätten eine Beihülfe nicht zu gewärtigen. Den in der Presse gegen die Missionare erhobenen Beschuldigungen schenke er keinen Glauben. Redner erörterte dann den Ausschluß gewisser Kategorien von der Entschädigung. — Die Abgg. Gröber und Spahn beantragen, die Bestimmung der Disposition folgendermaßen abzuändern: „Zu Darlehen an Geschädigte, sowie zu Hülfeleistungen an Bedürftige anläßlich der Verluste des Eingeborenenaufstandes 2 Millionen M. ..." Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen und dann der Rest des Ergänzungsetats ebenfalls angenommen.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Bei der heute fortgesetzten Beratung des Etats der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse erklärt Unterstaatssekretär Dombois in Beantwortung der gestern von dem Abg. Blell gestellten Anfrage, daß im Finanzministerium von der Absicht, die Generalsparkassen zu untersagen, nichts bekannt sei. Der Etat wird genehmigt, ebenso der bisher noch unerledigte Titel 6 des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung. Bei der nun folgenden Beratung des Einnahmetitels 5 der Domänenverwaltung, betreffend Erträge von den Mineralbrunnen, erklärt Landwirtschaftsminister v. Podbielski, daß die Verwaltung nicht mehr herauswirtschaften könne, als wenn sie die Brunnen verpachte, und bedauert, daß gegen ehrenwerte Kaufleute ungerechtfertigte Angriffe erhoben worden seien.

Nachdem in weiterer Debatte mehrere Redner für die Resolution eingetreten sind, wird der Titel bewilligt, und der Antrag der Kommission angenommen. Es folgt die Beratung des Etats der Ansiedlungskommission. Nachdem Dr. v. Skarzynski das Ansiedlungswerk kritisiert und erklärt hat, daß dieses Fiasko gemacht, und mehrere Mitglieder des Zentrums für Berücksichtigung der Katholiken bei der Ansiedlung eingetreten sind, sprach v. Arnim (K.) den Wunsch aus, daß die Regierung den richtig eingeschlagenen Weg nicht verlassen werde. Darauf wurde der Etat genehmigt, sodann der Etat der Staatsschuldenverwaltung, sowie die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in Staatsbetrieben beschäftigt sind.

Berlin, 19. April. (W. T. B.) „Hohenzollern", „Friedrich Carl" und das Torpedoboot „Sleipner" sind heute von Syrakus nach Catania gegangen und fahren von dort nach Bari. — „Fürst Bismarck" mit dem Chef des Kreuzergeschwaders ist heute in Tschifu eingetroffen und geht am 22. April nach Tsingtau. — „Tiger" ist heute in Amoy eingetroffen.

Wien, 19. April. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus ist zusammengetreten. Vom Ministerpräsidenten ist eine Zuschrift eingegangen, in der um Vornahme der Delegationswahlen und der Wahlen in die Quotendeputationen ersucht wird. Die Verlesung des Einlaufs erfolgt auf Wunsch der Tschechen im Wortlaut.

Wien, 19. April. (W. T. B.) In dem heute im Abgeordnetenhause verlesenen Einlaufe befindet sich eine Interpellation des Abgeordneten Breiter an den Landesverteidigungsminister, in der unter Hinweis auf die in dem Buche „In K. u. K. Diensten" enthaltene Darstellung über die Vorkommnisse und Zustände in der kaiserlichen und königlichen Armee und besonders in manchen Traingarnisonen, der Minister gefragt wird, ob er geneigt sei, die in diesem Buche angeführten Tatsachen, die das größte Aufsehen hervorgerufen hätten, strengstens zu prüfen und das Ergebnis der einzuleitenden Untersuchung dem Abgeordnetenhause mitzuteilen.

Zara, 19. April. (W. T. B.) Meldung des Wiener Korr.-Bureaus: Das Torpedoboot 30 ist in der Meerenge von Zbrelac festgekommen; zwei Torpedoboote wurden zur Hülfeleistung dorthin beordert.

Brig (Kanton Wallis), 19. April. (W. T. B.) Es ist die Nachricht eingetroffen, daß im Dorfe Grengiols 20 Menschen und 5 Häuser durch eine Lawine begraben sind. Näheres fehlt.

Kempten, 19. April. (W. T. B.) Wie die „Allgäuer Ztg." aus St. Gallen meldet, stürzte gestern Vormittag bei einem heftigen Föhnsturme auf dem Festplatze des eidgenössischen Schützenfestes der östliche Teil der fertiggebauten Schießhalle ein; zwei Arbeiter wurden schwer verletzt.

London, 19. April. (W. T. B.) „Morning Post" meldet aus Pretoria vom 18. April: Der Polizei ist es gelungen, den Führer und sechs Mitglieder der Bande von Holländern gefangen zu nehmen, die nach dem Lydenburg-Distrikt unterwegs waren, um Banken und Läden zu berauben.

London, 19. April. (W. T. B.) Reuters Bureau erfährt, daß die Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Kolonialamt und dem chinesischen Gesandten, betreffend die Auswanderung chinesischer Arbeiter, zum tatsächlichen Abschluß gelangt und nur noch untergeordnete Einzelheiten zu regeln sind.

London, 19. April. (W. T. B.) Unterhaus. Schatzkanzler Austen Chamberlain brachte heute das Budget ein und legte dabei dar, daß der Fehlbetrag des abgelaufenen Rechnungsjahres 5 415 000 Lstrl. betragen habe. Dasselbe sei aus den verfügbaren Beträgen des Schatzamtes gedeckt worden; die letzteren würden durch Realisierung von noch nicht in Anspruch genommenen Regierungs-Obligationen eine Stärkung um eine Million Lstrl. erfahren. Für das neue Rechnungsjahr seien, führte der Schatzkanzler aus, die Ausgaben mit 142 380 000 Lstrl., und die Einnahmen auf Grund der gegenwärtigen Besteuerungsverhältnisse mit 139 060 000 Lstrl. veranschlagt, woraus sich ein Fehlbetrag von 3 820 000 Lstrl. ergeben würde. Dem Vorschlage entsprechend, sei die Einkommensteuer um 1 Penny für 1 Lstrl. zu erhöhen, wodurch eine Mehreinnahme von 2 Millionen Lstrl. erzielt würde. Ferner schlage er die Erhöhung des Theezolles um 2 Pence pro Pfund vor, woraus ebenfalls 2 Millionen Lstrl. Mehreinnahme gewonnen würden. Außerdem solle der Tabakzoll folgende Neuordnungen erfahren: Es soll ein besonderer Zollsatz von 3 Shilling 3 Pence pro Pfund auf entrippte Blätter eingeführt, der Zoll auf Zigarren um 2 Pence pro Pfund und der auf Zigaretten um 1 Shilling pro Pfund erhöht werden. Die Feuchtigkeitsgrenze soll auf 32 pZt. hinaufgesetzt werden. Ferner sollen Steuernachlässe in drei oder vier verschiedenen Abstufungen gewährt werden, durch die die britische Tabakausfuhrindustrie eine Steigerung erfahren würde. Der aus diesen Aenderungen sich ergebende Mehreingang werde mit 550 000 Lstrl. angenommen. Die gesamten Einnahmen würden nach alledem mit 143 610 000 Lstrl. anzusetzen sein.

Konstantinopel, 18. April. (W. T. B.) Meldung des Wiener Korr.-Bureaus: In Adrianopel sind 460 Bulgaren amnestiert. Die Heimkehr vieler Begnadigten verzögert sich wegen der verlangten Garantieleistung.

Konstantinopel, 18. April. (W. T. B.) Meldung des Wiener Korr.-Bureau: Die von den Konsuln der Ententemächte in Uesküb wegen der an der Grenze vorgekommenen Ausschreitungen der Truppen in Pichtinja persönlich geführte Untersuchung ergab, daß ein Redifdetachement unter dem Leutnant Mazhan Bey dort in ungesetzlicher Weise Justiz geübt habe. Mazhan und 5 Mann des Detachements sind bereits türkischerseits verhaftet worden. Die Konsuln beantragten die Bestrafung des ganzen Detachements.

Aden, 19. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gerüchtweise verlautet, daß italienische und englische Schiffe die von den Truppen des Mullah besetzte Ortschaft Illig beschossen hätten.

Albany, 19. April. (W. T. B.) Der demokratische Staatskonvent wies die Delegierten für den Nationalkonvent an, die Nominierung des Oberrichters des Appellhofes des Staates New-York, Parker, als demokratischen Kandidaten für das Präsidentenamt zu unterstützen. Der Gegenantrag der Tammanypartei, die Delegierten ohne Anweisung zu lassen, fiel mit 301 gegen 149 Stimmen.

Der Krieg in Ostasien.

Berlin, 19. April. (H. C.) Aus Petersburg wird gemeldet: Am Yalu-Fluß wurden zwischen den beiderseitigen Vorposten neuerdings mehrmals Schüsse gewechselt. Während eines solchen Scharmützels am 17. d. M. wurden 6 Japaner getötet. In der Nacht auf den 18. d. M. kam es wieder zu einem kleinen Feuergefecht, dessen Resultat vorläufig noch unbekannt ist. Die japanischen Vorposten verkleiden sich als friedliche Einwohner; auch rufen sie die russischen Vorposten Nachts in russischer Sprache an, um ihren genauen Standort zu erfahren.

Nach einer Meldung aus Tschifu scheinen Bewegungen der japanischen Flotte um die Blonde-Insel, östlich von Port Arthur, bei den Russen den Verdacht zu bestärken, daß Admiral Togo diese Operationen persönlich leitet, wichtige Seetransporte erwartet und deren Eintreffen zu sichern bemüht ist. Die russischen Forts suchen, darauf läßt wiederholter Kanonendonner schließen, Togos Absicht zu vereiteln.

Shanghai, 19. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Authentische Nachrichten aus Söul vom 12. April sagen, daß die japanische Armee geteilt ist in ein Expeditions- und ein Okkupationskorps. Das erstere, 45 000 Mann stark, rücke gegen den Yalu vor, das letztere, aus 15 000 Reservisten bestehend, mache die Verbindungsmittel möglichst vollkommen. Hauptquartier ist Söul mit 4000 Mann Besatzung; das Hauptquartier für die Transporte ist Tschimulpo. Der Bau der Eisenbahnen und Landstraßen schreite rasch vorwärts. Die Insel Kajedo wird befestigt.

Söul, 19. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Ein Beamter der Zollbehörde in Gensan berichtet, daß eine starke russische Streitmacht auf der großen Südstraße längs der Ostküste in der Nähe von Söngtschin durchgekommen sei. Söngtschin sei von einer Aufklärungsabteilung besetzt. Die Hauptmacht habe gestern Puktschöng, etwa 80 Meilen nördlich von Gensan, besetzt gehalten.

Briefkasten.

H. Ludolf. 1. Binnen einer Woche. 2. Unseren ablehnenden Entscheid können wir unmöglich in jedem Einzelfalle schriftlich begründen.

Albert 101. Nach Information in der Sache wird derselben näher getreten werden.

H. K., S. 1. Wenn Gegenteiliges nicht abgemacht worden ist, muß der Arbeitgeber die zur Wahrnehmung der Kontrollversammlung unumgänglich nötige Zeitversäumnis vergüten. 2. Nein. Wenn das Mädchen sich aber durch Versprechen für eine bestimmte Zeit verpflichtet hat, dann muß es auch so lange dort bleiben.

Abonnent, Barmbeck, 100. Ja; Sie dürfen nur intimeren Verkehr nicht dulden.

Grüne Wiese. Sobald der Handlungslehrling Gehalt, Lohn oder Vergütung erhält, hätte er vom 1. Januar d. J. ab vom Prinzipal bei der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte als Mitglied angemeldet werden müssen. Hat der Prinzipal das verabsäumt, kann er in Strafe genommen werden.

Unwissender, O. 4. Kündigung bei wöchentlicher Mietezahlung am Montag zum Sonnabend, bei monatlicher spätestens am 15. zum nächsten Ersten.

F. E. Revision muß innerhalb einer Woche nach Verkündung des Urteils eingelegt worden sein, und zwar in der Gerichtsschreiberei des verurteilenden Gerichts. Rechtsanwalt nicht unbedingt nötig. Kosten etwa M. 10.

Ein armes Mädchen. Das Notwendige darf die Frau nicht einbehalten. Klage auf Herausgabe beim Amtsgericht. Wegen Armenrecht dazu wenden Sie sich an die Revierpolizei, die Ihnen auf Ihr Ersuchen vielleicht schon selbst zu den Sachen verhilft.

W. R. Der Auktionator ist im Recht.

Altona, L. L. Nehmen Sie das Buch, sonst werden Sie deshalb verklagt und verurteilt. Sie hätten eben nicht unterschreiben sollen; ein Abbestellen gibt es dann nicht mehr.

A. W. 300. Reichen Sie Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Magdeburg ein.

Nr. 100. Die Dienstpflicht im stehenden Heere umfaßt die aktive Dienstpflicht und die Reservepflicht und dauert sieben Jahre. Die aktive Dienstzeit beginnt mit dem Dienstantritt, ganz gleich, ob Sie im Alter von 20 oder 22 Jahren eingestellt werden. Die Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr dauert für regelrecht Ausgehobene bis zum 31. März des Jahres, in welchem sie das 39. Lebensjahr vollenden.

Genosse C. W. 1. M. 50. 2. An die Aufsichtsbehörde für Standesämter. 3. Ja, sonst erfolgt Ausweisung.

Alte Abonnentin. Von allen gegen die Wanzen angepriesenen Mitteln soll keines so wohlfeil und wirksam sein wie Alaun. Ein Pfund Alaun wird in zwei Liter kochendem Wasser aufgelöst und die Wände, Bettstellen usw. damit bestrichen. Die Wanzen sollen verschwinden und nie zurückkehren. Dabei kann die Anwendung des Alauns der Gesundheit der Menschen nicht den geringsten Schaden zufügen. Gegen Wanzenstiche wendet man Einreiben mit Salmiakgeist an.

M. B. 19. Warum denn nicht?

Ein Dummer aus Eilbeck. Die Forderung wäre allerdings verjährt. Man beruft sich in solchen Fällen aber nicht auf die Verjährung, wenn man irgend in der Lage ist, zahlen zu können. Der Milchhändler will auch leben, und Sie sollten ihm dankbar sein, daß er Ihnen geholfen hat, als Sie in Not waren.

Streitende in Geesthacht. Jeder außereheliche Geschlechtsverkehr eines Ehegatten vor erfolgter Scheidung der Ehe ist Ehebruch und wird bestraft, wenn der andere Teil dies nach erfolgter Scheidung beantragt; auch die Person, mit der die Ehe gebrochen wurde, wird mitbestraft.

E. K. 39. Das erfahren Sie am besten beim dortigen Bezirkskommando, Wielandstraße 47, dort.

H. H., Altona. Zehn Monate nach dem Tode ihres Mannes kann sich die Frau wieder verheiraten. Auch nach einer Ehescheidung muß die Frau zehn Monate mit einer neuen Verehelichung warten; in diesem Falle werden es aber tatsächlich 11 Monate, weil es einen Monat dauert, bis das Scheidungsurteil Rechtskraft erlangt.

Zigarrenmacher. Für Heer und Flotte gibt Dänemark jährlich etwa 19, Deutschland 669 Millionen Mark aus.

W. Mansch. Der Vater eines Minorennen hat für des Letzteren uneheliche Kinder nicht aufzukommen.

Infanterie, Hamburg 30. Gutgeheilter Knochenbruch der Nase, schlechte Zähne, normales Sehvermögen.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 19. April, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (C.) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 15,7	+ 16,8	+ 7,0	768,8	Ost	schön

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg
am 20. April:
Flut: 3 Uhr 30 Min. | Ebbe: 8 Uhr — Min.

Mutmaßliche Witterung am 20. April.
Nordwestdeutschland: Vorwiegend heiteres, trockenes Wetter mit schwacher Luftbewegung ohne erhebliche Wärmeänderung.

Auktionen.

20. April.

9½ Uhr: Pferdemarkt 29/31, Mobilien, Weine, Zithern, 11½ Uhr: 1 Privatmuseum (Mühlenpfordt).
10 „ Pastorenstraße 16, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Rödingsmarkt 82, Taschen-, Stand- und Wanduhren, Kandelaber, Girandolen, Figuren, Vasen ꝛc. (Elsas).
10 „ Kajen 39, Weine, Spirituosen (Possel).
10 „ Grindelallee 132, Kleiderstoffe, Wolle, Baum- u. Halbwolle, Decken, Tücher, Schürzen, Blusen, Unterröcke ꝛc. (W. Mitzlaff).

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 92.

Mittwoch, den 20. April 1904.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Selektenschule oder nichts?

Von Anticorvus.

In Nr. 79 dieses Blattes wendet sich Corvus gegen die Selektenschule. Er bezeichnet sie als halbe Arbeit. Ganze Arbeit ist in seinen Augen der von der hamburgischen Schulsynode vor einigen Jahren herausgegebene Entwurf eines Schulgesetzes, der uns die allgemeine Volksschule und Einheitsschule bringen soll. Die wichtigsten Forderungen des Synodalentwurfes sind:

1. Aufhebung des Schulgeldes;
2. Fortfall der staatlichen Vorschulen;
3. Ein fünfjähriger gemeinsamer Unterbau für alle Staatsschulen, an welchen sich ein Gymnasium und Realgymnasium von 7 Jahren, eine Realschule mit aufgebauter Oberrealschule von 4 und 3 Jahren und ein Abschlußkursus der Volksschule von 3 Jahren anschließen.

Die wichtigste dieser Forderungen ist zweifellos die erste. Ist erst einmal das Schulgeld beseitigt, dieser Wall, der den begabten Proletarier von der höheren Bildung ausschließt, und den selbst ein gutsituierter Arbeiter nicht übersteigen kann, so stehen jedem Schüler ohne weiteres die Vorschulen und höheren Schulen offen. Das Merkmal, das die Klassenschule charakterisiert, ist verschwunden; man braucht die Aufhebung der Vorschulen nicht mehr zu fordern, die sind einfach illusorisch geworden. Es ist klar, die herrschenden Klassen können das Schulgeld nicht beseitigen, wenn sie sich nicht selbst vernichten wollen. Und daraus folgt, daß der Synodalentwurf in unserem Klassenstaate, in dem die Kapitalisten das Ruder führen, überhaupt undurchführbar ist. Er wird erst undurchführbar, wenn die Sozialdemokraten in Deutschland zur Herrschaft gelangt sein werden, aber auch erst dann! Daß auch Hamburg diesen Plan der Herren Corvus und Genossen — vom Schulgeld ganz abgesehen — nicht ausführen kann, geht schon daraus hervor, daß er die neunstufigen höheren Schulen zu siebenstufigen, die sechsstufige zur vierstufigen macht, indem er überall die untersten beiden Jahresstufen abschneidet. Diese beiden Jahre werden den fremden Sprachen entzogen, und darum können die höheren Schulen nach dem Synodalentwurf niemals die notwendigen Berechtigungen erhalten, solange es in Berlin ein Reichskanzleramt gibt, das diese Berechtigungen gewähren und versagen kann. Also undurchführbar, wie man's auch dreht und wendet! Was soll denn geschehen bis zu dem Zeitpunkte, da mit Beseitigung des Klassenstaates auch das Vorrecht der Bildung gefallen sein wird und unsere begabten Jungen so gut wie die Söhne der Kapitalisten die höheren Schulen besuchen und studieren können? Nach Corvus nichts, gar nichts! Für unser Geschlecht existiert in seinen Gedankenkreisen kein Recht auf höhere Bildung. Unsere Kinder sollen weiter leben in der ererbten Sklaverei und Ausbeutung durch den Kapitalismus. Die schlummernde Energie im Volke soll weiter schlafen. Das heißt, Verelendungspolitik treiben, und die machen wir nicht mit; denn Selbstmord kann niemand von uns verlangen. Herrn Corvus Sohn wird wohl auch heute schon Gymnasium und Universität besuchen können, sonst wäre seine unter mitleidigem Lächeln gegebene Vertröstung auf eine ferne Zukunft nicht verständlich. — Die Undurchführbarkeit des Synodalentwurfs, wodurch Generationen des Volkes auch fernerhin zur Knechtschaft verurteilt werden, richtet ihn schon zur Genüge. Aber wir wollen Herrn Corvus nach etwas näher kommen. Nehmen wir an, der Synodalentwurf sei Gesetz. Wie würde es dann aussehen? Da ist zunächst unserer Volksschule übel mitgespielt worden. Englisch, Deutsch und Naturlehre sind stark beschnitten; dafür ist mehr Gewicht auf — Schreiben gelegt. Das Bildungsniveau des Volksschülers soll also noch weiter heruntergedrückt werden, als es jetzt schon ist. Im Gymnasium würde wieder das Latein florieren. Es ist trotz der sieben Jahre zusammen mit 65 wöchentlichen Stunden bedacht, während die modernen Reformgymnasien, die die Gymnasien alten Stils immer mehr verdrängen, es trotz ihrer neun Jahre insgesamt nur auf 51 Stunden Latein pro Woche bringen. Natürlich muß etwas anderes darunter leiden, und das sind gerade moderne Wissenschaften: Französisch, Mathematik und Naturlehre. Wie denkt man sich beispielsweise den Mathematikunterricht in der Prima bei zwei wöchentlichen Stunden? Die Oberklassen aller höheren Schulen sollen nach dem Synodalentwurf 36—42 wöchentliche Stunden haben; wirklich eine nette Leistung auf dem Gebiete der Schulhygiene.

Nein, Herr Corvus! Der Synodalentwurf ist nicht das Ideal der Einheitsschule. Er ist eine halbe Arbeit. Er ist das richtige Beispiel für die Versumpfung einer großen Idee durch Kompromißpolitik. Der Kompromiß zwischen der allgemeinen Volksschule und den jetzt bestehenden höheren Schulen — noch dazu den veralteten — liegt klar zu Tage. Gut sind an dem Entwurf nur die Forderungen der Schulgeldfreiheit und der Aufhebung der Vorschulen, und diese beiden sind nicht neu; wir haben sie immer vertreten. Wenn wir unser Schulwesen reformieren, dann wollen wir gründlich sein und ganze Arbeit tun. Dann wollen wir 6 Jahre lang alle Schüler gemeinsam unterrichten, natürlich ohne moderne Wissenschaften zu vernachlässigen. Dann wollen wir auch die höheren Schulen reformieren nach ihren wirklichen Bedürfnissen und keine Rücksicht nehmen auf halbfossile Gebilde wie das Gymnasium. Also, Herr Corvus, etwas herunter von dem angemaßten Throne. Eine Millionenpartei braucht sich dem Beschluß von za. 50 Lehrern nicht zu fügen, auch wenn derselbe in der heiligen Taufe den hohen Namen „Einheitsschule" erhalten hat.

Und was hat die Gruppe um Corvus zur Durchführung ihres Ideals getan? Der Zentralverein Hamburger Bürgervereine hat den Entwurf angenommen, das ist für uns bedeutungslos und wird auch in der Praxis bedeutungslos bleiben. Außerhalb Hamburgs hat er keinerlei Beachtung gefunden. Hier hat der Oberlehrerverein eine Streitschrift gegen ihn herausgegeben. Wie steht's mit der Entgegnung darauf? Vor 3 Jahren ist doch schon eine Kommission zu diesem Zwecke eingesetzt worden! Wo waren die Kämpfer für den Synodalentwurf auf der großen Lehrerversammlung vom 9. März d. J., wo er vernichtend kritisiert wurde, und wo keiner seiner Väter und Freunde ein Wort zu seiner Rettung wagte? Man begnügt sich damit, ab und zu gewaltig in die Posaune zu stoßen und die Einheitsschule zu verlangen. Und dann, wenn man die Arbeit der Reaktion wieder einmal getan hat, läßt's sich gemächlich weiterträumen. Das ist der „Kampf", und dabei redet Corvus noch davon, daß die Freunde der Selektenschule Frieden schließen wollen. Im Gegenteil! So wenig bisher von einem Kampfe zu merken war, so sicher soll jetzt kein Friede geschlossen werden! Der Kampf beginnt erst! Allerdings, die Kämpfer, wie sie der Synodalentwurf aufzuweisen hat, mögen nur lieber zu Hause bleiben; sie haben durch ihre undurchführbaren Forderungen und durch ihr Hängen am Veralteten der Idee der allgemeinen Volksschule und Einheitsschule schweren Schaden zugefügt. Da findet man erfreulicherweise auf der Seite der Freunde der Selektenschule ein regeres Leben, ein intensiveres Arbeiten. In Artikeln, Broschüren und Vorträgen sind sie eingetreten für ihr Ideal und haben ihm langsam und sicher immer mehr Boden erobert. Von ihren Forderungen sind zwei sofort zu verwirklichen,

1. die Umwandlung der einstufigen Selekta in eine dreistufige, und
2. die Schaffung von 10 pZt. Freistellen an höheren Schulen.

Zwei weitere Forderungen werden in nicht zu ferner Zeit ihrer Erfüllung entgegensehen, weil sie sich mit Notwendigkeit aus den ersten beiden ergeben. Das sind:

1. die Aufhebung der Vorschulen, und
2. Aufbau einer Oberklasse auf die dreistufige Selekta.

Die übrigen Forderungen setzen die Beseitigung des Klassenstaates voraus. Es sind:

1. Wegfall des Schulgeldes,
2. Ausdehnung der allgemeinen Volksschule von 4 auf 6 Jahre,
3. Aufbau der Oberrealschule auf die vierstufige Selekta und Wegfall der Realschule,
4. Unterstützung der Unbemittelten bis zur Vollendung des Studiums.

In der dreistufigen Selekta sollen die Schüler ausgerüstet werden mit einem tüchtigen modernen Wissen — es wird hauptsächlich Mathematik, Englisch und Französisch getrieben — das sie befähigt, ebenbürtig mitzukämpfen im schweren Kampfe ums Dasein. Denn, wie Corvus ganz richtig sagt, gelingt es nur einer kleinen Anzahl, durch angespornten Fleiß und — Glück, eine gute Lebensstellung zu erobern. Die Universität, die gelehrten Berufe sind dem Volksschüler versperrt, von der mittleren und höheren Beamtenlaufbahn sind alle ausgeschlossen. Und selbst in vielen von den Berufen, die früher dem Volksschüler offenstanden, wird jetzt akademische Bildung oder wenigstens der Einjährigenschein verlangt."

Das muß anders werden, und eine Besserung läßt sich nur erzielen, wenn wir unseren Volksschülern eine bessere Bildung vermitteln. Herr Blinckmann meint zwar in der „Päd. Ref.": „Der Einjährigenschein hat in Hamburg doch schon etwas von seinem Nimbus verloren. Unsere Selektaner und guten Schüler der ersten Klassen sind heute geradezu gesucht." Ja, allerdings sind sie sehr gesucht, aber nur als Lehrlinge; denn sie verbinden mit guter Begabung Fleiß und Bescheidenheit. Hat man sie aber ausgenutzt, dann läßt man sie laufen und gibt die gut bezahlten Stellungen Realschülern und Mittelschülern. Woher kommen denn die vielen Stellenlosen? Sie haben doch nicht alle mutwillig ihre Stellungen verlassen? Die Lehrlingszüchterei in Hamburg ist geradezu berüchtigt. Wandel kann nur geschaffen werden durch gründlichere Vorbildung unserer Schüler. Daher muß der Ausgangs- und Kernpunkt unserer Schulreformvorschläge immer nur der eine sein: Dem begabten Volksschüler muß eine höhere Schulbildung vermittelt werden. Dagegen schreibt Herr Blinckmann, schon das jetzige Lehrziel der Volksschule sei reichlich hoch; nur ein winziger Teil würde im stande sein, den Stoff der geplanten Selektenschule zu bewältigen. Daß die Volksschulbildung für die mittleren Berufsarten unzureichend sei, käme nur daher, daß zu wenig Schüler mit sicherem Wissen und Können ausgerüstet würden." Und wer trägt die Schuld an diesem letzteren Uebel? Ist es der Lehrer oder sind es die Schüler? In den höheren Schulen wird doch im selben Zeitraum ein ganz Erkleckliches mehr geleistet als in der Volksschule. Der Gymnasiast lernt Französisch, Englisch, Latein und Griechisch, und zwar alles in einem nicht zu unterschätzenden Maße, und der Selektaner sollte neben dem Englischen nicht einmal das Französische bewältigen können. Herr Blinckmann hält entweder die Volksschullehrer für unfähig oder die Volksschüler für stark minderwertig; er ist ein Erzreaktionär vom reinsten Wasser. Wir unsererseits zweifeln weder an der Tüchtigkeit unserer Volksschullehrer, noch an der geistigen Ebenbürtigkeit der Kinder aus dem Volke. Der Schüler der dreistufigen Selekta wird sich die Oeffnung der mittleren Beamtenlaufbahn erzwingen; er wird nicht mehr zurückstehen gegen Mittel- und Realschüler; er kann das Einjährigenexamen vor der Kommission machen oder in die oberste Klasse der Realschule eintreten. Daß er bei diesem letzteren Bildungsweg gegen den Realschüler ein Jahr verliert, ist nur scheinbar. Ueberall, wo keine Vorschulen existieren, treten an die Stelle derselben vier Volksschuljahre. Die bessere Durchbildung in den unteren Klassen erleichtert ein schnelleres Durchlaufen der oberen Stufen. Beim Verlassen der Realschule sind die Schüler, die eine dreistufige Vorschule durchmachten, ebenso alt wie die, die statt dessen vier Jahre die Volksschule besuchten (Hamburg-Bayern), die Volks- und Mittelschüler gehören sogar fast überall zu den jüngeren Elementen.

Der Hauptvorzug der Selektenschule aber bleibt, daß sie einen Weg frei macht, auf dem der Volksschüler in die Universität gelangen kann. Er absolviert die Volks- und Selektenschule, ohne Schulgeld zahlen zu müssen, und tritt dann als Freischüler in die erste Klasse der Realschule und von dort in die Oberrealschule ein. Denn wenn Corvus auch in Sperrdruck schreibt: „Die Oberrealschule kann der Volksschüler nur durch besondere Ergänzungskurse erreichen," so bleibt es trotzdem falsch; jedermann weiß, daß die Oberrealschule sich direkt organisch an die Realschule anschließt. Und daß der arme Proletariersohn den Weg zum Studium betritt, ist notwendig; je eher er es kann, desto besser ist es. Mit schärferen Waffen kann er nachher für seine Standesgenossen eintreten. Er weiß, wie blutsauer es seine Eltern sich haben werden lassen müssen, und seine ganze Kraft wird der sozialen Arbeit gehören, vor allem dem weiteren Ausbau des Schulwesens. Mit verstärkten Kräften wird weiter gearbeitet werden für gänzliche Beseitigung der Vorschulen, für das Verschwinden der Realschulen, die Reorganisation der Oberrealschulen und Realgymnasien, und für die allmähliche Beseitigung der Gymnasien. So zeigt sich uns die Selektenschule als die Frucht, aus der der ganze schöne Baum der allgemeinen Volksschule und Einheitsschule emporwachsen wird. Der Synodalentwurf aber, der nur einem morschen Oberbau einen neuen Unterbau geben will, verdient nicht den Namen Einheitsschule; Vierheitsschule könnte man passender sagen.

Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Erfurt, 18. April.

Vom 18. April ab tagt hier im Restaurant „Tivoli" der Verbandstag. Die provisorische Tagesordnung umfaßt 10 Punkte.

Aus dem Jahresbericht wollen wir das Bemerkenswerteste folgen lassen.

Der vom 19. bis 24. Mai 1902 in Leipzig stattgefundene 11. Steinarbeiter-Kongreß beschloß mit 37 gegen 5 Stimmen die auf der Basis des Vertrauensmännersystems gegründete Steinarbeiter-Organisation aufzulösen und mit dem 1. Januar 1903 zu dem zu gründenden Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands überzutreten. Auf demselben Kongreß wurde auch die Einführung der Kranken-Unterstützung gegen 7 Stimmen beschlossen. Eine später darüber stattgefundene Urabstimmung zeitigte ein Resultat, wie es die Befürworter wohl kaum erwarteten. Es stimmten für Einführung 1966 und dagegen 3035. Somit war der Antrag gefallen.

Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung hat im Verbande bisher nur gestreift werden können. Es ist für diese, auch vom Vorstand als notwendig erachtete Einrichtung, noch keine besondere Stimmung vorhanden.

Die Reiseunterstützung wird bei den diesmaligen Verhandlungen ein viel umstrittener Punkt werden. In den Kreisen der Mitglieder geht man von der Ansicht aus, daß die gewährte Unterstützung zu niedrig sei; trotzdem der Verband an achter Stelle steht. Im Jahre 1903 wurde die Reise-Unterstützung von 570 Mitgliedern weniger als im Vorjahre in Anspruch genommen, was auf vermehrte Arbeitsgelegenheit zurückgeführt wird.

Erfreulicherweise kann der Geschäftsbericht konstatieren, daß der Verband die langanhaltende Krise gut überstanden und daß dieselbe für den Steinarbeiterberuf nun bald überwunden zu sein scheint.

Die Schwankung in der Mitgliederbewegung ist auch hier eine große gewesen. Der Mitgliederstand beträgt am Jahresschlusse 8624 in 15 Gauen. Die Bestrebungen, die auf Herabsetzung der Vereinsbeiträge hinauslaufen, bezeichnet der Bericht als vereinsschädigend.

Der Rechtsschutz, der in 33 Fällen gewährt wurde, kostete dem Verbande M. 1352,15 gegen M. 429,37 im Vorjahre.

Trotzdem die Maßregelungsunterstützung etwas zurückgegangen ist, wird der Begriff „Maßregelung" doch noch immer von vielen Mitgliedern falsch aufgefaßt.

Ueber Agitation sagt der Bericht, daß man sich nicht nach Schema F auf den Standpunkt des unbedingten Mitgliederfanges legen solle. Ein einheitliches, zielsicheres Agitieren, namentlich in den Steinbruchsdistrikten, sei unbedingtes Erfordernis. Die Frage der besoldeten Gauleiter wird die Generalversammlung diskutieren. Der Vorstand findet diese Frage zweckmäßig und hält sie im Interesse der Agitation für geboten.

Die Fachpresse hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Der „Steinarbeiter" vertritt in erster Linie Fachinteressen und behandelt zur weiteren Fortbildung und Aufklärung auch Fragen von allgemeinem Interesse. Neben der Fach- muß aber auch jeder aufgeklärte Steinarbeiter die sozialistische Presse aufmerksam verfolgen.

Ausstände waren im Berichtsjahre 19 zu verzeichnen, und zwar in Zwickau, Nürnberg, Görlitz, Dresden, Meißen, Deutmannsdorf, Mannheim, Mülhausen i. E., Rehau, Pilgrammsreuth, Schönwaldt, Hamburg und Berlin (Marmorarbeiter), Bautzen, München, Hardheim, Erfurt, Rostock, Chemnitz, Kassel, Leipzig. Abwehrstreiks waren 16, zwei Aussperrungen und ein Angriffsstreik. Beteiligt waren daran 830 Kollegen. Kosten verursachten diese Streiks insgesamt M. 22 107,54, davon zahlte die Zentralkasse M. 18 309,80. Aus eigenen Mitteln brachten die Streikenden M. 3797,74 auf. Von Erfolg waren 8, teilweisen Erfolg hatten 7, erfolglos waren 3, bei dem einen kann man von Erfolg nicht sprechen, weil es sich um eine Aussperrung handelte.

Die Solidarität übte der Verband nicht nur im In-, sondern auch im Auslande in ausgedehntem Maße.

Die Durchführung der Bundesratsverordnung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Eine aufgenommene Statistik soll dazu benutzt werden, um für nachdrückliche Durchführung zu sorgen.

Der Generalkommission gehört der Verband seit dem Würzburger Kongreß an; der Gewerkschafts- und Bauarbeiterschutzkongreß wurde durch Delegierte beschickt.

Der Kassenbericht wies am 1. Januar 1903 einen Bestand von M. 50 622,64 auf und bis zum 1. Januar 1904 ist der Kassenbestand auf M. 117 594,11 angewachsen. Ein erfreuliches Zeichen für den Aufschwung des Verbandes im allgemeinen.

Die internationalen Beziehungen wurden durch Beschickung des Kongresses in Zürich betätigt und gefestigt. Der Bericht sagt dann zum Schluß: Daß wir in diesem Jahre einen Fortschritt gemacht, ist eine unbestrittene Tatsache; es gilt nun ein zielsicheres Vorwärtsgehen.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Betonarbeiter! Wegen Lohnreduzierung legten am Sonnabend in Hamburg die Arbeiter der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbauten die Arbeit nieder. Am Montag Morgen wurde die Lohnkommission zwecks Verhandlung bei der Geschäftsleitung vorstellig. Diese verhielt sich aber vollständig ablehnend; sie erklärte: „Mehr giebt's nicht, eher weniger." Der Vorsitzende der Vereinigung der Erd-, Zimmerer- und Abbruchsarbeiter, welcher von der Lohnkommission hinzugezogen worden war, wurde ersucht, die Tür von draußen zuzumachen. Somit ist vorläufig jede Verhandlung abgebrochen. Der Stand der Bewegung ist ein guter; am Graskeller, am Block, ruht die Arbeit vollständig. Die Zahl der Ausständigen ohne Zementierer beträgt 32. — Der Zuzug von Zementierern, Einschalern, Spannern und Flechtern nach Hamburg ist fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Die Lohnkommission.

Die Steinsetzer in Rostock haben über die Firma Potenberg u. Schimming die Sperre verhängt. Die Arbeit der letzteren ist auf der Rostock-Laager und auf der Güstrow-Lantower Chaussee.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

In allen größeren Städten Deutschlands ringen die Bäckergesellen zur Zeit einen schweren Kampf. Sie verlangen nichts weiter, als die Möglichkeit, eine Familie notdürftig ernähren zu können. Die Arbeiterschaft unterstützt diesen Kampf in der denkbar idealsten Weise.

Jetzt ist nun hier in Berlin seitens der Bäcker-Innungen ein Streikbrecher-Versand-Bureau mit einem Kostenaufwande von jährlich M. 12—15 000 ins Leben gerufen worden, durch welches das Werben der Streikbrecher besser organisiert und zentralisiert werden soll.

Da sich nun die anständigen und ehrlichen Gesellen nicht mehr zu Streikbrecherdiensten hergeben, sollen jetzt die Bäckermeistersöhne als „Arbeitswillige" verwendet werden.

Hier in Berlin scheint nun durch die schroffe, hochmütig ablehnende Antwort der Innungen auf die äußerst höfliche Eingabe der Forderungen der Gesellenschaft der Streik unvermeidlich zu werden.

Hier soll die Kraftprobe der Niederknüppelung der Arbeiter ausgekämpft werden.

An alle Bäckermeister in den übrigen Städten Deutschlands sind in den letzten Tagen Aufforderungen ergangen, ihre Söhne als Streikbrecher für Berlin bereit zu halten.

Arbeiter und Arbeiterfrauen allerorts! Habt deshalb ein wachsames Auge auf die Bäckermeistersöhne, damit Ihr nicht Leute mit Eurer Kundschaft unterstützt, deren Söhne uns als Streikbrecher in den Rücken fallen.

Nirgends sind die Verhältnisse für die Arbeiter so schlechte, als im Bäckergewerbe. Keine Familie, kein eigenes Heim ist dem Bäckergesellen vergönnt. Regelmäßige Sonntags- und Nachtarbeit ist sein Los. Dabei eine Entlohnung, die oft genug andere Arbeiter als Trinkgeld noch zurückweisen würden. Gar nicht zu reden von der menschenunwürdigen Behandlung, der schlechten Kost und den miserablen Logisverhältnissen. Jeder anständige Mensch wird anerkennen, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bäckergesellen im Interesse der Kultur und der Gerechtigkeit notwendig ist. Nur die Mehrzahl der Bäckermeister will das nicht einsehen.

Arbeiter Deutschlands! Beweist von neuem Eure oft erprobte Solidarität.

Achtet bei allen Bäckerstreiks, namentlich aber bei dem bevorstehenden Berliner Streik, scharf auf die Bäckermeistersöhne, und laßt etwaige diesbezügliche Mitteilungen an den Unterzeichneten gelangen.

Mit Brudergruß

Der Vorstand des deutschen Bäckerverbandes (Mitgliedschaft Berlin).

J. A.: Carl Hetzschold, Berlin, Rheinsbergerstr. 17.

Die Polizei herrscht unumschränkt. Den Streikposten der Metallarbeiter in Magdeburg-Sudenburg wird von der Polizeibehörde das nachstehende Formular zur Unterschrift vorgelegt:

„Der als Streikposten aufgestellte Schlosser N. N. wird hierdurch auf den § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 aufmerksam gemacht. Die Schutzmannsposten sind angewiesen, den Betreffenden in Haft zu nehmen, sobald er abermals Personen belästigt, weil dadurch die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet ist. Der Unterzeichnete erklärt, dies wohl verstanden zu haben."

Der hier angezogene § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 gibt nämlich Behörden, Beamten und Wachmannschaften die Befugnis, Personen in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, „wenn der eigene Schutz dieser Personen oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sittlichkeit, Sicherheit und Ruhe diese Maßregel dringend erfordern." Wir haben es hier also mit der bekannten Methode zu tun, das reichsgesetzlich erlaubte Streikpostenstehen durch Bezugnahme auf ein preußisches Gesetz zu verhindern. Die Gerichte werden wahrscheinlich, wenn Polizeistrafen verhängt werden, freisprechen müssen, weil durch Streikpostenstehen an sich keineswegs die „öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit und Ruhe" gestört wird. Aber was tut das? Vorläufig erschwert man den Streikenden wenigstens die Ausübung ihres Rechts.

Metallarbeiter! Die Ausstände bei den Firmen F. Ergang und Sommermeyer u. Co. in Magdeburg sind am Sonnabend zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. Dagegen besteht auf den Pantherfahrradwerken der Konflikt fort. Doch ist nicht ausgeschlossen, daß auch hier Verhandlungen zu einer Verständigung führen werden.

Die Parkettbodenleger Berlins, soweit sie im deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind, beschäftigten sich vor einigen Tagen in stark besuchter Versammlung mit einer neuen Lohntarifierung, die außer erhöhten Akkordsätzen die 8stündige tägliche Arbeitszeit bei einem Tagelohn von M. 8 festsetzen und bis zum 1. Mai 1905 gültig sein soll. Nachdem bereits 3 Arbeitgebersitzungen sich mit diesem Tarif befaßt und endgültig mit der Motivierung abgelehnt hatten, daß noch ein Tarif bestehe, der bis zum 1. Oktober d. J. Gültigkeit habe und zuvor gekündigt werden müsse, erklärten die Versammelten, daß dieser Tarif nicht mehr zu Recht bestehe, da er vielfach von den Unternehmern durchbrochen sei, und beauftragten die Kommission, nochmals sämtlichen Arbeitgebern den neuen Tarif zur Annahme zu unterbreiten. Für den Fall der Ablehnung ist die sofortige Proklamierung des Streiks in Aussicht genommen.

Die Polsterer und Dekorateure in Dortmund sind behufs Erlangung der neunstündigen Arbeitszeit und einiger anderer Vergünstigungen in eine Lohnbewegung eingetreten.

Abgeblitzt! Den Mitgliedern des Gewerkschaftskartells in Crimmitschau und dem Verlag des „Sächsischen Volksblattes" in Zwickau war kürzlich auf Betreiben des bekannten Scharfmacher-Rechtsanwalts Tietze durch Beschluß des Amtsgerichts Crimmitschau unter Androhung schwerer Geldstrafen aufgegeben worden, sich jeder weiteren Boykotterklärung gegen den Brauereibesitzer Mummert zu enthalten. Auf eingelegte Beschwerde hat jedoch die Zivilkammer des Landgerichts Zwickau am Montag erkannt: „Die Verfügung ist aufgehoben, die Kosten des Verfahrens wurden der klägerischen Partei (Mummert) auferlegt." Es wäre auch nicht anders gekommen, wenn Herr Tietze mitsamt Herrn Mummert ein obsiegendes Urteil erreicht und das Gewerkschaftskartell unterlegen wäre, denn die Arbeiter würden doch dasjenige Bier getrunken haben, das ihnen am besten schmeckt.

Zur Malerbewegung in Frankfurt a. M. wird von dort gemeldet: Nachdem alle Versuche der hiesigen Organisation der Maler und Weißbinder, mit den Meistern die Lohnforderung auf gütlichem Wege zu regeln, gescheitert, fand am Sonnabend Mittag eine von 1300 Kollegen besuchte Versammlung statt, welche gegen wenige Stimmen beschloß, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Meister die Forderungen bewilligen. Die gestellten Forderungen sind für Frankfurter Verhältnisse sehr minimal zu nennen. Es wird verlangt ein Minimallohn für Gehülfen über 20 Jahre von 48 ₰ und unter 20 Jahren von 40 ₰ pro Stunde, mit einer Steigerung von 2 ₰ pro Stunde vom 1. April 1905 ab. Es bedeutet dies eine Erhöhung des Stundenlohnes von 3 resp. 4 ₰ nach dem jetzt bestehenden Tarif. Außerdem wird für diejenigen Gehülfen, für welche bereits der geforderte Minimallohn oder mehr bezahlt wird, eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 ₰ gefordert. Die anderen Forderungen sind, mit Ausnahme kleiner Aenderungen, dieselben, wie diese schon im alten Tarif bestanden haben, und regeln die Mehrbezahlungen der Ueberstunden, sowie der auswärtigen Arbeiten. 38 Firmen mit über 300 Gehülfen haben die Forderungen bereits bewilligt, so daß bei diesen sofort weiter gearbeitet werden kann. An alle Berufskollegen ergeht die dringende Mahnung, den Zuzug nach Frankfurt a. M. streng fernzuhalten.

Die Maurer und Steinhauer der Bezirke Nürnberg und Fürth haben den Unternehmern eine Reihe von Arbeitsbedingungen als Forderungen unterbreitet. Die hauptsächlichsten Punkte sind: ein einheitlicher Stundenlohn von 50 ₰, wo bisher ein höherer Lohn bezahlt wurde, ist derselbe weiter zu gewähren; die Ueberlandarbeit ist mit 10 ₰ Zuschlag pro Stunde zu entschädigen, ebenso ist das Fahrgeld zu vergüten; der Stundenlohn für Arbeiter, die durch Unfall, Alter oder Invalidität in ihren Arbeitsleistungen beschränkt sind, und für Ausgelernte im ersten Gesellenjahre unterliegt freier Vereinbarung, soll aber nicht unter 45 ₰ betragen; die Akkordarbeit ist vollständig abzuschaffen; die Arbeitszeit außerhalb der Wintermonate soll 9 Stunden täglich betragen. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist nur in ganz dringenden Fällen zulässig. In solchen Fällen sind für Ueberstunden 15 ₰, für Sonntags- und Nachtarbeit, sowie für Arbeiten an Feuerungs- oder Wasserbauten 30 ₰ Lohnzuschlag pro Stunde zu gewähren. Für die Nachtarbeit kommt die Zeit zwischen 7½ Uhr Abends und 5½ Uhr früh in Betracht. Das Handwerkszeug, mit Ausnahme von Senkel, Maurerhammer und Kelle, hat der Unternehmer zu stellen, wenn nicht, hat er für Steinhauerhandwerkszeug 40 ₰ zu entschädigen.

Ein Ausstand der Zeitungssetzer ist am 18. April in Lissabon ausgebrochen. Es erscheinen keine Zeitungen.

Tages-Bericht.

Dienstag, den 19. April.

Hamburg.

„Es ist erreicht!"

ruft die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.", erfreut über die Gründung der Bueckschen Scharfmacher-Zentralisation. Das Verdienst der Einigung ist, schreibt das Scharfmacher-Zentralorgan, „mit in erster Linie dem Vorgehen der Herren Blohm vom „Arbeitgeberverband Hamburg-Altona" und Menck vom „Gesamtvorstand deutscher Metallindustrieller" zuzuschreiben, die eine en bloc-Annahme der vom Zentralverband entworfenen Satzungen auf Grund der von Herrn Abg. Menck beantragten Einfügung des sogenannten „Kartellparagraphen" durchsetzten. Dieser Paragraph, auf den sich die Resolution der vom Herrn Geh.-Rat Vogel einberufenen Delegierten-Versammlung deutscher Arbeitgeberverbände gründet, lautet: „Mit solchen Verbänden, die aus inneren Gründen verhindert sind, Mitglieder der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu werden, können Kartellverträge abgeschlossen werden." Ohne Zweifel steht es den Handwerkerverbänden frei, von dem Kartellparagraphen gleichfalls Gebrauch zu machen, ganz abgesehen davon, daß die Handwerker als Mitglieder lokaler (gemischter) Streikabwehrverbände auch hierdurch zu der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in Beziehung treten, sobald diese den Kartellanschluß bewirken."

So die „Deutsche Arbeitg.-Ztg.".

Herr Bueck wollte das Handwerk bekanntlich nicht mit in seinen Scharfmacher-Verband hineinhaben, weil es „nicht genügend leistungsfähig" ist. Nun will man die Handwerker als Dekoration zulassen, damit das Ding nach „Einigkeit" aussieht.

Die Satzungen für den Arbeitsnachweis der Baugewerksinnung „Bauhütte", deren wesentlichen Inhalt wir gestern mitteilten, sind in der Innungsversammlung genehmigt worden.

Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 und des Abänderungsgesetzes vom 25. Mai 1903 (Reichsgesetzbl. S. 233) ist folgenden Krankenkassen: 1. der Krankenkasse der Arbeiter-Vereinigung von 1867 (E. H.) zu Hamburg, 2. der Krankenkasse, genannt „Freundschaftskette" (E. H.) zu Hamburg, 3. der Kranken- und Sterbekasse „Die blühende Hoffnung" (früher Kutscher-Verein) (E. H.) zu Hamburg, 4. dem August-Kranken-Verein (E. H.) zu Altona von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Die Literarische Gesellschaft veranstaltet Dienstag, 26. April, eine **Detlev v. Liliencron-Feier** im Conventgarten. Den Vortrag hält Herr Dr. J. Loewenberg, Herr Otto Ernst rezitiert aus den Werken des Dichters und Frau Ottilie Metzger-Froitzheim wird Liliencronsche Lieder singen. Die Feier findet im Conventgarten statt und beginnt pünktlich um 8 Uhr. Mitglieder haben freien Zutritt, Einführungskarten für Nichtmitglieder kosten M. 2.

Aus der Theaterwelt. Im Schauspielhause wird Sonntag Nachmittag „Alt-Heidelberg" gegeben, Sonnabend „König Lear", Mittwoch, Donnerstag und Sonntag Abend „Der Kaufmann von Venedig", Freitag „Helden" und „Der Ehrenmann". — Im Carl Schultze-Theater wird Sonntag Nachmittag „Die schöne Helena" wiederholt. Mizzi Zwerenz, die in dieser Partie am Sonntag so außergewöhnlichen Erfolg hatte, wird wieder die Titelrolle singen.

Der Zoologische Garten wurde am Sonntag, 17. April, zum ermäßigten Eintrittspreise von 30 ₰ von 8028 Erwachsenen und von 2413 Kindern, zusammen von 10 441 Personen besucht, von denen 577 Personen auch das Aquarium besichtigten.

Im Submissionswege ist übertragen worden: Die Herstellung einer massiven Brücke über die Wettern bei der Badehausallee in Döse an W. Beckmann in Döse bei Cuxhaven; das Fensterputzen im Strafjustizgebäude vor dem Holstentor an Helmuth Schumann.

Revolution in — der Bäckerherberge. Man schreibt uns: War das ein Leben am Montag in der zünftlerischen Bäckerbude! In Lübeck haben die Backstubensklaven sich aufgerafft, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas aufzubessern. Da gilt es für die hiesigen Backstubenherren, das Handwerk zu retten und Streikbrecher für die Lübecker Zunftgenossen zu exportieren. Aber die verhaßten Verbandsgesellen verderben mitunter die schönsten Innungspläne. Als heute ein Gesellenausschußmitglied den Arbeitsnachweis kontrollierte und einige Kollegen, denen, weil sie nicht Streikbrecherdienste in Lübeck leisten wollten, nun der Arbeitsnachweis gesperrt wurde, auf den durch Innungsreglement vorgeschriebenen Beschwerdeweg wies, wurde dem Gesellenausschußmitgliede vom Zunftgewaltigen Knost mit Stentorstimme ein „Rrrraus" zugerufen. „Was, beschweren wollt Ihr Euch und weiter nichts? rrraus! rrrraus!" rief Herr Knost die beschwerdeführenden Gesellen an. Damit nun aber doch nicht etwa so ein Verräter des Meisterprofits sich in den heiligen Innungshallen aufhalte, tutete der Innungswirt Degler in dasselbe Horn. Die Backstubenarbeiter aber zogen nach der freundlichen Aufforderung des Herrn Obermeisters alle hinaus, der Streikbrecheragentur und Innungsherberge den Rücken wendend, sie hatten genug von solchem „Heim der Gesellen". Jedenfalls wird die Aufsichtsbehörde für die Innungen den Herren, die auf dem Holstenwall so recht nach Belieben wider die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes handeln, einen kräftigen Seifensieder aufsetzen.

Tödliche Folgen eines Automobilunfalles. Herr Otto Ledermann, der hamburgische Kaufmann, der, wie seinerzeit berichtet, bei einem Automobilunfall in Ludwigslust schwer verletzt wurde, ist am Sonntag Mittag im Stift Bethlehem dortselbst verschieden, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Wegen Betruges und Unterschlagung ist am 2. November v. J. vom Landgericht Hamburg neben einem Mitangeklagten der Zimmermeister Ferdinand Demuth zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Beide bauten Häuser und kamen dabei öfter in Geldverlegenheit, wobei sie die ihnen zur Last gelegten Handlungen begingen. Auf die Revision Demuths hob heute das Reichsgericht das Urteil gegen ihn auf, soweit es wegen Betruges ergangen ist, und verwies die Sache in diesem Umfang an das Landgericht zurück. Die Vermögensschädigung erschien sowohl objektiv als subjektiv nicht ausreichend festgestellt.

Der Uhr-Großvater. Ein Tapezierer bot am 17. d. M. in der Kaffeehalle in der Düsternstraße einem Unbekannten eine silberne Taschenuhr für M. 7,50 zum Kauf an. Der Unbekannte erklärte sich bereit, die Uhr kaufen zu wollen, wollte sie aber zunächst seinem in der Schlachterstraße wohnenden Vater zeigen. Nachdem er den Tapezierer dorthin verschleppt hatte, erzählte er ihm, er wolle von seinem Großvater, der in einer Wirtschaft in der Schlachterstraße weile, Geld für die Uhr holen, ließ den Tapezierer warten, verschwand mit der Uhr und kehrte nicht wieder. Der Unbekannte hat sich als Seemann Schulz ausgegeben und kann etwa 18 Jahre alt sein.

Schlechte Erziehungsresultate hat die Altonaer Erziehungsanstalt bei einem 16jährigen Zögling erzielt, der am 18. d. M., nachdem er aus der Anstalt entlaufen war, am Neuen Steinweg 8 ertappt wurde, als er dem daselbst im Keller wohnenden Schuhmacher Schäfer ein Paar zur Schau aushängende Stiefel stahl und damit entlief, jedoch festgehalten und in Haft gebracht wurde, während ein Complice durch die Flucht entkommen ist.

In Haft kamen: ein auf dem Thielbek wohnender 29jähriger Arbeiter, der, mutmaßlich in Gemeinschaft mit einem Complicen, am 12. d. M. aus einem Lagerkeller auf der Reeperbahn 154 etwa 100 leere Fässer entwendet hat; ein Hausknecht, der von der Polizei seit dem 11. d. M. gesucht wird, weil er seinem Herrn, einem Butterhändler in der Ritterstraße, M. 50 einkassierte Gelder unterschlagen hat und dann ausgerückt ist; ein Agent, der in einer Wirtschaft in der Kleinen Seilerstraße 6 eine Zeche von 45 ₰ machte, ohne bezahlen zu können; zwei beschäftigungslose Arbeiter, die im Verdacht des Diebstahls stehen, denn man fand bei dem einen einen verstellbaren Geldschrankschlüssel, ein Stück Kammgarnstoff und zwölf Pfandscheine; ein Steward, der auf dem Schiff „Umea" zwei Matrosen die Portemonnaies mit M. 13 entwendet und das Geld in einer Zündholzdose versteckt haben soll, die man vorfand, während der Beschuldigte die Tat bestreitet.

Harburg und Wilhelmsburg.

Wieder verurteilt worden ist unser Genosse Weniger, der als früherer Vertrauensmann der Partei sich geweigert hatte, der Polizei ein vollständiges Mitgliederverzeichnis einzureichen, da nach der Gründung des Vereins ein Verzeichnis der Mitglieder zur Polizei gegeben und jede Veränderung im Bestande angezeigt worden sei. Das Schöffengericht in Harburg sprach Weniger frei. Auf Berufung der Staatsanwaltschaft verurteilte ihn das Landgericht Stade zu M. 15 Geldstrafe. Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zu Stade zurück, was am Sonnabend Weniger wieder verurteilte. Gegen dieses Urteil ist abermals Revision eingelegt worden.

r. **Die Bautätigkeit in Wilhelmsburg** wird sich anscheinend in diesem Jahre wieder flott gestalten. Namentlich bezieht sich das auf die Bezirke Reiherstieg und Rotehaus. Bei dem Bauamt sind in diesem Jahre an Wohn-, Betriebs- und Wirtschaftsgebäuden zirka 25 Baugesuche angemeldet worden, wovon ungefähr die Hälfte im Bau begriffen ist. Der Mangel an Wohnungen ist seit vergangenem Jahre schon ziemlich zurückgegangen. An den neuangelegten Straßen auf dem Veringschen und Schmidtschen Terrain ist eine ziemliche Zahl hoher Etagenhäuser errichtet worden. Leider verschwinden aber die kleineren Wohnungen von Jahr zu Jahr immer mehr. Die Wohnungen werden immer teurer. Eine aus zwei Zimmern, Küche und Boden oder Keller bestehende Wohnung, die vor 10 Jahren M. 120 bis 160 pro Jahr kostete, kostet jetzt M. 250 bis 280. Die Dreizimmerwohnungen sind beinahe um das doppelte gestiegen. Diese kosteten seinerzeit M. 180 bis 230 und jetzt in den Neubauten M. 350 bis nahezu M. 400. Obgleich die Häuser, die vor acht oder zehn Jahren gebaut worden sind, der Neuzeit entsprechend, nicht so bequem wie die neugebauten eingerichtet sind, so richten sich die Mietspreise darin doch auch schon nach den neuen Häusern. Da die Löhne auf den Fabriken in Wilhelmsburg im Vergleich zu den Wohnungspreisen sehr niedrig sind, so wäre es wünschenswert, daß sie auch bald steigen würden. Der Bau von billigen und guten Arbeiterwohnungen wird angesichts der jetzigen Löhne eine Notwendigkeit. Die Haus- und Grundeigentümervereine geben von Zeit zu Zeit unter ihren Mitgliedern eine Liste heraus, in welcher die „böswilligen" Mieter verzeichnet stehen. Selbstverständlich muß der Hauswirt seine Miete haben, aber mit der Bezeichnung „böswilliger Mieter" wird oft ein recht frevelhafter Brauch getrieben. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Krankheiten in der Familie und sonstige Familiensorgen tragen oft dazu bei, daß mancher, der gern zahlen will, nicht kann; das ist oft der Grund, weshalb mancher Arbeiter nirgends eine Wohnung erhalten kann, trotz der großen Bautätigkeit. Auch ein Stück Unrecht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Lübeck.

Ueber die Ursachen des Nieterausstandes auf der Kochschen Schiffswerft werden seitens der Lohnkommission folgende Mitteilungen gemacht: Vor mehreren Wochen wurden seitens der Nieter der Werftleitung nachstehende Forderungen unterbreitet: 35 ₰ Minimallohn, 25 pZt. Schmutzgeld, M. 1 Aufschlag auf die Nieten und Bau der Stellagen von fachkundigen Leuten (Zimmerern). Hierauf teilte die Direktion mit, daß sie bereit sei, eine Erhöhung der Akkordpreise um

5 pZt. zu gewähren. Der Direktor erklärte hierauf, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden könnten; insbesondere sei es unmöglich, den Minimallohn von 35 ₰ zu gewähren. Seitens der Nieter wird aber auf diese Forderung Gewicht gelegt. Die am letzten Donnerstag abgehaltene Versammlung beschloß, daß die Lohnkommission nochmals versuchen solle, in erneute Unterhandlungen mit der Direktion einzutreten. Die Kommission unterbreitete darauf Freitag Morgen der Direktion diesen Beschluß und ersuchte bis zum Sonnabend Abend um eine Antwort. Die sofort erteilte Antwort des Direktors lautete, daß er keine weiteren Verhandlungen wünsche; er gäbe gar nichts mehr. Die Nieter möchten nun tun, was sie nicht lassen könnten. Hierauf erfolgte dann die Arbeitseinstellung.

Zum Bäckerstreik. Die Bäckergesellen haben in geheimer Abstimmung mit 78 gegen 18 Stimmen den Streik beschlossen. **Zuzug ist fernzuhalten.**

Bremen.

Lohnbewegung der Tischler. Die Tischlermeister und Holzindustriellen haben am Sonnabend Abend im Gewerbehause eine Versammlung abgehalten, um zu den jetzt gestellten Forderungen der Gesellen sich ihrerseits zu erklären. Hinsichtlich eines auf zwei Jahre zu schließenden Arbeitsvertrages faßte die Versammlung nach den „B. N." folgende Beschlüsse: Von der Festsetzung eines Minimallohnes wird abgesehen, dagegen ein Durchschnittslohn von 47 ₰ pro Stunde bewilligt. Nach Abschluß des Vertrages wird sofort ein Lohnzuschlag von 5 pZt. gezahlt, am 1. Mai 1905 ein weiterer Lohnzuschlag von 5 pZt. Die Gesellen fordern an Lohnerhöhung nach Abschluß des Vertrages 5 pZt., am 1. Juli d. J. weitere 5 pZt., am 1. April 1905 noch einmal 5 pZt. Lohnzuschlag. Für Ueberstunden bis 10 Uhr Abends sollen 25 pZt., für Ueberstunden nach 10 Uhr Abends und für Sonntagsarbeit 35 pZt. Lohnzuschlag gezahlt werden. Damit ist die Gesellenkommission einverstanden. Ferner ist man darin einig, daß für Festtage und unverschuldetes Fernbleiben von der Arbeit keine Ueberstunden verrechnet werden dürfen. Betreffs der Akkordarbeit haben die Gesellen gewünscht, daß die von ihnen früher gestellte Forderung auf Beseitigung derselben, abgesehen von der Akkordarbeit in den sog. weißen Möbelfabriken, als nicht von ihnen erhoben betrachtet werden möge. Die Meisterversammlung erklärte folgenden Passus im Vertrage für notwendig: Akkordarbeit ist zulässig. Der Lohn soll am Lohntag sofort nach Feierabend bezahlt werden. Für Bananschläger verlangt die Gesellenkommission einen Durchschnittslohn von 60 ₰ pro Stunde; die Meisterversammlung hält die Gleichstellung mit den Werkstättentischlern für angemessen. Für Arbeiten im Bau und außerhalb der Stadtgrenze fordert die Gesellenkommission einen Lohnzuschlag von 5 ₰ pro Stunde. Die Meisterversammlung hält diesen Lohnzuschlag für nicht erforderlich, bewilligt aber das Bahngeld dritter Klasse. Für Kost und Logis bei Arbeiten außerhalb Bremens sollen M. 2,50 vergütet werden, womit die Gesellenkommission einverstanden ist. Für Hülfsarbeiter verlangt diese dieselbe Lohnerhöhung wie für die Tischler, auch hinsichtlich der Ueberstunden. Die Meisterversammlung will den Hülfsarbeitern die ihrerseits den Tischlern zugestandene Lohnerhöhung gewähren, erklärt jedoch, daß betreffs der Ueberstunden der Hülfsarbeiter der Lohn von Fall zu Fall vereinbart werden müsse. Maschinenarbeiter sollen denselben Lohn erhalten wie die übrigen Tischler. Die Meisterversammlung erklärte sich mit dem Abschluß eines Arbeitsvertrages auf zwei Jahre einverstanden.

Auswärtiges.

Wegen Soldatenmißhandlung wurde der Leutnant Hans Wilhelm **Birkner** vom 2. Pionier-Bataillon Nr. 22 in **Riesa** zu sechs Wochen zwei Tagen Festung verurteilt. Das Kriegsgericht der 16. Division hatte einen wegen Mißhandlung Untergebener **oft vorbestraften** Sergeanten des Infanterie-Regiments Nr. 161 in **Trier** zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Es heißt in der Anklageschrift, daß der Sergeant die Untergebenen **bei jeder Gelegenheit** mißhandelt habe; er schlug sie mit dem in der Scheide steckenden Seitengewehr auf den Kopf und mit der Klopfpeitsche über Kopf und Rücken. Infolge der Mißhandlungen, die er durch den Sergeanten zu erdulden hatte, versuchte ein Musketier sich das Leben zu nehmen, konnte aber noch gerettet werden. Infolge des Leumundszeugnisses, das der Hauptmann und der Feldwebel dem Sergeanten ausstellten, **hob das Ober-Kriegsgericht das Urteil bezüglich der Degradation auf.** Nach drei Monaten kann der Soldatenschinder also weiter seines Amtes als Sergeant walten und weiter wehrlose Soldaten in den Tod treiben. Daß der Mensch das Quälen Untergebener für die Folge unterließe, ist ganz ausgeschlossen. Diese Strafe wird ebenso wenig fruchten, wie die vielen Vorstrafen. Das Kriegsgericht hatte deshalb auf Degradation erkannt als das Mittel, dem Sergeanten die weitere Möglichkeit zu Soldatenschindereien zu nehmen.

Der Offiziersmantel — oder ein Lustspiel aus dem Leben. Vor dem Budapester Gerichtshof wurde in diesen Tagen eine Ehescheidungsklage anhängig gemacht, bei der das Beweismittel nicht geringes Aufsehen erweckte. Es besteht in einem wohlerhaltenen Offiziersmantel, der früher einen Husar zum Besitzer hatte. Wie der Mantel in dieser Klage zu seiner Rolle kam, erzählte der klagende Ehemann, Herr S., ein steinreicher, stadtbekannter Engroshändler, folgendermaßen. Jeden Donnerstag ging er in seinen Klub, wo er regelmäßig bis nach Mitternacht verweilte. Am letzten Donnerstag seines Ehelebens waren aber seine Partner beim Kartenspiel ausgeblieben, und er ging schon gegen 10 Uhr nach Hause. Er fand seine junge Frau nicht wie gewöhnlich schlafend vor, sondern noch wach, aber ach, in welchem Zustande! Die Aermste saß in ihrem Bette, weinend, große Thränen, wahre Perlen, fielen aus den schönen Augen auf das schneeweiße Bettgewand. „Gott hat Dich geschickt", schluchzte sie, „mir ist so unwohl, ich möchte sterben. Ich bitte Dich, hole gleich den Arzt!" Einen Moment hatte er daran gedacht, daß vielleicht diese Aufgabe auch ein Dienstmädchen ausführen könnte; aber dann sah er seine Frau, deren Wangen vor innerer Hitze glühten, geriet selbst in Aufregung, nahm sich in dem hinteren Korridor den ersten besten Mantel um und fuhr zum Arzt. Daß der Mantel nicht paßte, daß er sonderbar große Knöpfe hatte, bemerkte er selbstverständlich in seiner Aufregung und Eile nicht. Den Arzt fand er nicht in seinem Arbeitszimmer. „Herr Doktor," schrie er, „bitte, machen Sie schnell, meiner Frau ist sehr schlecht, bitte, kommen Sie sofort!" Der Arzt sah ihn ärgerlich an. Nun wiederholte er seine Bitte und erzählte rasch, was geschehen war. Der Arzt schüttelte den Kopf. „Ich ahne schon, was Ihrer Frau fehlt, aber dazu habe ich keine Medizin. Oder doch, aber ich selbst kann sie nicht verwenden." Sprach's und holte einen Stock, welchen er mit vielsagendem Lächeln dem Ehemanne reichte, der zitternd vor ihm stand. „Mensch," schrie dieser, „wissen Sie, daß Sie mich und meine Frau mit jedem Worte verletzen!" „Sie sind sehr aufgeregt," antwortete der Arzt, „aber ich kann Sie nicht beruhigen. Eines kann ich aber doch tun. Kommen Sie vor den Spiegel und sehen Sie sich an!" Jetzt schrie Herr S. wie ein verletzter Löwe auf, warf den Mantel von sich und trat wütend mit den Füßen darauf. Dann hob er ihn behutsam auf, reinigte ihn und ließ ihn einpacken. Jetzt ist er bei den Gerichtsakten wohl aufgehoben. Der Eigentümer des Mantels hat sich bisher — nicht gemeldet.

Ueber eine sonderbare Handhabung des Militärboykotts berichtete der Gasthofsbesitzer Roth in einer Versammlung der Saalinhaber des Bezirks **Oelsnitz**. Das offizielle Organ des Verbandes sächsischer Saalinhaber berichtet darüber folgendes: Bei der Beratung des zweiten Punktes, Verhängung des dauernden Militärverbots über Säle und deren Folgen, meldete sich der Gasthofsbesitzer Albin Roth zum Wort und weist aus seiner Praxis auf die großen Widersprüche hin, die das Militärverbot mit sich bringt. Beim vorletzten Manöver hatte er mit der englischen Gardinenfabrik dahin abgeschlossen, daß die ihr auferlegten 80 Mann bei ihm gegen Entgelt einquartiert werden sollten. Mit Hinweis auf das über seinen Gasthof verhängte Militärverbot habe die englische Papierfabrik ihre Soldaten aber wo anders unterbringen müssen. Dagegen hätten die fünf Mann, die ihm als Einquartierung auferlegt worden seien, anstandslos in seinem Lokale verkehren dürfen. Auch für Alarmquartier sei sein Gasthof seinerzeit gut gewesen, ja, man habe ihm für die gute Verpflegung, die er damals einer ganzen Kompagnie habe zu teil werden lassen, von höherer Stelle wiederholt Dank ausgesprochen. Auch eine Militärkapelle habe sich einst nach einem Hinweis auf das über ihn verhängte Militärverbot aus seinem Gasthof ausquartieren müssen, trotzdem er mit dem Stabstrompeter billiger abgeschlossen hatte, als der spätere Quartierwirt. Hier sei also sogar die Kapelle geschädigt worden. Als ehrlicher und rechtschaffener Staatsbürger müsse der Saalinhaber sein Geschäft zu machen suchen, wo er könne, er dürfe nicht daran gehindert werden; wenn Steuern zu zahlen seien, werde er auch nicht geschont.

„Aus einer kleinen Garnison." Leutnant a. D. **Bilse**, der sich nach Verbüßung seiner sechsmonatigen Gefängnisstrafe einige Tage in Straßburg aufhielt, äußerte sich einem Berichterstatter der „Straßb. Bürgerzeitung" über die **Entstehungsgeschichte** seines Romans „Aus einer kleinen Garnison". Bilse wies den Vorwurf zurück, daß die Art und Weise, wie er es unternommen hätte, die bestehenden Schäden aufzudecken, inkorrekt gewesen sei. Er habe von den in der Forbacher Garnison herrschenden Mißständen seinem direkten Vorgesetzten, dem damaligen Direktor des Traindepots v. B. Mitteilung machen wollen. Zu diesem Zwecke habe er eine Audienz erwirkt. Während er mit seinen Enthüllungen begonnen habe, habe ihn der Vorgesetzte plötzlich mit den Worten unterbrochen: „Mein lieber Herr Leutnant, ich habe Ihnen allerdings eine Audienz erwirkt, ich wünsche aber nicht, daß Sie dieselbe ausnützen, um mir hier lohnende Intriguen des Offizierskorps auszubreiten." Jetzt erst habe er sich entschlossen, die Zustände in Gestalt eines Romans der Oeffentlichkeit zu übergeben. Bilse verwahrte sich weiter mit Entschiedenheit gegen die seitens des Kriegsministers von Einem erhobene Unterstellung, daß er diese Veröffentlichung des Romans „Aus einer kleinen Garnison" aus **gewinnsüchtiger Absicht** vorgenommen habe. Diese Unterstellung entbehre jeder Begründung. Niemand habe voraussehen können, daß das Buch ein solches Aufsehen machen und einen solchen buchhändlerischen Erfolg erzielen werde. Er habe den Roman aus eigenen Mitteln drucken lassen. Die Beschlagnahme des Buches habe er erwartet. Weil die Beschlagnahme vorauszusehen war, habe er den Roman unter dem Pseudonym von der Kieburg herausgegeben, um ihm wenigstens eine kurze Lebensfrist zu ermöglichen. Auch der Ertrag des Buches sei für ihn nicht annähernd so hoch gewesen, wie mit Hinsicht auf die ungeheure Verbreitung des Romans hätte erwartet werden können. Weiter erzählt Bilse, daß ihm seit seiner Verurteilung eine überaus große Menge von Sympathiekundgebungen zugekommen seien. Auch Fachkreise haben ihn zu seinem Auftreten beglückwünscht und ihm neues schwerwiegendes Material über Schäden im Offizierkorps zur Verfügung gestellt. Er sehe darin ein Symptom der Stimmung gegen die im Offizierkorps zu Tage getretenen Mißstände. Das Verhalten seiner früheren Kameraden sei ihm gegenüber ein gänzlich abweisendes. Was seinen künftigen Beruf betrifft, so erklärte Bilse, er wolle sich der Schriftstellerei widmen. Er bereite **neue Veröffentlichungen** vor.

Eine gute Abfuhr läßt der Sekretär des Lagerhalterverbandes dem „Leipziger Tageblatt" und Blättern ähnlicher Observanz, die fortwährend bemüht sind, die Arbeiter als schlechte Arbeitgeber zu verleumden und die Genossenschaften als „sozialdemokratische" der Regierung zu denunzieren, zu teil werden. Er schreibt dem Blatt: „Unter der Spitzmarke: „Sozialdemokraten als Arbeitgeber" brachte das „Leipziger Tageblatt" in seiner Sonntagsausgabe eine Notiz, die nicht im vollen Umfange zutreffend ist. Richtig ist die Angabe des geringen Monatsgehaltes, die ausgedehnte Geschäftszeit, die die Lagerhalter der Provinz Brandenburg aufzuweisen haben. Nicht richtig ist es dagegen, wenn es in der angezogenen Notiz heißt, daß diese Mißstände in sozialdemokratischen Konsumvereinen zu Tage treten. Ganz abgesehen davon, daß es in Deutschland keine sozialdemokratischen Konsumvereine gibt, wie es ja auf Grund des Genossenschaftsgesetzes auch keine konservativen oder freisinnigen Konsumvereine geben kann, trifft auch in diesem Falle nicht zu, was der Verfasser der in Betracht kommenden Notiz jedenfalls hat zum Ausdruck bringen wollen. Wenn das Wort: sozialdemokratische Konsumvereine einen Sinn haben soll, so kann doch damit nur gemeint sein: Konsumvereine, in deren Verwaltung Personen sitzen, die der sozialdemokratischen Partei angehören. Von dieser Seite aus betrachtet, muß konstatiert werden, daß auf der Lagerhalterkonferenz zu Brandenburg nicht **die** Konsumvereine die schlechtesten Verhältnisse aufzuweisen hatten, die von sozialdemokratisch gesinnten Personen geleitet werden, sondern in übermäßiger Geschäftszeit usw. schlugen **die** Vereine den Rekord, die von Personen geleitet werden, die konservativen und freisinnigen Anschauungen huldigen, Vereine, die auch heute noch dem Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Dr. Crüger) angehören."

Majestätsbeleidigungs-Chronik. In der **Marburger** Strafkammersitzung wurde am Freitag der Nagelschmied Bellerstein aus Ulm im Kreise Wetzlar wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt.

Aus Buddes Reich. Die Strafkammer in **Kreiensen** sprach den **Stationsdiätar** Gänserich, der am 15. August Nachts den Zusammenstoß zweier Züge verschuldet hatte, frei. Der Dienst des Beamten sei **außerordentlich anstrengend** gewesen und hätte seine Kräfte überstiegen. Der Angeklagte habe sich in einem entschuldbaren Irrtum befunden, der durch die Verhältnisse herbeigeführt wurde.

Der entlarvte „Hungerkünstler". Aus **Braunschweig** wird dem „Hannov. Cour." gemeldet: Der Hungerkünstler **Pappus** wurde Sonntag Vormittag von hiesigen Polizeibeamten aus seinem Glasbehälter, in welchem er bereits drei Tage und drei Nächte zugebracht hatte, herausgeholt und mit seiner Begleiterin nach der Polizeidirektion gebracht. Die Festnahme geschah auf Veranlassung des Besitzers des Apollotheaters in Hannover, der durch das plötzliche Verschwinden des „Hungerkünstlers" Schaden erlitten haben will. Bei seiner Vernehmung hat sich dann herausgestellt, daß er nicht Pappus, sondern **George Baillat** heißt und aus Frankreich stammt. In seinen Papieren ist er als „Artiste Lyrique" bezeichnet. Er hat in Frankreich gedient und ist Reservist eines algerischen Regiments. Seine ihn begleitende, angebliche Frau ist die 22jährige Emma Blaury aus Düsseldorf. An der Seite des Kastens, in welchen sich Pappus einschließen ließ, hat man ein bisher noch nicht entdecktes, 7 Zentimeter hohes und 5 Zentimeter breites Loch gefunden, durch welches sich Pappus mittels eines Schlauches alles Mögliche herein- und hinausbefördern lassen konnte.

Vom Hochwasser in Böhmen. Das infolge der heftigen Regengüsse in der letzten Nacht entstandene Hochwasser hat namentlich in den Ortschaften **Bubeno** und **Baumgarten** arge Verwüstungen angerichtet. Auch **Böhmisch-Leipa** und Umgebung wurde durch ein furchtbares, mehrere Stunden anhaltendes **Gewitter** nebst Hagelschlag heimgesucht, durch das großer Schaden angerichtet wurde; einzelne Ortschaften stehen unter Wasser. Auch mehrere Brände wurden durch Blitzschlag verursacht.

Schreibmaschine und anonyme Briefe. Ein Verleumder in Dünkirchen hatte seine Schreibmaschine zur Anfertigung von Briefen gedachter Art benutzt. Der Zufall wollte, daß man diese Briefe mit anderen von derselben Maschine vergleichen konnte, und da ergab sich, daß diese zwei ausgeprägte und sich in der Schrift stets wiederholende Fehler hatte. Die Schreibmaschine wurde darauf beschlagnahmt und ihr Eigentümer mußte vor dem Untersuchungsrichter von neuem mit ihr eine Schreibprobe machen, wodurch die erwähnten Mängel nochmals bestätigt wurden. Nunmehr wurde der Vorsteher des tachygraphischen Bureaus der Kammer als Sachverständiger zugezogen. Er konnte mit Leichtigkeit feststellen, daß die ihm vorgelegten verschiedenen Briefe von einer und derselben Person geschrieben waren, da sie insgesamt dieselben Flüchtigkeitsfehler und sonstigen kleinen Nachlässigkeiten aufwiesen, die den einen Maschinenschreiber vom anderen unterscheiden. Da die Zeugenaussagen und übrigen Umstände gleichfalls für die Schuld des Angeklagten sprachen, verurteilte die Strafkammer diesen zu einem Monat Gefängnis, 200 Frks. Geldbuße und 3000 Frks. Schadenersatz. Die Verhandlungen ergaben, daß fast alle Schreibmaschinen Eigentümlichkeiten haben, die sich in der von ihnen gelieferten Schrift nachweisen lassen.

Erdbeben auf dem Balkan. Von Ostermontag bis zum 10. April haben auf dem Balkan Erdbeben stattgefunden, denen, wie dem „Daily Expreß" aus Salonifi mitgeteilt wird, annähernd 1000 Häuser und auch Menschen zum Opfer fielen. In dem Dorfe Osmanie sind bis jetzt 60 Todesfälle festgestellt worden. Die 80 Kilometer südlich Sofia gelegene Garnisonstadt Djumabali wurde vollständig zerstört, doch die Einwohner konnten sich retten. Im ganzen zählte man am 10. April 30 Erdstöße. Das Zentrum des Erdbebens scheint der Kresnapaß gewesen zu sein, und die Stöße pflanzten sich bis auf eine Entfernung von 160 Kilometern fort. Gewaltige Felsblöcke stürzten von den Paßwänden auf die neue Militärstraße und begruben dort einen Transport von acht Wagen. In Simetli traten eine Anzahl heißer Quellen zu Tage.

Kleine Mitteilungen. Wie der „Altmärker" meldet, wurden die Inhaber der **Altmärkischen Bank in Osterburg**, die Kaufleute **Müller** und **Reinecke**, wegen **Depotunterschlagung verhaftet**. Die Gesellschaft ist in Liquidation getreten und über das Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden. — Die beiden früheren Direktoren der **Pommerschen Hypothekenbank**, Schultz und Romeick, deren Prozeß am 2. Mai wieder beginnt, wurden am 18. April auf Beschluß der Strafkammer in Berlin wieder **verhaftet**. — Der flüchtige Direktor Bernhard Guttmann von der falliten **Buntweberei Göppingen** ist in Athen **verhaftet** worden. Seitens der Regierung ist bereits ein Auslieferungsantrag gestellt worden. — Die **Innungskrankenkasse** der Maurer und Zimmerer in **Reichenbach i. V.** ist **zusammengebrochen**. Der **Kassierer** Stauß ist seit Mittwoch **verschwunden**. — Die seit drei Wochen beim Zeitungsaustragen **verschwundene** 13jährige **Tochter** des Maurers Rechenberg in Halle wurde als **Leiche** aus der Saale gezogen. Man vermutet, daß sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, da sie verschiedene Wunden an sich hatte. — Der 21jährige Erdarbeiter Michael **Prell** in **Barmen** erschoß die Arbeiterin Barbara Michel wegen verschmähter Liebe und verletzte sich lebensgefährlich durch zwei Schüsse.

Schwurgericht.

19. April.

Vorsitzender: Direktor Dr. Goberts.
Beisitzer: Dr. Engelschall und Dr. Hastedt.
Geschworene: C. A. Bethge, J. H. Wulf, E. H. Ringel, J. F. Scheibler, H. W. B. Steinmann, J. F. J. Oetling, L. A. Kaiser, G. W. G. Güssefeld, Dr. phil. J. O. Kröhnke, A. E. A. Greve, Ch. Giner und E. Bandmann.
Verteidiger: Dr. Labowsky.
Staatsanwalt: Dr. Hoffmann.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wird verhandelt gegen den 1872 geborenen Schlosser August Ferdinand Reinhold Puepke, der des Sittenverbrechens, der tätlichen Beleidigung und Mißhandlung angeklagt ist. Der Angeklagte, der bisher noch nicht vorbestraft ist, gibt im wesentlichen die ihm zur Last gelegten Straftaten zu. Der Tatbestand ist folgender: Der in Borgfelde wohnende Angeklagte begegnete auf dem Wege zur Arbeitsstätte in Billwärder mehrmals einem Mädchen aus Schiffbeck, das in Barmbeck beschäftigt ist. Obwohl P. verheiratet ist, hat er schon einmal den Versuch gemacht, mit dem Mädchen anzubinden, das aber die Annäherungsversuche zurückwies. Am Morgen des 18. Februar 1903 traf er auf dem Hornerweg die Arbeiterin, der er den Weg versperrte. Als sie den Versuch machte, an ihm vorbeizukommen, warf er sie rücklings zu Boden und vergriff sich an ihr, wobei er sie mit dem einen Arm am Schreien verhindert haben soll. Als ihr dies schließlich doch gelang, ließ er von dem Mädchen ab und entfernte sich. Der große Reue an den Tag legende Angeklagte weiß nicht anzugeben, wie er zu den strafbaren Handlungen gekommen ist; als er des Mädchens ansichtig wurde, sei er seiner Sinne nicht mehr mächtig gewesen. Nach der Aussage des attackierten Mädchens soll der Angeklagte zunächst gesagt haben: „Endlich habe ich Dich!" Er behauptet dagegen, gesagt zu haben: „Da bist Du ja!" Nach kurzer Beweiserhebung beantragt der Staatsanwalt die Bejahung der auf gewaltsame Vornahme unzüchtiger Handlungen und tätliche Beleidigung gestellten Schuldfragen unter Annahme mildernder Umstände. Die Geschworenen bejahen die gestellten Schuldfragen bezüglich der beiden ersteren Delikte, verneinen dagegen die hinsichtlich der Mißhandlung gestellte Schuldfrage und bejahen die auf Zubilligung mildernder Umstände gestellten Nebenfragen. Der Staatsanwalt beantragt 18 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis, unter Anrechnung von 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft, und den beantragten Ehrverlust.

Landgericht.

19. April.

Strafkammer IV. **Vorsitzender:** Dir. Dr. Schultze.
Staatsanwalt: Dr. Knorr.

Eine feine Firma. Das Stellenvermittlungsbureau von A. Schmidt suchte im vorigen Jahr einen kautionsfähigen Boten, der eventuell Teilhaber der Firma werden sollte. Es meldete sich ein vor kurzem im Krankenhause verstorbener Drechsler Rix, der nach Sicherstellung einer Kaution von M. 400 gegen einen Wochenlohn von M. 15 nebst 4 pZt. vom Reingewinn als Bote angestellt wurde. Kurz darauf überredete Schmidt den R., als voller Teilhaber in seine Firma einzutreten, doch müsse er noch M. 400 Geschäftseinschuß leisten. Als Gegenleistung verpflichtete sich Sch., seinem Kompagnon wöchentlich M. 15 weiter zu zahlen und mit ihm monatlich abzurechnen. Es wurde darauf ein Kontrakt abgeschlossen, wonach Rix wöchentliche Abschlagszahlungen erhalten und am Geschäftsgewinn partizipieren sollte. Rix hat darauf noch M. 200 eingeschossen, doch hat Sch. ihm für die eingeschossenen M. 600 eine Bescheinigung über einen „Geschäftseinschuß" von M. 800 ausgestellt. R. erhielt keinen Pfennig Abschlagszahlung, weshalb er aus der Firma austrat und seinen Geschäftseinschuß zurück verlangte. Wegen dieser Manipulationen hat sich Schmidt wegen Betruges zu verantworten, zumal er dem Rix vorgespiegelt haben soll, er könnte bis M. 40 pro Tag verdienen. Rix hat bei seiner im Dezember im Krankenhause erfolgten kommissarischen Vernehmung behauptet, daß er keinen Geschäftseinschuß, sondern eine Kaution geleistet habe, die Sch. sicherstellen sollte. Der Angeklagte bestreitet dies und besteht auf seinem Kontrakt, wonach er erst am 27. August d. J. den „Geschäftseinschuß", den er für sich verbraucht hat, zurückzuzahlen brauche. Ein früher bei Schmidt beschäftigt gewesener Schreiber bemerkt, daß bei der ersten Verabredung zwischen Schmidt und Rix von der Stellung einer Kaution die Rede war. Dieser Zeuge hat seinen verdienten Lohn erst erhalten, als Rix den „Geschäftseinschuß" geleistet hatte. Der Staatsanwalt hält den Angeklagten für schuldig und bemerkt, daß der zweite Vertrag mit Rix nur geschlossen wurde, um den Verbrauch der zuerst gestellten Kaution zu verdecken. Die Handlungsweise qualifiziere sich nicht als Betrug, sondern als Unterschlagung. Er beantragt einen Monat Gefängnis. Der Angeklagte bittet um seine Freisprechung und verpflichtet sich, die Frau Rix schadlos zu halten. Der Angeklagte wird wegen **Betrugs** zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus den Schöffengerichten.

19. April.

Der große Unbekannte. Vor einigen Wochen bemerkte ein Schutzmann einen sich scheu umblickenden Mann, der ein Paket unter dem Arm trug. Da der Mann über die Herkunft des Pakets unklare Angaben machte, nahm ihn der Beamte mit zur Wache. In die Enge getrieben, gestand der Verdächtige, ein Schlosser, ein, das Paket, in dem sich Wurstwaren befanden, von einem unbekannten Schlachtergesellen geschenkt erhalten zu haben. Da er auch zugab, gewußt zu haben, daß die Fettigkeiten gestohlen waren, diktiert das Gericht ihm wegen Hehlerei 3 Tage Gefängnis zu.

Kaffeemarderei. Zwei Arbeiter haben ihrem Prinzipal wiederholt größere Partien Kaffee entwendet und teils verkauft, teils im eigenen Haushalt verwendet. Den groben Vertrauensbruch als straferschwerend in Berücksichtigung ziehend, werden die Angeklagten zu sechs Wochen und 3 Tagen bezw. 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Vereine und Versammlungen.

Kombinierte Versammlung der Mitglieder der drei Sozialdemokratischen Vereine bei Springborn am 15. April. Die Abrechnung über die Reichstagswahl 1903 der drei Sozialdemokratischen Vereine verliest Dubber. Diese verzeichnet eine Einnahme von M. 43 118,28. Davon haben der erste Wahlkreis M. 9661,63, der zweite M. 8672,73 und der dritte M. 18 428,87 aufgebracht; bei der Expedition des „Echo" gingen ein M. 6355,05. Die Ausgaben betrugen für Mecklenburg M. 1397,90, für Schleswig-Holstein M. 19 565,90, für Hannover M. 2811, für Oldenburg M. 61,45 und für die drei Hamburger Wahlkreise M. 14 642,61. Den Ueberschuß von M. 8068,27 beantragen die Vorstände, dem Parteivorstand in Berlin zu überweisen. Dieser Antrag sowie die Abrechnung werden angenommen. Ueber die diesjährige Maifeier referierte **Gruenwaldt**. Redner erläuterte in kurzen Ausführungen die Bedeutung der Maifeier und unterbreitet zum Schluß der Versammlung folgenden Vorschlag der Vorstände und des Gewerkschaftskartells: Da der 1. Mai in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt und die sonst notwendige Arbeitsversäumniß und erfolgende Aussperrung in Fortfall kommen, ist der Preis der Karte für Männer auf 50 ₰, und für Frauen auf 20 ₰ festzusetzen. Die Maizeitung wird gratis geliefert. Der Abmarsch des Demonstrationszuges soll um 1 Uhr von dem noch zu bestimmenden Aufstellungsplatz nach dem Mühlenkamp erfolgen; ferner soll, wie in den Vorjahren, ein Flugblatt zur Verbreitung gelangen. **Baumgarten** und Frau **Meyer** erklären sich gegen die Höhe des Kartenpreises; sie sind nur dafür, wenn der Ueberschuß wie sonst verwandt würde. Für die Gelder zur Erbauung eines Gewerkschaftshauses sollten die Gewerkschaften sorgen. **Hoffmann** beantragt im Auftrage des Vorstandes vom zweiten Hamburger Wahlkreise, über die Verwendung des Ueberschusses in einer späteren Versammlung zu beschließen. **Ohme** schlägt vor, den gleichen Preis für die Karten wie im Vorjahre zu erheben: 30 ₰ für die Männer und 10 ₰ für die Frauen. **Hilmer** wendet sich ebenfalls gegen den Vorschlag; die Maifeier solle keine hohen Ueberschüsse erzielen, sondern sie solle eine Demonstration sein, an der sich jeder Arbeiter beteiligen kann. Nachdem **Wagner** sich für den Vorschlag Ohmes erklärt hat, spricht **Hübner** für den Antrag der Vorstände; eine Einbuße an Arbeitslohn erfolge nicht, den Arbeitslosen würden, wie in anderen Jahren, die Karten unentgeltlich verabfolgt. **Röhl** bezweifelt, daß die Genossen im stande sind, den Preis der Karte zu zahlen. **Hense** verteidigt den Vorschlag. Die Vorredner haben es sich leicht gemacht. Gegen das Opfer, daß wir sonst am 1. Mai bringen müssen, sei der Preis der Karte nur gering. Ueber die Verwendung des Ueberschusses soll eine spätere Versammlung beschließen. Ohne Opfer komme die Arbeiterbewegung nicht vorwärts. **Neumann** ist mit dem Vorredner der Meinung, daß die 50 ₰ für die Karte kein großes Opfer sind. Ob aber die Maifeier das geeignete Objekt ist, um Ueberschüsse zu erzielen, bezweifelt er. Früher habe man von denen, die am 1. Mai gearbeitet haben, einen Teil oder den ganzen Tagelohn für die Gewerkschaft reklamiert. Seine Gewerkschaft sei nie dafür gewesen. Durch solchen Loskauf würde die Maifeier degradiert. An dem Maizuge würden doch nur organisierte Genossen teilnehmen. Sollte sich aber doch ein Unorganisierter beteiligen, dann sollte man ihn für die Gewerkschaft zu gewinnen suchen. Redner wünscht eine klare Erklärung, warum der Preis der Karte erhöht wurde. Wir werden die Maifeier ruinieren, wenn nicht ein ganz besonderer Grund für die Erhöhung spreche; er bittet, den Antrag Ohme anzunehmen. **Gimming** wendet sich gegen die fortwährende Erhöhung der Beiträge. Es gehe wie in der katholischen Kirche; dort würde einem der Klingelbeutel auch immer unter die Nase gehalten. **Gruenwaldt** geht in seinem Schlußwort auf die Ausführungen Neumanns ein. Die Frage des Gewerkschaftshauses scheide aus, weil darüber noch kein Beschluß gefaßt ist. Bis jetzt haben wir erst über Ueberschüsse bestimmt, wenn wir sie hatten. Die Angelegenheit sei gewaltig aufgebauscht worden. Auch sollte man nicht davon reden, daß eine Erhöhung des Kartenpreises Einfluß auf die Beteiligung habe; die Gewerkschaften hätten sich erst durch ihre hohen Beiträge und dadurch ermöglichte Leistungsfähigkeit so entwickeln können. Redner bittet, dem Antrage der Vorstände zuzustimmen. Hierauf beschließt die Versammlung, den Kartenpreis auf 50 ₰ für Männer und 20 ₰ für Frauen festzusetzen. Bei dem Antrag, den etwaigen Ueberschuß der Parteikasse zu überweisen, ist die Abstimmung zweifelhaft. Der Antrag des Vorstandes vom zweiten Wahlkreis, erst in einer späteren Versammlung über den Ueberschuß zu bestimmen, wird angenommen. Der Abmarsch des Demonstrationszuges soll um **1 Uhr** erfolgen. **Tomfelde** wünscht eine Beschränkung der Händler, und **Eyforn**, daß die Genossen sich am Tage vorher rasieren lassen. Dann folgt Schluß der sehr stark besuchten Versammlung.

Schneider, Altona. In der am 17. April stattgehabten Versammlung erstattete die Tarifkommission Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Diese sind leider resultatlos verlaufen, da unserseits der Beschluß vorlag, nicht unter die Klasse 4 des Tarifs herunterzugehen. Auch die Kommission der Arbeitgeber konnte sich nicht entschließen, der Versammlung am 18. April den Tarif, wie er vorliegt, zur Annahme zu empfehlen. Daraufhin wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „In den Geschäften, wo bis heute noch keine Anerkennung des Tarifs vorliegt, ist die Unterschrift am 18. April zu verlangen; bei Ablehnung wird sofort die Arbeit eingestellt." In der Diskussion wurde Klage geführt, daß trotz der Bewilligung des Tarifs eine richtige Entlohnung teilweise nicht stattfindet, und zwar bei folgenden Firmen: **Cohn u. Co., Tänzer, Steinberg u. Preußner.** Es wird den Kollegen zur Pflicht gemacht, die tarifmäßige Bezahlung zu verlangen. Wird dieselbe verweigert, ist sofort der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen. Diese wird die weiteren Schritte schon unternehmen. Auch sollen die Zutaten verlangt und Geld dafür verweigert werden. Ferner ist auf Einführung der Lohnbücher zu achten. Nachdem noch interne Angelegenheiten geregelt waren, erfolgte Schluß.

Malerarbeitsleute. In dem Bericht über unsere Generalversammlung am 12. April in Nr. 90 des „Hamburger Echo" ist dem Schriftführer ein Fehler unterlaufen. Es soll nicht heißen: Einnahme M. 118,40, Ausgabe M. 64,03, sondern: Einnahme M. 247,30, Ausgabe M. 154,89, Kassenbestand M. 92,41.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Achtung! Zementierer und Hülfsarbeiter!

Zur Berichtigung auf das Eingesandt in Nr. 91 des „H. E.", betreffend die Lohnbewegung der Einschaler, Flechter und Betonarbeiter, möge dem Genossen Hartwig folgendes dienen: Daß für Einschaler, Flechter und Betonarbeiter, sowie Maschinenführer eine Organisation, welche dem Zentralverband der Maurer angehört, besteht, ist mir nicht bekannt. Von einer Sektion der Zementierer weiß ich so viel, daß Hartwig im März v. J. in einer öffentlichen Versammlung, welche von uns bei Bohnsack einberufen worden war, anregte, Zementierer und Putzer der Maurerorganisation zuzuführen, während für die Hülfsarbeiter usw. die Bauarbeiterorganisation als passend empfohlen wurde. Ich habe schon damals erklärt, daß es besser sei, die ganzen Arbeiter der Monierbranche in einer Organisation zu vereinigen, weil bei etwaigen Lohnbewegungen immer eine Arbeit von der anderen abhänge. Genosse H. war ja damals anderer Meinung. Dann möchte ich hier feststellen — und das weiß auch Genosse H. aus dem schriftlichen Bericht, welchen ich ihm über die Lohnbewegung erstattet habe —, daß es sich bei den oben angeführten Arbeiten nicht einmal um eine neue Lohnforderung handelt, sondern daß die Sperren dadurch entstanden sind, daß man die Löhne von 50 ₰ auf 45 ₰ und auf dem Wandrahm sogar auf 40 ₰ pro Stunde reduziert hat, ferner, daß vier Einschaler, welche bei der Geschäftsführung vorstellig wurden, um den alten Lohn wieder zu erhalten, am Donnerstag Mittag kurzer Hand entlassen wurden. Einer anderen Deputation von Einschalern und Betonarbeitern wurden als Lohnzulage — Schläge mit der Schaufel von dem Herrn Geschäftsführer angeboten. Auf dem Wandrahm hatten bereits vier unorganisierte Einschaler am Freitag Morgen die Arbeiten eingestellt. Sollten wir unseren organisierten Kollegen zumuten, den Indifferenten in den Rücken zu fallen? Nein, Genosse H., das Maß war voll, so daß selbst alle Indifferenten die Arbeiten mit einstellten. Was die Zusendung des Lohntarifs vom 12. Januar d. J. anbelangt, diene zur Beruhigung, daß, bevor wir diesen Schritt unternahmen, wir uns an den Zentralverband der Bauarbeiter gewandt haben, mit uns gemeinsam zu beraten, aber eine ablehnende Antwort erhielten. Sollten wir uns zu den vielen erhaltenen Körben auch noch einen vom Zentralverband der Maurer holen? Ich glaube, es wäre besser, in ernsten Zeiten die lokalen Streitigkeiten ein bißchen hintanzusetzen. Wir sind zu jeder Zeit bereit, mit allen Organisationen in Lohn- und Arbeiterschutzfragen Hand in Hand zu arbeiten, und an Euch, Arbeitsbrüder Hamburgs, liegt es, daß auch die Arbeiter der Weltfirma der Berliner Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbauten den Sieg erringen werden, indem sie den Ausständigen ihre Sympathie zuwenden.

Die Lohnkommission.
J. A.: **Fr. Lüth.**

Ein Fingerzeig für die hiesigen Schlachtergesellen.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sich hinsetzen und in Mußestunden Sprechsaalartikel schreiben; doch kann ich nicht umhin, Folgendes der Oeffentlichkeit zu unterbreiten: Bei der hiesigen Weltfirma Schaub & Co., Pinnasberg, arbeitet unter den etwa 300 dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ein im Alter von 60 Jahren stehender Gr. bereits 20 Jahre. Da er nun, was ja selbstverständlich, bereits ein wenig an körperlicher Leistungsfähigkeit zurückgegangen ist und infolgedessen, was noch viel verständlicher ist, nicht mehr die Arbeiten verrichten kann, wie eine junge Arbeitskraft, sah sich der Herr Geschäftsführer, nebenbei bemerkt Mitinhaber dieser Firma, veranlaßt, den Gr. durch ein Schriftstück in Kenntnis zu setzen, daß er von nun an nicht mehr seinen Posten als Vize in der Darmabteilung für sich in Anspruch nehmen könne, sondern er müsse sich mit der Arbeit in der Knochenabteilung befassen. Was diese Arbeit anbetrifft, so kann ich sie für eine tatsächliche Knochenarbeit erklären. In genanntem Schreiben ist am Schlusse bemerkt, daß, wenn Gr. der Meinung sei, diese Arbeit nicht verrichten zu können, so wisse er ja, welches „Recht" ihm zustände. Kurz: Der Mohr hat seine Pflicht getan, er kann gehen! Leider hat sich die größere Zahl der Schaubschen Arbeiter und Arbeiterinnen noch nicht unserer Organisation angeschlossen. Wäre solches der Fall, dann könnte man Herrn L. etwas anderes zeigen. Schon bei der „Strafversetzung" unseres seinerzeitigen Schriftführers Grobe nach Dänemark hätten wir gerne dem „Volksfreund" die — Zähne gezeigt. Wollen wir Sorge tragen, daß solche Behandlungsweise aus der Welt geschafft wird, gibt es für uns nur einen Weg: Hinein in den Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands! Auch nehmen wir laut Beschluß unseres Verbandstages weibliche Mitglieder auf. Also, Kollegen, agitiert unter Mann und Frau, und sorgt dafür, daß wir in Bälde die meisten auf unserer Seite haben; und dann heißt es: Auf zum Kampf für Freiheit, Wahrheit und Recht!

Jonny Gärtner,
Vorsitzender
der Ortsverwaltung Hamburg.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.
(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 19. April, Vormittags.

Angekommen am 19. April.	Kapt.	Von
V. 3,30 Portimao (D.)	Niemann	Lissabon
6,20 Nyassa (D.)	Baker	Buenos Aires

Von hier auf: 8 Uhr 15 Min. Dampfer Nyassa. — Ferner auf: 9 Uhr Kuff Grietje Dories. — 9 Uhr 40 Min. nichts in Sicht.

In See gegangen am 19. April.	Nach
V. 5,35 Saturn (Schl.)	Bremerhaven
„ Nr. 104 u. 83 (Kähne)	do.
„ Hammonia (Schl.)	—
„ Anna (Leicht.)	—
5,50 Stella (D.)	—
„ Leicester (D.)	Grimsby
6, 5 Helgoland (Schl.)	Bremen
„ K und H (Kähne)	do.
6,10 Shamrock (D.)	Newcastle

Wind: Ost, mäßig. Wetter: heiter. — Barometer: 769,5. Thermometer: + 10° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

19. April.	Kapt.	Von
V. 5,30 Norderney (Schl.)	Lünstedt	Holtenau
„ D. F. D. S. 7 (Leicht.)	Lind	Kopenhagen
„ D. F. D. S. 9 (Leicht.)	Jensen	do.

Helgoland meldet: Wind: Ost, schwach. Wetter: heiter. See: leicht bewegt.

Cuxhaven, 19. April, Nachmittags.

Angekommen am 19. April.	**Kapt.**	**Von**
V. 11,30 Kong Ragnar (D.)	Anonsen	Christiania
„ Gadus (F.-D.)	Molkenbuhr	d. Nordsee
11,40 Licata (D.)	Kröger	Neapel
„ Scalpa (D.)	Moir	Leith
11,50 Fiducia (D.)	—	—
„ Ino (D.)	Marshall	Gloucester
„ Viotia (D.)	—	Braila
N. 12,35 Alauda (d. Schiff)	Bohmfalk	Shields
1,25 Margarethe (Schl.)	—	—
„ Speculant (Leichter)	Obermann	—
„ Commandant	Behrens	—
2,10 Madaleine (franz.Vm.-Vk.)	Ohia	Iquique
2,45 Parran (D.)	—	West-Afrika
3, 5 Gemma (D.)	Petersen	London
3,40 Elsie (D.)	Böse	—

Von hier auf: 11 Uhr Schlepper Olga mit Leichter Jahn; 11 Uhr Schlepper Centaur; 1 Uhr Dampfer Viotia. — Ferner auf: 1 Uhr Fischerfahrzeuge H. F. 196, 203, 333, 205, 206, C. 78; 1 Uhr 30 Min. H. F. 65, 143, 245, 175, 180, 56 und 25. Alauda wurde durch Gebr. Wrede bugsiert. Madaleine wurde durch Tell und franz. Schlepper Calaisien bis hier und durch Tell und Goliath aufbugsiert; Calaisien kam in den Hafen. — 3 Uhr 40 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 19. April.	Nach
V. 11,15 Braunschweig (F.-D.)	d. Nordsee
11,20 Ashbrooke (D.)	Newcastle
„ Norderney (D.)	Manchester
11,30 City of Brussels (D.)	—
„ Silvana (D.)	Helgoland
N. 12,35 Cap Ortegal (P.-D.)	d. Nordsee
11,40 Fiducia (d. Scho.)	England
12,55 David Morris (engl. Scho.)	do.
„ Henderika (d. Scho.)	do.
2,— Lilly (F.-D.)	d. Nordsee
2,15 Komet (D.)	—
2,35 Poseidon (F.-D.)	d. Nordsee
2,50 Diana (D.)	—
3,40 Diana (F.-D.)	d. Nordsee
„ Factor (D.)	Newcastle

Abwärts gekommen: Schlepper Bruno mit den Leichtern Cäcilie und Hermann.

Wind: Ost, frisch. Wetter: heiter. — Barometer: 769. Thermometer: + 15° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

19. April.	Kapt.	Von
V. 7,45 Catharina (d. Segl.)	Meyer	Kiel
„ Magecia (d. Segler)	Tiedemann	do.
8,25 Nadir (d. Segler)	Röndigs	do.
„ Schwalbe (d. Segler)	Voth	Odense
9,15 Stockholm (D.)	Hitzwebel	Norrköping
9,25 Johannes (d. Segler)	Anders	Kolding
„ Gustav Adolf (d. Segl.)	Reßler	Karlskrona
„ Pietronella (holl. Segl.)	de Boer	Kastrup

Helgoland meldet: Wind: Ost, frisch. Wetter: heiter. See: mäßig bewegt.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Palatia, Magin, von Genua nach New-York, ist am 18. d. von Neapel weitergegangen. — **Betyania**, Ruß, ist am 18. d. von New-York nach Boston und Baltimore weitergegangen. — **Schwarzburg**, Bachmann, ist am 17. d. von Philadelphia nach Hamburg abgegangen. — **Arcadia**, Mieggersee, ist am 18. d. in Philadelphia angekommen. — **Hellas**, Rohde, ist am 17. d. in St. Thomas angekommen. — **Ithaka**, Eckhorn, ist am 18. d. in Colon angekommen. — **Ascania**, Wünnenberg, nach Westindien, nach Westindien, ist am 18. d. in St. Thomas angekommen. — **Valesia**, Lübcke, nach dem La Plata, ist am 17. d. in Antwerpen angekommen. — **Dacia**, Rörden, ist am 18. d. von Rosario nach Buenos Aires weitergegangen. — **Nassovia**, Cantieny, ist am 17. d. von Bahia Blanca weitergegangen. — **Numidia**, Nissen, ist am 18. d. von San Francisco weitergegangen. — **Hamburg**, Burmeister, von Ostasien, ist am 17. d. von Singapore weitergegangen. — **Armenia**, Forst, ist am 17. d. in Hongkong angekommen. — **Königsberg**, Mayer, von Ostasien, ist am 18. d. Perim passiert. — **Ambria**, Porzelius, nach Ostasien, ist am 18. d. Gibraltar passiert. — **Maceio**, Ohlerich, ist ausgehend am 18. d. von Havre nach Leixoes weitergegangen. — **Osiris**, Woegens, ist ausgehend am 18. d. in Valparaiso eingetroffen. — **Totmes**, Köhler, hat am 18. d. die Reise von Genua nach der Westküste Südamerikas fortgesetzt. — **Alexandra Woermann**, Triebe, ist auf der Ausreise am 18. d. in Las Palmas eingetroffen. — **Henriette Woermann**, Deppen, ist auf der Ausreise am 16. d. in Duala eingetroffen. — **Otto Woermann**, Michelsen, ist auf der Ausreise am 18. d. in Zighinchor eingetroffen. — **Hedwig Woermann**, Campen, ist auf der Heimreise am 19. d. Dover passiert. — **Safari**, v. Pettersson, ist am 18. d. von Dar-es-Salaam abgegangen. — **Duisburg**, Maier, ist auf der Heimreise am 18. d. in Cochin angekommen. — **Apolda**, Orgel, ist auf der Ausreise am 18. d. in Brisbane angekommen. — **Enos**, Wilkens, war am 17. d. in Malta und setzte am 18. d. die Reise nach Piraeus fort. — **Kypros**, Freimann, ist am 18. d. in Algier angekommen. — **Pyrgos**, Boysen, nach Taganrog, ist am 18. d. Kertch passiert. — **Argos**, Mahnke, ist am 18. d. von Algier nach Hamburg weitergegangen. — **Leros**, Westphal, ist am 18. d. von Jaffa nach Tripoli i./Syrien weitergegangen. — **Volos**,

Krohn, ist am 18. d. von Konstantinopel nach Bourgas weitergegangen. — **Wellgunde**, Kuhlmann, ist am 18. d. von Salonik nach Malta weitergegangen. — **Seriphos**, Schultz, ist am 18. d. in New-York angekommen. — **Byzanz**, Röser, ist am 17. d. von Djidjelli abgegangen. — **Bagdad**, Matz, ist am 17. d. in Newcastle angekommen. — **Lusitania**, Holst, ist am 18. d. von Cuxhaven abgegangen. — **Pergamon**, Weichbrodt, ist am 17. d. in Barletta angekommen. — **Phoebus**, Schierhorst, nach Hamburg, ist am 19. d. Scilly passiert. — **Gut Heil**, Schröder, ist am 17. d. in Philadelphia angekommen. — **Diamant**, Lotze, ist am 17. d. in New-York angekommen. — **Deutschland**, Dalldorf, ist am 19. d. von Shields nach New-York abgegangen. — **Hermann Menzell**, Paysen, ist am 16. d. von Cardiff nach Las Palmas abgegangen. — **Mara Kolb**, W. Rosendahl, ist am 16. d. von New-York nach Pensacola abgegangen. — **Adelheid Menzell**, Schütt, ist am 17. d. Las Palmas passiert. — **Carl Menzell**, Janssen, ist am 18. d. in Tsingtau angekommen. — **Hohenzollern**, Wettin, auf der Vergnügungsreise, ist am 18. d. in Villa Franca angekommen. **Marburg**, Stern, nach Ostasien bestimmt, ist am 18. d. in Tsingtau angekommen. — **Chemnitz**, Jantzen, von Baltimore kommend, ist am 18. d. Scilly passiert. — **Stuttgart**, Könemann, nach Australien bestimmt, ist am 18. d. in Sydney angekommen. — **Liebenfels**, Breitung, ist am 18. d. von Port Said nach Hamburg abgegangen. — **Tannenfels**, v. Thülen, ist am 18. d. in Madras angekommen. — **Zieten**, Wilhelmi, hat am 18. d. die Reise von Antwerpen nach Southampton fortgesetzt. — **Wittenberg**, Urban, ist am 18. d. von Lissabon nach Rotterdam weitergegangen. — **Kaiser Wilhelm II.**, Högemann, von New-York kommend, ist am 18. d. in Cherbourg angekommen und hat am selben Tage die Reise nach Bremen fortgesetzt. — **Stahleck**, Beyersdorff, ist am 18. d. in Lissabon angekommen. — **König Albert**, Polack, von New-York kommend, ist am 18. d. Ponta Delgada passiert. — **Sachsen**, Pesch, hat am 18. d. die Reise von Port Said nach Suez fortgesetzt.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Franz Carl Johann Wilde mit Olga Maria Jenssen. — Friedrich Wilhelm Schneider mit Ida Klara Siegel. — Johann Ruis mit Anna Rasset. — Adolf Gerstenberg mit Johanna Luise Eggert. — Hermann Friedrich Kruse mit Anna Friedrike Wilhelmine Auguste Bunge. — Carl Gustav Daniel Riedel mit Amanda Clara Framhein. — Julius Friedrich Simon Spiegel mit Sophia Catharina Elisabeth Meyer, geb. Mirow. — Gustav Paul Lückert mit Frieda Margaretha Stümer. — Andreas Back mit Martha Alwine Evers. — Wilhelm Hermann Emil Louis Blohm mit Caroline Christen.

Standesamt Nr. 2.

Johann Gerhard Friedrichs mit Martha Wilhelmine Alexandrine Fischer. — Fritz Schlemminger mit Hermine Margareta Anna Gahde. — Carl Wilhelm Georg Willig mit Ida Sophia Karolina Ebeling. — Wilhelm Friedrich Fröhlich mit Frieda Johanna Caroline Nebuhr. — August Wilhelm Oscar Müller mit Luise Maria Dorothea, geb. Stier, verw. Plate. — John Theodor Emil Tornquist mit Caroline Ida Stocks. — Joachim Carl Georg Willi Rieke mit Caroline Luise Johanne Eggers. — Bernhard Theodor Friedrich Weiss mit Anna Bertha Antonie Rank.

Standesamt Nr. 3.

Alexander Heinrich Wilhelm Louis Wülfken mit Martha Henriette Ploß. — Klaus Karl Heinrich Schmidt mit Franken Katharina Margareta Carstens. — Friedrich Wilhelm Schulz mit Emilie Emma Dorothea Vollmer. — Johannes Hans Joachim Heinrich Köhler mit Anna Friederike Caroline Schoof.

Standesamt Nr. 20.

Konrad Franz mit Antonie Helene Emmi Hansen. — Paul Wilhelm Herzig mit Frieda Caroline Mathilde Odenthal. — Hugo Sakraida (Sakreida) mit Agnes Pallien. — Ernst Werner Hubert Beismann mit Anna Maria Christine Feldmann. — Paul Bernhard Karl Meyer mit Elisabeth Clasen. — Heinrich Friedrich Meinecke mit Maria Minna Friederike Hesse. — Walter Gustav Baupel mit Berta Friederike Emma Dege. — Peter Hinrich Meyer mit Margareta Peters. — Karl Gustav Christian Kokartis mit Claudine Wilhelmine Magdalena Sinn. — Christoph Heinrich Matthias mit Auguste Luise Karoline Dorothea Starck. — Johann Klaus Kammann mit Anna Sophie Louise Schroeder. — Adolph Heinrich Kellers mit Margaretha Jennebach.

Hamburg, den 18. April 1904.

Standesamt Nr. 21.

Johannes Nicolaus Soltau mit Louise Helene Asmus. — Wilhelm Nielsen mit Frieda Marie Wilhelmine Hinzmann.

Hamburg, den 16. April 1904.

Standesamt Nr. 21a.

Wilhelm Joachim Hinrich Behnke mit Dorothea Magdalena Christine Heilmann. — Otto Albert Friedrich mit Charlotte Henriette Caroline Marie Runge. — Carl Eugen Schüßler mit Franzisca Adeline Leipnitz. — Karl Friedrich Christian Hagen mit Katharina Johanna, verw. Kedenburg, geb. Lühmann.

Hamburg, den 17. April 1904.

Standesamt Nr. 22.

Friedrich Wilhelm Franz Roeder mit Berta Louise Friederike Schweissthelm. — Ernst Robert Gotthold Glauer mit Mary Anne Jacobine Jobmann. — Johann Heinrich Carl Möller mit Anna Catharina Elise Ahlgrimm.

Hamburg, den 16. April 1904.

Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Mittwoch, den 20. April, Abends 8½ Uhr: **Kartell**, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Freidenker**, bei Pfeffer, Rosenstr. 40. — **Sozialdemokratischer Verein für Schiffbeck**, bei Bocke. — **Kohlenarbeiter**, bei Horn, Hohe Bleichen 30. — **Fabrikarbeiter, Rotenburgsort**, bei v. Eitzen, Reginenstr. 137. — **Schiffszimmerer, Veddel**, im „Veddeler Hof". — **Arbeiter-Abstinentenbund**, bei Roseberg, Feßlerstraße 16, Barmbeck. — **Zimmerer, Altona-Ottensen**, bei Osterhof, Langestraße 50. — **Distrikt Bergedorf**, bei W. Stille. — Abends 9 Uhr: **Schuhmacher, Barmbeck**, bei Michel, Hamburgerstr. 161.

Donnerstag, den 21. April, Abends 8½ Uhr: **Holzarbeiter, St. Georg**, bei Stephan, Rostockerstr. 9. — **Distrikt Veddel**, im „Veddeler Hof". — **Ewerführer**, bei Vorwohle, Neustädterstr. — **Fabrikarbeiter, Eimsbüttel**, bei Struck, Fruchtallee 70. — **Seeleute**, bei Friedemann, Silbersackstraße 16. — Abends 9 Uhr: **Oeffentliche Versammlung der Bildhauer**, bei Hüttmann, Poolstr. 21.

Freitag, den 22. April, Abends 8½ Uhr: **Gewerbegerichtsbeisitzer**, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Holzarbeiter**, bei Springborn, Valentinskamp. — Abends 9 Uhr: **Musiker**, bei Stange, Zeughausmarkt 31.

Sonnabend, den 23. April, Abends 8½ Uhr: **Buchbinder**, bei Bornhöft, Kl. Rosenstr. 16, K. — Abends 9 Uhr: **Gärtner, Barmbeck-Uhlenhorst**, bei Passon, Beim Schützenhof 4. — **Oeffentliche Versammlung der Gärtner und Gartenarbeiter von Osdorf-Groß-Flottbeck**, bei Ramcke, Groß-Flottbeck.

Sonntag, den 24. April, Nachmittags 2 Uhr: **„Vorwärts", Produktivgenossenschaft d. Bäckerei-Arbeiter**, bei Appelhof, Schwabenstraße. — **Schiffszimmerer, Zahlstellen Hamburg, Veddel und Reiherstieg**, bei Springborn, Valentinskamp.

Krankenkassen:

Sonntag, den 24. April, Nachmittags 3½ Uhr: **Sterbekasse „Die brüderliche Einigkeit" in Barmbeck**, bei Schütt, Vogelweide 19.

Anzeigen.

Modern. Photogr.-Atelier Otto Jordan,
Uhlenhorst, Schillerstraße 39, Ecke Herderstraße. Fernspr. III, 4264.
Visitk.-Format Dtz. M. 2,50, Kabinett M. 5,—.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und meines Sohnes treu sorgender Vater, der Maurer **Wilh. Mohrmann**, plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Tief betrauert von seiner Frau **Wilhelmine Mohrmann**, geb. **Schultz**, nebst Sohn.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 21. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause, Eppendorf, aus statt.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Hamburg und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß der Kollege

Wilh. Mohrmann,

wohnhaft Osterstr. 101, Hs. 3, I., Eimsbüttel, am Montag, den 18. d. M., an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus statt.

Um recht rege Beteiligung ersucht

Der geschäftsführende Ausschuß.

Sozialdemokratischer Verein für den 3. Hamb. Wahlkreis.
Distrikt Harvestehude.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 18. April, starb nach längerem Lungenleiden unser Mitglied, der Maurer

Wilhelm Mohrmann

im Alter von 44 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. April, Nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Distriktsverwaltung.

Sparklub „Vorwärts" v. 1890.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Ehrenmitglied

Christian Bockwoldt

am Sonntag, den 17. April, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Mittwoch, den 20. April, 2 Uhr, vom Allgem. Krankenh. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein für Altona.

Todes-Anzeige.

Hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Franz Bergmann

am Montag, den 18. d. M., gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. April, Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Gr. Freiheit 50, II., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Wandsbeck.

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Kollege

C. Schubert

nach längerer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. April, Nachm. 3 Uhr präzise, vom Sterbehause, Mittelstraße 4, aus statt.

Um rege Beteiligung ersuchen

Die Bevollmächtigten.

Vereinigung der Gasröhrenarbeiter zu Hamburg v. 1887.

Todes-Anzeige.

Am Sonnabend, d. 16. April, verstarb nach längerer Krankheit uns. lieber Kamerad

Carl Bohnenstengel.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Nach langem, schwerem Leiden starb meine liebe Frau

Sophie Pannier, geb. Kuhle.

Tief betrauert von ihren Kindern, Schwiegersohn und dem betrübten Gatten

Franz Pannier.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. April, Nachmittags 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhause aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspende beim Dahinscheiden unseres unvergeßlichen lieben Söhnchens sprechen wir allen Freunden und Bekannten nebst Kollegen unseren tiefgefühltesten Dank aus.

E. Schubert u. Frau.

Frauenarzt Dr. Seeligmann
von der Reise zurück.

Arbeitsmarkt.

Erstes und ältestes Nachweisungs-Kontor, gegr. 1822,
sucht absolut kostenfrei Ober-, perf. f. b. und bürgerl. Köchinnen, perf. Kammerjungfern, gew. Näh- und Hauskleinmädchen, Alleinmädchen mit und ohne Kochen, Trockenammen und Kinderfrauen.
Stellenvermittler **Hermann Feldner,**
C. Lüthge Nflg., Georgsplatz 8.

Gesucht zum 1. Mai ein ordentliches Mädchen bei gutem Lohn. Hegestr. 21.

Ordentliche Frauen
zum Zeitungenaustragen per sofort gesucht. Zu melden Brodschrangen 19/21, Zeitungs-Expedition.

Hoher Nebenverdienst!
Gesucht sofort einige Herren, w. d. Vertrieb hocheleg. Neuh. übernehmen. Vertr. eig. f. für jedermann. Kein Risiko. Prosp. grat. u. franko.
Herm. Wolf,
Zwickau i. Sa., Reichsstr. 44.

Oldenburg i. Gr. Gesucht ein solider und tüchtiger älterer Geselle auf dauernde Arbeit. Wochenlohn M. 24 bis M. 28.
Heinr. de Vries, Hof-Glaser.

Korbmachergesellen auf Rohrflaschenkörbe ges. **Otto Hellmann, Ottensen.**

Gesucht tüchtige Kistenmacher und Kreissägenschneider.
Sociedad Vinicola, Steinwärder.

Ausputzer
gesucht. Reflektiert wird nur auf e. kräftigen, soliden Mann. **Herm. Eckelmann**, Altona.

Helles Logis f. Schuhm. Paulstr. 16, K., Altona.

Ges. e. Schuhm., feine Herren- u. Damenarb. u. e. Mittelarb. Dauernde Beschäft. Rosenstr. 36, II.

Tüchtige Stepperin sofort gesucht. Lederhandlung, Rutschbahn 5.

Tücht. Rockschneider
sof. gesucht. **Henry Isaacs & Co.**, Altona, Kl. Elbstr. 10/14.

Rockschneider gesucht Bahrenfelderstr. 71, Ottensen.

Gesucht mehr. tücht. Rockarbeiter. **Krumbein & Detlefs**, Große Bäckerstraße 16.

Hell. Pl. f. e. Westenschn. Neuer Steinweg 82, 3.

Rockschneider außer dem Hause sucht **Wortmann**, Pferdemarkt 30.

Schneid. f. hell. Fensterpl. erh. Gr. Burstah 13, 3.

Ges. e. **Schneider** auf **alles**. Niedernstr. 80, 4.

Ges. **Rockarbeiter**. Görttwiete 22. **Brümmer.**

Gesucht ein tüchtiger Schneidergeselle für Hosen und Westen. **J. D. Maass**, Poolstr. 6, III.

Für eine größere Zigarrenfabrik in Süd-Finland (Helsingfors) werden gesucht: 10 tüchtige solide Zigarrenarbeiter auf Hand, Preis M. 13—20. Abreise am 23. oder 30. d. M. Reisevergütung nicht ausgeschlossen.
Näheres Blumenstr. 55, 1. l., Altona.

Ges. Z.-A. a. H. M. 17,50. Hospitalstr. 85, Lofft.

Ges. Zig.-Arb. M. 15. **A. Meyer**, Tonndorf-Lohe.

Ein Knabe, der Ostern die Schule verlassen, w. d. Zigarrenmachen z. erl. Stellingerweg 20, K.

Gesucht Arbeitsbursche von 18 Jahren. **C. Holst**, Friedensallee 20, Hth., Ott.

Schlosserlehrling g. Verg. Rothenb. 63.

Hamburg.

Z.-A. a. H. 12,75. Victoriastr. 22, 3., Hammerbr.

Ges. Z.-A. a. Hd. M. 17,25. Wiesenstr. 23, 3. l.

Altona.

Ges. Z.-A. a. Pennal Eiform M. 18. Gustavstr. 27, 4.

Z.-A. a. H. Sum. 13,50. Schauenburgerstr. 127, 3. l.

Z.-A. a. Pen. M. 18, Zur. T 12 Ş. Victoriastr. 46, 1. l.

Ges. Z.-A. a. H. 13,50 u. 12,75. Wielandstr. 19, 3. r.

Gs. Zurichter a. ½ T. M. 6. Oelkersallee 36, 2. l.

Blattzurichterin ½ T. M. 6. Sommerhuderstr. 23, 1. r.

Ottensen.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. M. 15,75. Arnoldstr. 25, pt. l.

Ges. Z.-A. a. Hd. M. 14,50. Bahrenfelderstr. 66, 1. r.

Gs. Z.-A. a. H. kl. Sm M. 12. Bahrenfelderstr. 192, 2.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 16,75. 1. Bornstr. 49, 2.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 16. 1. Bornstr. 51, Hochpt. r.

Ges. Zig.-Arb. a. F. M. 10. Hoheneſch 20, 2 Mitte.

Ges. Zig.-Arb. a. Penn. M. 14,25. Klausstr. 31, 1.

Ges. Zig.-Arb. kl. Schr. M. 15,75. Roonstr. 17, 3. r.

G. Zig.-Arb. schr. Sum. M. 14. Rothestr. 99, 3. r.

Ges. Zig.-Arb. Penn. M. 17,50. Rothestr. 99, 3. l.

Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 15. Schulstr. 13, 1. l.

Wo
gibt es immer eine gute Tasse Kaffee?
Dort, wo man
Linde's Kaffee-Essenz
regelmäßig verwendet.

Lebens-Versicherung. — Unfall-Versicherung. — Haftpflicht-Versicherung. — Volks-Versicherung.

VICTORIA zu BERLIN.
Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde Mark.
Gesamt-Vermögen: über 400 Millionen Mark.
Gewinn-Reserven für die Versicherten 66 039 335 Mark.
Prämien- u. Zinsen-Einnahme in 1902: 85 823 033 Mark.
Die „Victoria" ist die grösste Deutsche Versicherungs-Gesellschaft, sie hat die praktischsten Versicherungsformen und die liberalsten Bedingungen.
Pro 1902 erhalten die Versicherten 16 876 995 Mark Ueberschuss als Dividende.

Nähmaschinen kauft man am besten bei **Leifermann**, Stadthausbrücke 19. Schulterblatt 102.

Roh-Tabak. Große Auswahl. Billige Preise. **Ad. Hinsch**, Altona, Reichenstr. 18.

Arzneien für Krankenkassen Hamburg-Altonas liefert **Löwen-Apotheke**, Altona, Gr. Prinzenstraße 7.

Roh-Tabak-Lager. **Emil Bente**, Kl. Bergstr. 47, Alt.

Roh-Tabak-Haus!!!
St. Pauli, Lincolnstr. 3.
Neue Partie
32 Kist. Connect. Seedleaf ℔ 100-130 ₰
12 Pack. Sumatra hell 2. Länge ℔ 280 ₰
Adolf Graefe.

Zahn-Atelier
Richard Geilich, Admiralitätstr. 9/10.
Teilzahlung gestattet. Woche M. 1. Mittwoch u. Sonntag, Vrm. 8—10 Uhr, Zahnziehen unentgeltlich.

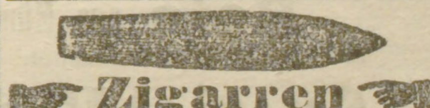
Roh-Tabak-Lager.
Steinstraße 89, Passage.
Sumatra-Decke ℔ 230, weißer Brand, deckt 1⅜ ℔.
Sumatra ℔ 105, 110, 115, 120, 125, 160, 175.
Java ℔ 105 an.
St. Felix-Brasil 90, 105, 110, 115, 125.
Seedleaf 90, 100, 110, 115. Decke 130.
Carmen ℔ 90 an. Domingo 100.
Yara-Kuba 160. Märker 80.
Geschnittene Einlage 70—80.
Geöffnet von Morgens 9 bis Abends 9 Uhr.
C. A. Simon.

Germania-Klinik.

Untersuchen d. Mund. u. d. Zähne	gratis
Zahnziehen	gratis
mit Zahnfleischbetäubung	1 M.
Füllen hohler Zähne	1 M.
Künstliche Zähne	1,50 M.
ohne Gaumen	3 M.
Zähnereinigung und Reparatur	1 M.

Mühlenstr. 8, prt. Geöffn. v. 9-7 U. Abds.

Hansa-Institut,
Messberg 5, I., geöffn. Mg. 7—9 Uhr Abds.
Untersuch. des Mund. u. d. Zähne . gratis
Zahnziehen . gratis
Für künstliche Zähne, Nervtöten, Plomb., Repar. und Reinigen, Zahnziehen mit Zahnfleischbetäubung, **mässige Preise.** Verzeichnis im Wartezimmer.



Zigarren für Wiederverkäufer.
1000 Stück M. 20, 22, 24, 26, 28, gerade, spitze und schräge Fassons, schöne Farben.
Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.

Zu verm. ein Laden mit Wohnung, enthaltend 3 Zimmer, Küche u. großen Keller. Passend für Schlachter-, Grünwaren- und Fettwarengeschäft. Preis M. 600.
Barmbeck, Dehnhaide 129.

Zu verm. **Wohnungen, 2 gr. Zimmer und Küche, von M. 270 an per sofort oder 1. Mai. Rehmstr. 12, I., Winterhude.**

Kl. Wohnung sofort zu verm., Woche M. 3,50. Wandsbecker Chaussee 240, Hths. 1.

Bill. z. verk.: e. 1schl. Bttst. m. Mt., e. kl. Salont., e. Lustk., e. wbl. Urinfl. u. 2 Rohrst. Näh. Mittags v. 12—1, o. Abds. v. 6—8 Uhr. Am Sood 1, p. r.

Frau Siggelkow,
St. Georg, Langereihe 5, II.
Sprechzeit: 9—12 Uhr,
St. Pauli, Reeperbahn 39, I.
Sprechzeit: 4—7 Uhr.
Elektrische Massage-Behandlung für Frauenkrankheiten nach 20jähr. Erfahr.

Büsing & Zeyn
Gr. Burstah 35, 37, 39, 41 und Kl. Burstah 1 und 3.
In unseren Ateliers zur Anfertigung
nach Masz,
die unter Leitung erstklassiger Zuschneider stehen, kommen nur prima Qualitäten in deutschen und englischen Stoffen zur Verwendung. Für besten Sitz und vornehmste Ausführung übernehmen wir jede Garantie.
Muster stehen auf Wunsch zu Diensten. Billigste Preise. Pa. Referenzen.
Spezial-Abteilung in Livreen für jede Dienerschaft.
Herren-Anzüge
14,75 18,50 23,50 26,50 29,50
Herren-Paletots
14,75 18,75 22,50 26,50 29,75
● Eleganter Sitz. — Rosshaar-Verarbeitung. ●

Achtung! Bäckerstreik in Lübeck!

Die organisierten Bäckereiarbeiter in Lübeck stehen im Streik. Das dortige Gewerkschaftskartell hat beschlossen, die streikenden Bäcker in ihrem Kampfe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die beiden Lübecker Brotfabriken, Junge und Petersen, welche sehr viel Brot nach Hamburg, Altona und Wandsbeck liefern, haben sich noch nicht veranlaßt gesehen, die bescheidenen Forderungen der Bäckereiarbeiter zu bewilligen.

Wir ersuchen das brotkonsumierende Publikum, uns in diesem Kampfe zu unterstützen.

Der Vorstand des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.
J. A.: **O. Allmann**, Vorsitzender.

Achtung! Achtung!

Einschaler, Flechter, Spanner und Betonarbeiter.

Wegen Lohnreduzierung sind über folgende Bauten der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau, Filiale Hamburg, Gerhofstraße 32, die Sperren verhängt:

1. **Ecke Graskeller und Rödingsmarkt 80.**
2. **Rödingsmarkt.**
3. **Wandrahm.**
4. **Jenischstraße (Kühlhaus).**
5. **Am Klostertor (Postgebäude).**

Die Kollegen werden ersucht, dort nicht in Arbeit zu treten.

Die Lohnkommission der Erd-, Zimmerer- und Abbruchsarbeiter von Hamburg, Altona, Wandsbeck.

Schneiderverband Hamburg.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 20. April 1904, Abends 9 Uhr, bei Vorwohle, Neustädterstraße.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über unsere Tarifbewegung. 2. Maifeier.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Hamburg-Altona.

Donnerstag, den 21. April, Abends 9 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

der Bildhauer aller Branchen

bei Hüttmann, Poolstr. 21. — Referent: Kollege Paul Dupont, Berlin.

Das Erscheinen aller Bildhauer ist erwünscht.

Der Vorstand.
J. A.: **Ad. Fritze.**

Achtung, Steinsetzer!

Zuzug nach Bergedorf ist fernzuhalten, da die Steinsetzer und Berufsgenossen bei der Firma Jans wegen Lohndifferenzen in Ausstand getreten sind.

Vorstand der Steinsetzer u. Berufsgenossen Bergedorfs.

Seemannsverband in Deutschland.
Mitgliedschaft Hamburg.
Donnerstag, 21. April, Abds. 8½ Uhr:
Generalversammlung
im Lokale des Herrn **O. Friedemann**, Silbersackstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom ersten Quartal 1904.
2. Vorstandsbericht vom ersten Quartal 1904.
3. Kartellbericht und Wahl der Delegierten.
4. Verschiedenes. **Der Vorstand.**
Mitgliedsbuch muß am Eingang vorgezeigt werden.

Verband der Schiffszimmerer Deutschlands.
Kombinierte Mitgliederversammlung
der drei Zahlstellen
Hamburg, Veddel und Reiherstieg
am Sonntag, den 24. April, Nachmittags 2 Uhr,
im Lokale des Herrn Springborn, Valentinskamp 40/42.
Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Zusammenkunft mit den Arbeitgebern. 2. Maifeier. 3. Kartellbericht. 4. Abrechnung. 5. Arbeitsangelegenheit.
Wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Einberufer.

S. b. z. vk. u. Sportk. u. Sitzw. Weidenstr. 74, p. r., Alt.

Zufall! Taschensofa, gr. Trumeau bill., wie neu. Rosenhofstr. 7, pt. r., Bize.

Junge Leute mit 1 Kind suchen für **sofort** kl. Wohnung, St. Pauli od. Neustadt. Off. an **Bock**, Hoblerweg 17, H. II, l.

Pfand-Leihhaus von A. Pünjer, Erichstr. 55, I., St. Pauli,
Pfand-Auktion
am Montag, den 25. April 1904, über bei mir versetzte und nicht eingelöste Pfänder. Insbesondere mache Händler auf einen
Gr. Posten verschied. hochfeiner, neuer Schuhwaren (ca. 400 Paar)
aufmerksam, welche durch das **Gerichtsvollzieheramt, Pastorenstr. 16,** in bequem. Kavelingen verkauft werden. Prolongation bis 23. April. Daselbst auch höchster Vorschuß auf alle Wertgegenstände. Billigste Zinsen.

Pfand-Leihhäuser:
Osterstr. 138 u. Humboldtstr. 6.

Leihhäuser: Billige Zinsen,
Ungen. Eingang. Vorsch. auf Alles,
St. Pauli, b. Eim.-b. **Amandastr. 48**
In der Stadt **Pferdemarkt 21.**
Mobilien, Pianos u. Fahrräder werd. auch i. Pfand genomm.

St. Georger Leihhaus, Hansaplatz 11. Ungenierter Eingang.
Mobilien, Pianos und Fahrräder werden auch in Pfand genommen.

Hammerbrooker **Pfand-Leihhaus,**
Idastraße 21.
Geöffnet bis Abends 9 Uhr.

Pfandgeschäft, Pumpen Nr. 1,
geöffnet bis Abends 9 Uhr.

Ein seit 15 Jahren bestehendes **Klempner- u. Mechaniker-Geschäft** ist preiswürdig zu verkaufen. Off. unt. **M. W. H.** an die Exped. d. Bl.

Eleg. neuer Hausstand m. Plüschg. weg. zurückgeg. Heirat f. M. 200 sof. z. verk. Lindenallee 54, I. r.

Sofort ein gut erhaltener Hausstand, Plüschgarnitur M. 80, Spiegelschrank mit Spiegel 35, Phantasieschrk. 38, Kleiderschrk. 20, Kommode, Bettstellen, Ausziehtisch und Betten. **Steinstraße 61, 1. Et., Hbg.** Händl. verb.

Die Färberei Karstadt-Porges ist die grösste Hamburgs.

Läden überall. ✱ Hauptgeschäft Görttwiete 5. ✱ Fernsprecher I, 2517.

Ziehung 10. Mai

Genehmigt durch Ministerial-Erlass f. d. ganze Preuss. Monarchie. 27. Lott. z. Hebung d. Pferdezucht.

Stettiner Lose à 1 M. 11 Lose 10 Mark

(Porto u. Liste 20 Pf.) Gewinne können nach Ziehung freihändig oder auf Auction verkauft werden gegen

Baar-Geld.

4114 Gewinne im Gesamtwerth v. M.

135000

davon 110 Reit- und Wagenpferde mit 7 Equipagen Mark

112000

4000 Silbergewinne mit Mark

21200

u. 10 elegante Fahrräder 1800 Mark

Genehmigt v. E. H. Senat.

Stettiner Lose auch zu haben in den meisten hies. Lotteriegeschäften.

Lose empf. und vers. **Haupt-Debit**

Ad. Müller & Co.

Hamburg, Gr. Johannisstr. 21, Ecke Börsenbrücke.

Auf

Abzahlung!

Kleiderschränke, Phantasieschränke, Kommoden, Tische, Stühle, Waschtoiletten, Küchenschränke, Bettstellen mit Federrahmen, Sofas, Divans, Garnituren, Spiegel, Spiegelschrank, Schreibtische,

einzeln, bei geringer Anzahlung und wöchentlich

Abzahlung von M. 1

nur bei

Glaser & Co.,

Alter Steinweg 78, Ecke Düsternstraße.

Aufsehen

erregen die **engl.-mod. Paletots u. Ulsters à M. 25,50** bei der Firma **Adolph Lion, Große Bleichen 68,** gegenüber d. Artushof.

Hamburg. **J. Halmke.** Kohlhöfen 12.

Manufaktur-, Leinen- u. Aussteuer-Artikel. Fabrik fertiger Wäsche für Herren, Damen u. Kinder, Flanellhemden, echtblau u. krumpfrei.

Herren-Garderoben

fertig und nach Maß liefert in bester Ausführung zu billigsten Preisen

Ph. Daltrop, Röhrendamm 100.

Für Verlobte.

Möbel, Betten,

ganze **Aussteuern**

unt. den leichtesten Beding. auf

Abzahlung.

Sams. Sachs,

St. Georg,

Steindamm 43.

Filiale:

Schulterblatt 88a, I., gegenüber der Flora.

Achtung! Maurer! Achtung!

Putzgeschirr

in bekannter Güte wieder vorrätig.

Reparatur von Wasserwagen.

Ernst Nalop, Hamburgerstr. 15a, **Barmbeck.**

Neue u. gebrauchte Möbel u. Ladeneinrichtungen.

Kleiderschrk. 18, Kommod. 12, Sofa 16, 1- u. 2schl. Bettst. m. Federr. 18, Betten, Tisch, Sofa, 4 Stühle, Reol, Toonbank, Karre billig. **Hammerbrook, Schwabenstr. 60, part.**

Nähmaschine, fast neu, für M. 30 zu verk. **Humboldtstr. 124a, pt. l., Uhl.**

Hochf. Sing.-Nähmaschine z. Treten Umst. halb. M. 25. **Steindamm 114, I. rechts.**

Fahrräder M. 75, Mäntel M. 4,50, Schläuche M. 2,50 an. Joh. Leppeck, Hammerbrookstr. 11.

---

3 Original-Möwe-Räder,

neu, 1 Jahr Garantie, nur M. 72.

Schanzenstraße 14, I. r.

Fleisch-Kochanstalt.

Nächster Verkauf Donnerstag, den 21., u. Sonnabend, den 23. April, Vormittags 7 Uhr.

Die Verwaltung.

Billiges Angebot

nur bis 1. Mai gültig:

Herren-Hosen, grauer, weicher Cheviot ..... jetzt à **2 M.**	**Herren-Hosen** aus prima schwarzem Cheviot, Kammgarn ..... à **3,50 M.**
Herren-Hosen aus dunkel gestreiftem Buckskin ..... à **2,50 M.**	**Herren-Hosen** aus modern. grau gestr. Kammgarn ..... à **3,75 M.**
Herren-Hosen aus schwerem Buckskin ..... jetzt à **3,50 M.**	**Herren-Hosen** a. schwarz. schweren Kammgarn ..... à **4 M.**
Knaben-Blusen-Anzüge grau gemustert Cheviot, hochzu ..... **3 M.**	**Knaben-Blusen-Anzüge** a. schwerem prima Cheviot, hoch geschlossen ..... **3,50 M.**

Bei Kauf eines Knaben-Anzuges eine hübsche Jockey-Mütze gratis.

Herren-Jackett- u. Rock-Anzüge aparte Neuheiten, von **9,50 M.** an bis **42 M.**

S. Meier, Posthof Steinstr. 104/110.

Ohne Konkurrenz!

Nur im

Möbel- u. Waren-Haus

von

F. A. H. Börs

Steindamm 86, I. und II. Etage, Ecke Lindenstrasse, gegenüb. Danzigerstr.

erhalten

Brautleute

nachstehende

Wohnungs-Einrichtung

ohne jegliche

Anzahlung

auf

Kredit!

1 Sofa	**2 Bettstellen**
4 Stühle	**2 Matratzen**
1 Tisch	**1 Kleiderschrank**
1 Spiegel	**1 Küchenschrank**
mit Untersatz	**1 Tisch u. Stuhl.**

Einzelne Kasten- und Polster-Möbel habe stets in **grösster Auswahl** auf Lager und gebe solche schon bei **wöchentlicher**

Abzahlung von Mk. 1,– ab.

Da sämtliche Polstermöbel in **eigener Tapezierwerkstatt** unter Leitung eines Fachmannes angefertigt und **nur gutes Material** hierzu verwandt wird, so übernehme ich für die Haltbarkeit der Möbel volle Garantie.

Strengste Diskretion gesichert.

Keine Hauswirtsanzeige, auf Wunsch keine Kassierer.

Ansicht ohne Kaufzwang gern gestattet.

Kredit auch nach auswärts.

M. 24 Anzüge u. Paletots **nach Masz M. 24.**

Hosen M. 7,50 von eleganten, dauerhaften Stoffresten.

A. Stransky, Hamburg,

St. Pauli: Susannenstr. 43, pt., Ecke Schulterblatt,

St. Georg: Bremerreihe 22, pt., am Hansaplatz.

Barmbeck: Desenissstr. 3, I., vis-à-vis Gebr. Heilbuth.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan

spart Arbeit Geld Zeit.

Fleischkochanstalt Wandsbeck.

Am Donnerstag, den 21. April, findet von Morgens 7 bis Mittags 1 Uhr der Verkauf von **Ochsenfleisch** pr. ℔ 36 ₰ statt.

Eingang zur Verkaufsstelle: Kampstraße 94 und vom Lerrberg aus.

Bouillon wird Bedürftigen gratis abgegeben. Beschaunamt.

Graupapageien, selbst mitgebracht, billig. Querstraße 2, 2. Et., St. P.

Glucken u. Bruteier, r. Ital., u. ind. Lauf-Enten z. verk. Hirtenstr. 4.

Liedertafeln!!

Habe noch einige **Sonntage** für **Garten-Konzerte frei.**

J. Osterhof, „Bürgergarten", Altona, Langestr. 50.

Wirt mit voller Konzession

für ein neu einzurichtendes Lokal in Arbeitergegend gesucht. Off. u. M. 9762 an **Heinr. Eisler,** Alter Steinweg 24.

Ehrenerklärung.

Die ausgesprochene Beleidigung gegen Frau **Brüning** nehme ich hiermit zurück.

Frau Lucht.

Kolossale Auswahl. **Schuhwaren.** Allerbilligste Preise.

Nur erprobt gute Qualitäten.

Damen-Schnür- u. Knopfstiefel
Boxcalf, Chevreaux, Rossleder 7,50, 6,25, 5,50, **4,00 M.**

Damen-Spangenschuhe
haltbar, sehr leicht ..... 3,50, 2,90, 2,25, **1,90 M.**

Damen-Schnürschuhe
mit englischem Absatz, 4,50, 5,50 bis 11,25, **3,50 M.**

Damen-Segeltuchstiefel
grau mit farbigem Besatz ..... **3,85 M.**

Herren-Zug- u. Schnürstiefel
haltbarste Qualität 9,00, 7,80, 6,25, **5,00 M.**

Herren-Zug- u. Schnürstiefel
Boxcalf, schw. u. farb., Rossleder, Chevreaux, 15,00, 10,50, 8,50, **6,75 M.**

Herren-Schnürschuhe
sehr chice Fassons, 12,00, 7,50, 5,00, 4,75, **3,75 M.**

Herren-Hausschuhe
schwarz und farbig ..... **2,25 M.**

Knaben- und Mädchenstiefel, extra stark verarbeitet.

Karstadt's Spezial-Marke **„HELIOS"** in Rossleder, Boxcalf, Chevreaux, unübertroffen.

Rudolph Karstadt,

Eimsbüttel, Eimsbütteler Chaussee 30/34.

Grösstes Schuhwarenlager Eimsbüttels.

Verein deutscher Schuhmacher, Altona.

Sonntag: **Grosses Frühlingsfest**

im **„Klein-Flottbecker Park"** (Besitzer: **J. Kruse**) bestehend in **Preiskegeln, Damenspiel** und **grossem Ball.**

Alle **Fussfutteralmacher** sind herzlich willkommen.

Anfang 4 Uhr. **Das Festkomitee.**

Aktien-Bierbrauerei Marienthal

Hamburg-Wandsbeck.

Schutzmarke.

Wir empfehlen unser aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes **helles** und **dunkles Lagerbier,** sowie unser **ganz dunkles Schlossbräu** in Flaschen und Gebinden **frei ins Haus geliefert.**

Bestellungen erbitten:

durch unsere Bierführer,

an unser

Stadtkontor Adolphsplatz 3, I., Fernspr. A. I, 1190,

Niederlage Altona, Gr. Bergstr. 182, „ **Altona 475,**

oder direkt an unsere

Brauerei Wandsbeck, „ **Wandsbeck 1.**

Vertreter für Export: A. W. Naht, Hamburg, Hüxter 14.

Fernsprecher: **Amt I, 2376.** **Der Vorstand.**

Alle Holsten-Biere

nach bayerischer Art sind fortan eingebraut mit

Münchener Salvator-Malz.

Rein aus Münchener Salvator-Malz mit feinstem böhmischen und bayerischen Hopfen:

Spezial-Bräu Senator.

Tafelbier nach Pilsener Art

aus mährischem Malz und Saazer Hopfen.

Bestellungen werden direkt an die

Holsten-Brauerei in Altona

Fernsprecher: Amt Altona 38

oder an die Bierführer erbeten.

„Pomril."

Unserer geschätzten Kundschaft machen wir davon Mitteilung, daß wir mit dem Verkauf unseres **Pomril,** hergestellt aus **allerfeinsten Aepfeln neuester Ernte,** begonnen haben, der sich des allergrößten Beifalls erfreut und **das feinste darstellt, was wir je fabrizierten.** Wie sind jetzt in der Lage, unseren Kunden ein Getränk zu liefern, welches als das **idealste aller alkoholfreien Getränke** mit Recht genannt wird. Herr **Dr. med. N. N.** schreibt uns: „Ersuche wiederum um Sendung von 25 Flaschen **Ihres herrlichen Pomril",** gewiß der **beste Beweis für die Vorzüglichkeit. Pomril** enthält **keine Konservierungsmittel, keinen Rohrzucker** oder **Süßstoffe,** daher das geeignetste Getränk für **Diabetiker, Nerven-** und **Nierenleidende, Frauen** und **Kinder.**

Pomril ist das **hervorragendste Erfrischungsgetränk** für **Radfahrer** und **Sportsleute,** sowie für **jedermann.**

Wer seine Gesundheit liebt, trinke nur Pomril. Pomril ist prämiiert mit **8 goldenen Medaillen** und **überall zu haben.**

Norddeutsche Pomril-Compagnie, G. m. b. H.

Frankenstraße 30/32.

Allen meinen Gönnern, Bekannten, Freunden und Verwandten hiermit zur Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Gastwirtschaft „Zur alten Turnhalle",

Feldstraße Nr. 37, Ecke Turnerstraße,

eröffnet habe und bitte ich, mir das bisher bewiesene Wohlwollen auch fernerhin bewahren zu wollen.

Hamburg, den 20. April 1904.

Hochachtungsvoll **Hans Bröcker.**

Einweihung: Freitag, den 22. April 1904.

Volkskonzert

Spengel's Gesangchor.

Montag, den 25. April, Abends 8 Uhr, im großen Saale von Sagebiel A.-G.:

PAULUS,

Oratorium für Soli, Chor und Orchester.

Karten zu 50 ₰ in den Verkaufsstellen der „Produktion".

Theater.

Mittwoch, den 20. April:

Stadt-Theater. Lohengrin. Große Preise. Anfang 7½ Uhr.

Thalia-Theater. Gastspiel der Frau Agnes Sorma. Nora, Schauspiel in 3 Akten, von Ibsen. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. Die Ahnfrau, Trauerspiel in 5 Akten, von Franz Grillparzer. Ermäßigte Preise. Anfang 7½ Uhr.

Carl Schultze-Theater. Direktion: **Tull & Schultze.** Vorletzte Woche! Heute und folgende Tage, Anfang 7½ Uhr. Gastspiel der Wiener Operettengesellschaft des Direktors **Gabor Steiner.** Novität! **Frühlingsluft,** Operette in 3 Akten, von Josef Strauß. (Hanni: **Mizzi Zwerenz.**) Im 3. Akt: **Rosenhochzeit,** Ballett von Louis Gundlach.

Sonntag, 24. April, Nachmittags 3½ Uhr. Bei sehr ermäßigten Preisen: **Die schöne Helena.** (Helena: **Mizzi Zwerenz.**)

Neues Operetten-Theater. Anfang 7½ Uhr. Drittletzte Aufführung! Gastspiel **Eduard Steinberger. Der Rastelbinder.**

Donnerstag: Vorletzte Aufführung! Gastspiel **Eduard Steinberger. Der Rastelbinder.**

Freitag: Letzte Aufführung! Gastspiel **Eduard Steinberger. Der Rastelbinder.**

Sonnabend: Gastspiel **Eduard Steinberger. Die Glocken von Corneville.**

Sonntag Nachmittag: Bei ermäßigten Preisen. **Girofle-Girofla.** Abends 7½ Uhr: **Die Glocken von Corneville.**

Ernst Drucker-Theater. Anfang 8 Uhr. Die neueste, Aufsehen erregende Novität dieser Tage: **Nach dem Zapfenstreich,** gr. sensat. Sittenstück in 7 Abteil. Kindern Eintritt verboten.

Donnerstag, den 21. April:

Stadt-Theater. Der fliegende Holländer. Große Preise. Anfang 7½ Uhr.

Thalia-Theater. Gastspiel der Frau Agnes Sorma. Die rote Robe, Schauspiel in 4 Akten, von Eugène Brieux. Anfang 7½ Uhr.

Altonaer Stadt-Theater. Unter vier Augen, Lustspiel in 1 Akt, von Ludwig Fulda. Hierauf: **Inspektor Bräsig,** Charakterbild in 5 Akten, nach Fritz Reuter frei bearbeitet von Th. Gaßmann und J. Krüger. Mittel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

Deutsches Schauspielhaus.

Mittwoch, den 20. April 1904:

(Außer Abonnement.)

Der Kaufmann von Venedig,

Lustspiel in fünf Akten, von Shakespeare.

Anfang 7½ Uhr. — Ende 11 Uhr.

Donnerst.: **Der Kaufmann von Venedig.**

Freitag: **Der Ehrenmann. — Helden.**

Sonnabend, Shakespeares Geburts- und Sterbetag: Anfang 7 Uhr. **König Lear.**

Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Alt-Heidelberg.** — Abends 7½ Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**

Neuanmeldungen für das Abonnement (Spielzeit 1904/05) werden wochentäglich von 11—1 Uhr im **Theater-Bureau, Eingang Borgesch,** entgegengenommen. Abonnements-Bedingungen und Personal-Verzeichnisse sind daselbst erhältlich.

HANSA-THEATER.

Noch wenige Tage:

Keine erhöhten Preise.

Yvette Guilbert

Salzer ✱ Therese Renz

Howard de Grey ✱ Emilias

und das

April-Programm.

Anfang 8 Uhr. — Ende 10¹⁰ Uhr.

Vorverkauf bei **Käse** u. im Theaterbureau.

Henry Loebel's

Gemischter

Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.